Landtag von Baden-Württemberg

57. Sitzung **13. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 17. Dezember 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr Schluss: 17:51 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 4007

1. Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)** – Drucksache 13/2706

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Haushaltsstrukturgesetz 2004** – Drucksache 13/2680

Allgemeine Aussprache 4007

Abg. Oettinger CDU 4007
Abg. Drexler SPD 4014, 4042
Abg. Pfister FDP/DVP 4024
Abg. Kretschmann GRÜNE 4031
Minister Stratthaus 4038

Beschluss 4043

2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank** – Drucksache 13/2672 4043

Staatssekretär Rückert 4043
Abg. Dr. Scheffold CDU 4044
Abg. Schmid SPD 4045
Abg. Theurer FDP/DVP 4046
Abg. Heike Dederer GRÜNE 4047

Beschluss 4047

3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änderung des Eingliederungsgesetzes** – Drucksache 13/2711 . . 4047

Minister Dr. Schäuble 4047
Abg. Heinz CDU 4049
Abg. Inge Utzt SPD 4050
Abg. Dr. Glück FDP/DVP 4051
Abg. Theresia Bauer GRÜNE 4053

Beschluss 4054

4. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 10. Juli 2003 – **Denkschrift 2003 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2001** – Drucksachen 13/2246, 13/2700

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 22. Januar 2003 – **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2001** – Drucksachen 13/1656, 13/2702

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 2. September 2003 – **Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2001 durch den Landtag** – Drucksachen 13/2384, 13/2701 4054

Abg. Ursula Lazarus CDU 4055
Abg. Junginger SPD 4056

Abg. Kleinmann FDP/DVP 4059
Abg. Heike Dederer GRÜNE 4060
Staatssekretär Rückert 4062

Beschluss 4065

5. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – **Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen** – Drucksache 13/1607

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – **Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes** – Drucksache 13/1825 4065

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 4065, 4074
Abg. Göschel SPD 4066, 4075
Abg. Klenk CDU 4067
Abg. Boris Palmer GRÜNE 4068
Minister Müller 4070

Beschluss 4076

6. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. April 2003 – **Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg** – Drucksachen 13/1972, 13/2697 4076

Abg. Herrmann CDU 4076
Abg. Schmid SPD 4077
Abg. Beate Fauser FDP/DVP 4078
Abg. Heike Dederer GRÜNE 4079
Staatssekretär Rückert 4080

Beschluss 4082

7. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2696, 13/2708, 13/2709 4082

Beschluss 4082

8. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/2675, 13/2703 . . 4082

Beschluss 4082

Nächste Sitzung 4082

Protokoll

über die 57. Sitzung vom 17. Dezember 2003

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 57. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Oelmayer erteilt.

Krank gemeldet sind Herr Minister Dr. Döring und Frau Abg. Netzhammer.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle und sind am späten Nachmittag Herr Minister Dr. Repnik und Frau Staatssekretärin Lichy.

Meine Damen und Herren, im Eingang befindet sich die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 1. Dezember 2003 – 24. Tätigkeitsbericht. Die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird Ihnen als Drucksache 13/2650 zugehen. Ich schlage vor, die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Drucksache 13/2650, an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004) – Drucksache 13/2706

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2004 – Drucksache 13/2680

Allgemeine Aussprache

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über die beiden Gesetzentwürfe freie Redezeit festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In schwierigen Zeiten treten wir in Haushaltsberatungen ein – wirtschaftlich schwierig und auch sozial schwierig. Mit dem Haushaltsentwurf für das nächste Jahr beweist die Koalition von CDU und FDP/DVP ihre Handlungsfähigkeit. Wir sind im Zeitplan. Wir haben Ihnen ein Zahlenwerk vorgelegt, das der Bedeutung der Haushaltsberatung entspricht. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind erfüllt, und wir bestehen die Gratwanderung zwischen sparsamer Haushaltsbewirtschaftung einerseits und Verantwortung für das Land andererseits.

Unser Dank gilt eingangs dem Herrn Finanzminister und seinen Mitarbeitern für eine offene, intensive Abstimmung über Wochen hinweg, eine Zusammenarbeit, die jetzt zu einem guten Entwurf als Beratungsgrundlage geführt hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Unser Dank gilt der gesamten Regierungskoalition, der Regierung unter Erwin Teufel ebenso wie dem Koalitionspartner FDP/DVP. Vertrauensvoll und in großer Gemeinsamkeit haben wir die notwendigen Weichenstellungen vorbereitet, damit Baden-Württemberg auch im nächsten Jahr wirtschaftlich und hinsichtlich der Haushaltsdaten auf gutem Kurs bleiben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dabei waren die Sorgen groß. Noch in der letzten Woche bestand die Sorge: Ist unser Haushalt Makulatur? Wird er durch Veränderungen auf der Bundesebene, die nicht absehbar gewesen sind, Makulatur?

Mehrfach und offen hatten wir die Haushaltsrisiken genannt. Der Haushalt, der im September in Druck gegangen war, sah für das nächste Jahr eine Neuverschuldung in Höhe von 1,81 Milliarden € vor. Die Steuerschätzung vom November dieses Jahres hat weitere 467 Millionen € an Einnahmeverschlechterungen gebracht. Wir wollten und werden den Kommunen helfen und haben hierfür Risiken in Höhe von über 200 Millionen € geschätzt. Wir waren bereit, Hartz IV sinnvoll umzusetzen, aber der Kostenfaktor, das Risiko lag bei 170 Millionen €. Die Steuerreform, wie sie von der rot-grünen Bundesregierung im Deutschen Bundestag vorgelegt und verabschiedet, den Ländern und damit der Union vorgelegt worden war, wie sie vor den Beratungen des Vermittlungsausschusses bestand, hätte einen Kostenfaktor, einen Einnahmeausfall von 650 Millionen € zur Folge gehabt. Worst Case, alles in allem: Ausgangspunkt der Haushaltsentwurf, Steuerschätzung, Hilfe für Kommunen, Hartz IV und Steuerreform ohne Veränderung, ohne die Handschrift der Union im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss, dies hätte für Baden-Württemberg heute ein Schuldentableau von nicht nur 1,81, sondern von 3,3 Milliarden € gehabt – wahnsinniger Rekord als Risiko!

Wir sind ausdrücklich dafür dankbar, dass es durch einen Kompromiss aller Seiten – ich betone: aller Seiten –, aber

(Oettinger)

aufgrund des Vorstoßes der Union und auch der FDP im Vermittlungsausschuss gelungen ist, aus den Haushaltsrisiken eine überschaubare Dimension zu machen, damit der Haushalt, wie er hier vorliegt, nicht Makulatur ist, sondern damit Baden-Württemberg im Zeitplan und geordnet solide in die Haushaltsberatungen gehen kann.

Wir halten das Ergebnis der Beratungen des Vermittlungsausschusses für einen tragfähigen, soliden Erfolg von Demokratie und auch der Länder, weil nur dadurch für Kommunen und Länder die Haushaltsberatungen für das nächste Jahr überschaubar geworden sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pauli CDU: Richtig!)

Statt 3,3 Milliarden € neue Schulden streben wir jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit die Einhaltung der Verfassung an. Statt einer freigebigen Politik der rot-grünen Regierung, die auf die Stabilität der Währung schon gar keine Rücksicht mehr nimmt, legen wir auf die Einhaltung der Regeln, die wir selbst beschlossen haben, großen Wert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Die Verfassung muss eingehalten werden, und die europäische Währung hat mehr Stabilität verdient, als sich durch die Politik von Rot-Grün ergibt.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem jetzigen Vorschlag des Vermittlungsausschusses wird die Steuersenkung in wichtigen Teilen realisiert, gibt es Erleichterungen für den, der als Verbraucher netto mehr haben will, wird der Einkommen- und Lohnsteuerzahler entlastet. Gleichzeitig geschieht dies nur zu 30 % durch eine höhere Neuverschuldung und nicht zu 80 %. Rot-Grün wollte die Steuer senken und Steuersenkungen zu 80 % durch neue Schulden finanzieren. Wir haben erreicht, dass die Neuverschuldung für alle öffentlichen Hände nur um 30 % nach oben geht, aber für unsere Verantwortung, für den Haushalt von Baden-Württemberg, keinerlei Schuldenerhöhung notwendig werden wird. Wir danken nachhaltig für diesen Verhandlungserfolg, wir beglückwünschen dazu Gerhard Stratthaus und Rudi Köberle und sagen für dieses Ergebnis des Vermittlungsausschusses unsere volle Unterstützung im weiteren Verfahren zu.

(Beifall bei der CDU)

Wie ist die Bewertung im Detail? Zunächst noch einmal: Ich finde es, losgelöst von der Sache, eine wichtige Entwicklung, dass unterschiedliche Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat keine Blockade bedeuten, sondern zwar eingeschränkte, aber konkrete Handlungsfähigkeit. Deswegen gilt der Respekt auch dem Bundeskanzler und den ihn tragenden Parteien.

Aber es muss klar sein: Der Bundeskanzler konnte leicht zustimmen, weil er heute einen besseren Vorschlag auf dem Tisch hat, als er im Deutschen Bundestag von seiner Partei und von den Grünen erreichen konnte. Im Grunde genommen haben die Union und die FDP Schröder geholfen, dass aus dem schlechten Entwurf ein tragfähiger Entwurf geworden ist,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

der nur zu 30 % über neue Schulden finanziert wird. Erstens leisten wir damit einen Beitrag in der Verantwortung gegenüber der jungen Generation.

(Abg. Teßmer SPD: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Zweitens: Die drastischen Kürzungen und Streichungen bei der Eigenheimzulage und auch bei der Pendlerpauschale kommen nicht so, wie sie Rot-Grün vorgeschlagen hat.

(Abg. Teßmer SPD: Rückwärts!)

Lieber Kollege Drexler, dies wird Ihnen hoffentlich wichtig sein. Stratthaus und nicht Drexler hat die Eigenheimzulage erhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Um 30 % gekürzt habt ihr sie! – Unruhe)

Etwas, was Sie wollten, hat er erreicht.

Der Gesetzentwurf von Rot-Grün im Deutschen Bundestag hatte die komplette Streichung vorgesehen.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das wollten wir auch nicht!)

Wenn man nicht blockieren will, sondern kompromissfähig bleiben will, dann muss man in allen Bereichen entgegenkommen. Ich halte 30 % für gerade noch vertretbar,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Drexler SPD: Neubau ist auf Altbau reduziert!)

denn 70 % sind mehr als Doppelte von 30 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Es kommen ja auch Sozialdemokraten aus dem ländlichen Raum. Es gibt ja auch Sozialdemokraten, die in Wahlkreisen Verantwortung tragen, wo man nicht mit der S-Bahn vom Wohnort zum Arbeitsplatz kommt, sondern wo das Auto ein notwendiges

(Abg. Schmiedel SPD: Das streiten wir doch gar nicht ab!)

Gerät darstellt.

(Abg. Drexler SPD: „Gerät“ ist gut! – Heiterkeit bei den Grünen)

Und wenn dem so ist, dass man das Auto braucht, damit der Arbeitsplatz erreicht werden kann, dann wäre Ihre Kürzung auf nur noch 15 Cent pro Kilometer sozial ungerecht gewesen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Sie haben doch vor zwei Jahren nach Einführung der horrenden Ökosteuer die Entfernungspauschale erst auf die neue Höhe von 40 Cent geführt, und jetzt setzen Sie sie he-

(Oettinger)

runter. Ihre Politik war Rein und Raus. Wir bewahren Sie davor, dass von dem, was richtig gemacht wurde, nicht alles zurückgedreht wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollte Merz?)

Wir halten die schmale Kürzung auf 30 Cent für angebracht und haben damit einen Beitrag für die Arbeitnehmer im ländlichen Raum erreicht, der hier offensiv vertreten werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gespannt bin ich auf Ihre Bewertung des Themas Arbeitsrecht. Was ursprünglich bei Hartz enthalten war – jeder Arbeitsplatz ist zumutbar für den, der arbeitslos ist; zu arbeiten ist würdiger als nicht zu arbeiten, weil man eine Arbeit nicht annehmen will –, diese Regelung, dass künftig jede legale Arbeit zumutbar sein soll, halten wir für richtig. Wir sind froh, dass es der Union in den Verhandlungen gelungen ist, dies durchzusetzen, und dass damit Hartz dort, wo dieses Konzept richtig ist, durch die Union in die Tat umgesetzt wird, was notwendig war, weil Ihre Linke es Schröder verworren und aus der Hand geschlagen hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Dann sagen Sie, was richtig ist bei Hartz!)

Auch dies ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland ein entscheidender Schritt: dass der Kündigungsschutz

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Reden Sie mal zum Landeshaushalt! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Ein vernünftiger Vorschlag! – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

bei neuen Stellen im Handwerk, beim Einzelhandel nicht mehr ab der sechsten Beschäftigtenstelle,

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

sondern jetzt erst ab der elften Stelle gilt. Das ist ebenfalls ein Faktor, der durch uns erreicht worden ist.

Zum Thema „Gemeindefinanzen und Auswirkungen auf den Landeshaushalt“. Sie wollten ja die Kommunalfinanzen dadurch retten, dass der Freiberufler Gewerbesteuer zahlen sollte und dass plötzlich auch auf Zinsen und Mieten Gewerbesteuer gezahlt werden sollte.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Katastrophal!)

Stichwort: Nicht mehr allein Gewinn und Ertrag würden besteuert, sondern das Eigenkapital würde ausgehöhlt.

(Abg. Birzele SPD: Ach was! – Abg. Schmiedel SPD: Unsinn!)

Wir haben erreicht, dass die Kommunalfinanzen im nächsten Jahr auf einem guten Weg sind. Die Gemeinden in Baden-Württemberg erhalten im nächsten Jahr eine Einnahmeverbesserung von 430 Millionen €. Wir haben erreicht, dass dies nicht zulasten der freien Berufe und nicht zulasten der Eigenkapitalquote des Mittelstands geschieht. Auch hier haben wir Sie und uns vor Schlimmerem bewahrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt stehen wir in einem Korridor. Ich sage hiermit für heute verbindlich: Wir werden eine Nachschiebeliste vorlegen, die Sie noch vor den Januarsitzungen des Finanzausschusses erreichen wird. Aus ihr wird hervorgehen, dass die Verfassung in Baden-Württemberg gewahrt bleibt. Unser Haushalt 2004 wird kein Verstoß gegen Artikel 84 der Landesverfassung sein.

Nach diesem Artikel hätten wir das Recht, 2,16 Milliarden € neue Kredite aufzunehmen. Wir bleiben darunter.

(Abg. Teßmer SPD: Das war der erste Satz zum Thema!)

Wir streben an, dass die Kreditaufnahme im nächsten Jahr nicht viel höher wird oder näherungsweise in der Höhe der Kreditaufnahme von diesem Jahr bleibt, dass jedenfalls die Verfassungsvorgabe deutlich unterschritten wird. Damit wird der Haushalt Baden-Württembergs einer der wenigen Länderhaushalte sein, der diesem Gebot entspricht. Wir haben damit im Ländervergleich einen hervorragenden Wert vor uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Schmiedel SPD)

Ein zweiter Punkt: Wer für die Schulden von 2,0 Milliarden € bzw. 2,1 Milliarden € einmal die Maastricht-Kriterien anlegt, wer also fragt, welches Schuldenrecht Baden-Württemberg zustehe, wenn die europäische Währung stabil bleiben solle, dem kann ich sagen: Einzeln betrachtet haben wir ein Schuldenrecht von 2,8 Milliarden €. Baden-Württemberg hält die Stabilitätskriterien der europäischen Währung, die der rot-grünen Bundesregierung längst egal geworden sind,

(Oh-Rufe von der SPD)

auch im Haushaltsjahr 2004 ein. Wir unterschreiten sie mit diesem Entwurf sogar deutlich und wesentlich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Blödsinn!)

Zwei Schwachpunkte

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eine ganze Reihe von Schwachpunkten!)

der Vermittlungsausschussvorschläge sehe ich.

(Abg. Schmiedel SPD: Der ist doch morgen dran!)

Zum Ersten: In den nächsten Jahren findet eine Überkompensation statt. Zur Gegenfinanzierung wird die Eigenheimzulage gekürzt und wird auch die Entfernungspauschale etwas abgeflacht.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder!)

Ich weise uns alle darauf hin: Die Folge ist, dass die Steuermindereinnahmen im nächsten Jahr dadurch ausgeglichen werden, dass aber ab 2005 indirekt eine Steuererhöhung stattfindet, indem eine Überkompensation der öffentlichen Hand dauerhaft Mehreinnahmen bringt.

(Oettinger)

Die Kürzung der Eigenheimzulage macht im nächsten Jahr nur eine Einnahmeverbesserung von 95 Millionen € für uns aus. Dieser Wert geht im Jahr 2007 auf 1,26 Milliarden € hoch. Warum sage ich dies? Wir laufen Gefahr, dass durch diese Entscheidungen der Weg zu einer großen Steuerreform schwieriger wird, weil die Vergünstigungen, die im Einkommensteuerrecht bestehen, Stück für Stück aufgezehrt werden und dann nicht mehr für eine große Vereinfachung und Tarifsenkung à la Friedrich Merz oder Kirchhof bereitstehen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Wir streben jedoch unverändert mittelfristig, sobald Rot-Grün bereit dazu ist, eine große Tarifvereinfachung, eine große Steuerreform à la Kirchhof an und fordern Sie auf: Unterstützen Sie uns dabei! Dies wäre der entscheidende und richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer in den nächsten Wochen als Steuerzahler oder im Gespräch mit Lohnbuchhaltern oder Steuerberatern das Steuerrecht betrachtet, sieht: Mit dem Ergebnis dieser Vermittlungsausschussberatung ist es komplizierter denn je. Wir haben für das nächste Jahr eine Lösung, die einen schmalen Schub für die Wirtschaft und vielleicht auch für die Beschäftigung bringt. Aber der Reformbedarf im Einkommensteuerrecht, die Notwendigkeit, in einer durchgreifenden Reform zu einem einfachen und dauerhaften Einkommensteuerrecht zu kommen, ist damit mehr denn je offenkundig. Diese kurzfristige Reform fordert uns mehr denn je heraus, eine große, langfristige Reform durchzuführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In den letzten Wochen hat man oft auf die 3 % gesehen, hat man oft die Frage betrachtet: Wie wichtig ist die Einhaltung des Schwellenwerts 3 % vom Bruttoinlandsprodukt? Wir liegen in diesem Jahr bei 3,8 %, im nächsten Jahr auch bei 3,5 % bis 4 %.

Ich will Sie bitten, mit mir den zweiten Stabilitätswert anzuschauen. Die zweite Vorgabe heißt, dass die Gesamtverschuldung eines Staates 60 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf. 60 %! Deutschland liegt nach aktuellen Zahlen jetzt bei 65 %. Deutschland wird Europas Schuldenkönig. Deutschland hat jetzt in der Gesamtverschuldung Italien überholt. Nun kann man sagen, Italien sei kleiner als wir. Aber erstmals ist die Gesamtschuldenlast unserer Volkswirtschaft höher als die in jedem anderen europäischen Land. Wir liegen bei 65 %. Wir verletzen nicht nur Jahr für Jahr die 3-%-Grenze, wir verletzen jetzt auch die 60-%-Grenze, und ein Ende ist nicht absehbar. Deswegen wird Baden-Württemberg im Rahmen seiner Möglichkeiten auch in den nächsten Jahren alles tun, dass durch das Land die Einhaltung der Stabilitätskriterien gewährleistet wird und es, wenn sie von anderen verletzt werden, nicht seine Verantwortung ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wenn dem aber so ist, dann ist eine Ankündigung daraus auch folgerichtig, nämlich die: Sollte es je einmal zu Strafzahlungen seitens der Europäischen Union kommen –

(Abg. Drexler SPD: Dann machen wir nicht mit!)

und es ist absehbar, dass die in ein bis zwei Jahren kommen –, dann kündige ich für die CDU-Fraktion an, dass wir alles uns zu Gebote Stehende tun werden, nötigenfalls auch den Rechtsweg beschreiten werden, damit nicht auf alle Länder gleich umgelegt wird, sondern schon gesehen wird, welche Ebene – Bund –, welche Länder – NRW – daran Gesamtverantwortung haben

(Abg. Drexler SPD: Saarland!)

und welche nicht. Bayern und Baden-Württemberg sind unschuldig, wenn es um die Entwicklung des Verstoßes gegen die europäische Stabilität in diesem Zusammenhang geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Sozialdemokraten haben konkrete Vorschläge vorgelegt. Ich gehe gerne darauf ein.

(Zuruf von den Grünen: Im Land oder im Bund?)

Landesvermögen neu ordnen schlägt Drexler vor und rät uns: Verkaufe Rothaus-Brauerei!

(Unruhe bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie müssen es schon richtig sagen!)

Der Vorschlag mag immer spannend sein.

(Abg. Drexler SPD: Die Gerichtsvollzieher wolltet ihr privatisieren!)

Er liegt bei jedem Sozialdemokraten seit Jahr und Tag in der Schublade. Er wird aber, auch wenn er jedes Jahr wiederholt wird, nicht besser, sondern er ist falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir haben das noch nie gemacht!)

Dann schlägt die SPD vor, dass Rothaus nicht meistbietend auf dem Markt verkauft werden soll,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich nicht! Wir sind ja nicht blöd!)

sondern dass die Landeskreditbank der Käufer werden soll. Was für ein Synergieeffekt!

(Abg. Drexler SPD: Ihr habt doch bei der LEG das Gleiche gemacht!)

Also ich vertraue Herrn Brand und seiner Mannschaft viele Strukturprogramme an, und ich traue ihnen fachlich vieles zu,

(Abg. Drexler SPD: Aber Bierbrauer sind sie nicht!)

aber ich kann nicht sehen, wo der Synergieeffekt bei Pils und Weizenbier entstehen soll, wenn ein Banker eine Brau-

(Oettinger)

erei für uns kauft und die Bank dem Land gehört. Das ist im Grunde ein glatter Schattenhaushalt, eine Umwegfinanzierung, ein schwachsinniger Vorschlag, Herr Drexler. Wir weisen ihn zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Was trinkt Herr Stratthaus? Bier oder Wein?)

Wenn dann noch das Staatsweingut Weinsberg mit verkloppt werden soll, also Bier und Wein unter einem Dach – und das Dach heißt Bank –, dann ist das ein Vorschlag, bei dem die Qualitätskriterien mit Sicherheit nicht eingehalten werden und bei dem das Land Baden-Württemberg überhaupt nicht gewinnen kann.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht!)

Kollege Drexler, ich erinnere mich gut: Als das Land vor einigen Jahren die LEG an die L-Bank verkauft hat – und bei diesem Geschäft war ein Synergieeffekt zu erwarten, der auch eingetreten ist, weil die LEG eine Struktureinrichtung und die L-Bank eine Strukturbank ist und beide im Wohnungsbau tätig sind,

(Abg. Drexler SPD: Fragen Sie mal Herrn Sauer!)

also in dem Bereich eine Überlappung besteht –, hat damals Ihre Fraktion gesagt, dass dies eine verdeckte Schuldaufnahme sei. Genau das Gleiche, was damals, als Synergieeffekte zu erwarten waren, von Ihnen abgelehnt worden ist – mit dem harten Vorwurf einer verdeckten Schuldaufnahme –, wird von Ihnen jetzt als einziger originärer Vorschlag in die Haushaltsberatungen eingebracht.

(Zuruf von der SPD)

Die Sozialdemokraten genügen ihrer Aufgabe, zu opponieren, im Grunde auch heute nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU)

Ich komme zur Landesbank Baden-Württemberg: „Verkaufe 14 %!“ Stichwort Privatisierung. Abgesehen davon, dass die Sparkassen wie das Land öffentliche Hand sind, dass die Sparkassen den Kommunen gehören und ein Verkauf der Landesbank an die Kommunen mit einer Privatisierung nichts zu tun hätte, stehen wir derzeit in sensiblen Verhandlungen, um zu erreichen, dass das Rating unserer Landesbank das beste aller Landesbanken bleibt. Glauben Sie im Ernst, dass es für die Ratingagenturen ein gutes Signal wäre, wenn sich das Land bei der Landesbank zurückzöge? Im Gegenteil, damit würde die Benotung A+, würde ein gutes Rating gefährdet.

(Abg. Drexler SPD: A wa! – Abg. Teßmer SPD: Privatmeinung von Oettinger!)

Deswegen ist die Beteiligung des Landes an der Landesbank, an dieser Strukturbank, gerade auch zur Finanzierung des Mittelstands in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren weiter nötig. Auch ein Teilverkauf, wie Sie ihn vorschlagen, ist in der Sache falsch. Wir weisen diesen Vorschlag zurück.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Dafür investieren Sie nichts!)

Sensibel betrachtet haben wir die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Beziehung zwischen Land und Kommunen in Baden-Württemberg fair bleibt. Sie war in der Vergangenheit fair, und sie bleibt auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf fair. Ich sage allen Mandatsträgern auf kommunaler Ebene: Wir achten darauf, dass die Erfüllung der Hausaufgaben des Landes nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Aber Sie machen es! Sie machen genau das Gegenteil!)

Die Aufgaben und Ausgaben werden in Baden-Württemberg weiter fair auf Land und Kommunen verteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das will ich mit konkreten Zahlen belegen: Die Gesamtverschuldung des Landes liegt bei 35 Milliarden €, die Gesamtverschuldung aller Kommunen bei 12,5 Milliarden €. 35 Milliarden € Schulden haben wir, 12,5 Milliarden € Schulden hat die kommunale Seite in Baden-Württemberg.

Die Folge ist, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Baden-Württemberg, Stand heute, wie folgt aussieht – die Eigenbetriebe sind dabei nicht eingerechnet –: Baden-Württemberg hat in seinen Kommunen eine Pro-Kopf-Verschuldung von 680 €. Bayern liegt bei 1 124 €, Hessen bei 1 480 € und Nordrhein-Westfalen bei 1 380 €. In anderen, durchaus leistungsstarken Ländern – Flächenstaaten – ist das Niveau der Pro-Kopf-Verschuldung ihrer Kommunen im Schnitt also doppelt so hoch.

Deswegen kann ich hier für die CDU-Fraktion eine Zusage abgeben: Solange wir für den Haushalt Verantwortung tragen, werden wir dafür sorgen, dass die Kommunen in Baden-Württemberg bei der Pro-Kopf-Verschuldung weiter den besten, den niedrigsten Wert haben. Dies beweist unsere faire Partnerschaft mit den kommunalen Trägern in Baden-Württemberg. Auch der vorliegende Haushaltsentwurf wird dem gerecht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Zeller hat vor einigen Tagen gesagt, die Regierung solle den Bruch eines Wahlversprechens eingestehen. CDU und FDP/DVP würden ihr Versprechen, 5 500 Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode zu schaffen, nicht einhalten können. Ich gehe in aller Sachlichkeit auch darauf ein, weil dies eine wichtige Frage nicht nur für die Unterrichtsversorgung im Land, sondern auch für die Glaubwürdigkeit, Geradlinigkeit und Vorausschaubarkeit von Politik ist.

Tatsache ist, dass wir in den Jahren 2002 und 2003 schon 3 020 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Von 5 500 haben wir also schon 3 020 geschaffen. Das heißt, in Baden-Württemberg wird seit Jahr und Tag jede frei wer-

(Oettinger)

dende Lehrerstelle wieder besetzt, und allein über den Doppelhaushalt 2002/2003 kamen 3 020 Lehrerstellen hinzu.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben wir für das Jahr 2004 in der Tat Erklärungsbedarf. Wer aber zuhören will, wer es sich erklären lassen will, begreift, dass auch hier die Linie stimmt und uns kein Bruch eines Versprechens vorgeworfen werden kann. Für das Jahr 2004 waren ursprünglich entlang der Veränderung unserer Schullandschaft 1 090 Stellen vorgesehen. Wir haben aber – mutig und unpopulär – die Arbeitszeit der Beamten in Baden-Württemberg um eine Stunde erhöht. Wir haben bei einigen Schularten – so bei den Gymnasien und schwerpunktmäßig im beruflichen Schulwesen – die Deputatsverpflichtung um eine Stunde erhöht. Dies machen wir nicht, um die Lehrer zu ärgern.

(Abg. Teßmer SPD: Na!)

Dies machen wir, weil nur so eine solide Haushaltspolitik bei Stagnation der Steuereinnahmen möglich bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn aber die Unterrichtsversorgung teilweise durch mehr Unterricht pro Lehrer gewahrt werden kann, dann kann man die Besetzung einiger Stellen strecken und erfüllt trotzdem die Zusage bis zur nächsten Wahl punktgenau.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Kurzum: Wir werden in diesem Jahr nur 498 neue Stellen im Haushalt haben. 250 Stellen aus dem Haushalt des letzten Jahres sind jetzt auch entsperrt.

(Abg. Capezzuto SPD: „Entsperrt“!)

Wir kommen also mit dem Haushalt 2004 bei 3 518 neu geschaffenen Stellen an und liegen damit genau noch 2 000 Stellen von der Zusage weg.

Für die Schaffung dieser restlichen zugesagten Stellen bleiben uns die Jahre 2005 und 2006. Meine Bitte ist: Trauen Sie uns das doch bitte zu,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

auch in schwerer Haushaltszeit! Und wenn Sie es uns nicht zutrauen: Bleiben Sie gesund, und beobachten Sie uns. Dann merken Sie, dass wir die Zusage einhalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir brauchen also noch genau 1 000 Stellen im Haushalt 2005 und 1 000 Stellen im Haushalt 2006. Diese werden Sie im Haushaltsentwurf im September, Oktober nächsten Jahres auch lesen. Damit kommen wir trotz wegbrechender Steuereinnahmen punktgenau bei 5 500 in den fünf Haushaltsjahren neu geschaffenen Lehrerstellen an. Kurzum, Kollege Zeller: Ihr Vorwurf ist falsch. Bitte nehmen Sie ihn auch entsprechend zurück.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen macht uns die Entwicklung im Bereich der Kliniken – nicht nur weil die Krankenhäuser im Land mit DRGs unter Druck geraten sind, nicht nur weil Defizite wie in Stuttgart zu beobachten sind, sondern weil wir mit unseren Unikliniken selbst großer Dienstleister am Markt sind. Unser Ziel muss es sein, dass die Maximalversorgung der Unikliniken auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein Ausweis eines guten Gesundheitsstandorts Baden-Württemberg bleiben kann. Forschung, Entwicklung, Lehre und Dienstleistung – Gesundheitsdienstleistung um den Kranken herum – bleiben für uns eine Landesaufgabe, der wir uns stellen, bei der man aber sehen muss, dass die DRGs und die Kostenentwicklung auch unsere Unikliniken unter gewaltigen Druck bringen.

Gutachter sagen, dass die Unikliniken in Baden-Württemberg strukturell einen Fehlbedarf von bis zu 145 Millionen € haben werden. Das heißt, es kommt ein Haushaltsrisiko in dreistelliger Millionenhöhe auf uns zu. Deswegen werden wir in der Koalition in den nächsten Monaten einen Schwerpunkt darauf setzen – auch nach der Anhörung von CDU und FDP/DVP –, wie wir durch Transparenz, durch Effizienz, durch Trennungsrechnung zwischen Forschung, Medizin und Lehre die Wettbewerbsfähigkeit der Krankenversorgung in den Maximalkliniken des Landes herstellen können, erreichen können, um so dafür zu sorgen, dass hier kein Haushaltsrisiko, sondern eine schwarze Null aus Ulm, aus Tübingen, aus Heidelberg und aus Freiburg in den Haushalt kommt.

(Abg. Teßmer SPD: Ihr habt einen Haufen schwarzer Nullen!)

Ich fordere dazu auf, dafür zu sorgen, dass die Unikliniken nicht auf Dauer zu Subventionsempfängern werden. Hier darf kein Fass ohne Boden entstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, NSI steht vor der Anwendung. Klar ist: NSI wird, bedingt durch die Verwaltungsreform, in erheblichem Umfang in andere Anwendungen gehen.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD – Abg. Junginger SPD: Mutig, dieses Thema anzusprechen, sehr mutig!)

Wir haben im Haushalt 200 Controller-Stellen für NSI geschaffen. Wir bitten den Finanzminister, mit uns in den nächsten Wochen zu entscheiden, ob diese Zahl von Controllern noch notwendig ist.

(Abg. Drexler SPD: Gehen Sie doch raus aus dem Ding!)

Wir glauben, dass wir in der Personalbesetzung für NSI deutlich kürzen können

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Stickelberger SPD: Aha! – Abg. Drexler SPD: Haben wir schon längst gesagt, seit einem Jahr schon!)

und kündigen schon heute entsprechende Anträge dafür an.

(Oettinger)

Was drückt uns nach wie vor wesentlich im Haushalt? Die Personalausgabenquote geht hoch. Die Quote der Personalausgaben im Gesamthaushalt beträgt 2001 39 %, 2002 41 %, 2003 ebenso und im nächsten Jahr 42 %. Das heißt, in nur drei Jahren geht die Personalausgabenquote um drei Prozentpunkte hoch. Deswegen kamen und kommen wir um Kürzungen bei den Personalausgaben nicht herum.

Ich sage es durchaus nachdenklich: Wir muten den Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg mit dem Haushalt 2004 und auch mit dem laufenden Haushalt sehr viel zu. Baden-Württemberg war das erste Land, das das Weihnachtsgeld gekürzt hat. Baden-Württemberg hat als erstes Land das Urlaubsgeld gestrichen und die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht.

Mittlerweile zeigt sich im Ländervergleich: Baden-Württemberg war zwar Vorreiter und war offen für notwendige Kürzungen im Haushaltsplan, aber andere Länder haben unsere Kürzungen erreicht oder überholt.

Deswegen bitten wir unsere Staatsdiener, unsere Beamten, im Vergleich zu anderen Ländern und im Vergleich zum Bund zu erkennen, dass die Besoldung und die Arbeitsbedingungen in Baden-Württemberg für Staatsdiener weiter angemessen sind. Wir haben einen sparsamen Haushaltskurs, aber wir schädigen unsere Beamten nicht zu stark. Was wir gemacht haben, war notwendig und ist zumutbar. Ich kündige aber an: Weitere einseitige Kürzungen in der Arbeits- und Gehaltsstruktur unserer Beamten werden in den nächsten Jahren nicht möglich sein. Der Schwerpunkt muss jetzt darauf liegen, dass durch Kündigung des Tarifvertrags eine Anpassung namentlich der Wochenarbeitszeit beim Tarifpersonal stattfinden kann, damit durch mehr Arbeit bei gleichem Lohn eine bessere Haushaltsstruktur erreicht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir stehen vor einem neuen Stelleneinsparprogramm. Dieses Stelleneinsparprogramm 2004 bis 2008 beinhaltet etwa 2 500 Stellen, um deren Abbau es gehen wird. Wir nutzen dabei die Mehrarbeit, die durch die 41. Stunde im Beamtenbereich entstanden ist, aus. Das heißt, wir kürzen nicht durch Kahlschlag, wir gehen nicht weiter, sondern wir nehmen das aus den Behörden heraus, was die zusätzliche Arbeitsstunde der Beamten pro Woche im Vergleich zu der bestehenden Stundenzahl ausmacht und eine Verringerung der Zahl der Beamten ermöglicht.

Allerdings muss klar sein, dass auch hier einzelne Bereiche besonders sensibel zu sehen sind. Auch im Haushalt 2004 legen wir auf innere Sicherheit, das heißt auf Polizeivollzug und auf eine leistungsfähige Justiz, besonderen Wert. Wir kürzen bei Justiz und Polizei nur das, was aufgrund der Mehrarbeit abgeschöpft werden kann. In anderen Bereichen streben wir 2004 1 % und nach fünf Jahren 5 % weniger Stellen an.

Die Verwaltungsreform schlägt sich im nächsten Haushalt noch nicht nieder. Die Auswirkungen kommen erst 2005. Dass die Verwaltungsreform nicht nur breite Unterstützung, sondern auch Gegenwind erfährt, wissen wir und wissen auch Sie.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ja auch verständlich!)

Wir halten es trotzdem für unabdingbar, dass die Zahl der Behörden, wenn die Zahl der Stellen durch mehrere Stellenkürzungsprogramme über zehn Jahre hinweg abgebaut wird, nicht gleich belassen wird. Die Grundidee ist folgende: Wenn man die Zahl der Stellen verringert, ist auch die bisherige Behördenzahl nicht mehr haltbar. Deswegen ist der Grundsatz der Verwaltungsreform richtig. Wir bauen darauf, dass in der Folge der Jahre ab 2005 während sieben Jahren die entsprechenden Ausgaben tatsächlich um 20 % verringert werden können und dadurch eine sich auf etwa 100 Millionen € belaufende strukturelle Einsparung die mittelfristige Finanzplanung des Landes leichter macht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! – Abg. Teßmer SPD: Das war aber ein Überzeugungsklatschen!)

Ein heikler Punkt der nächsten Monate wird die Frage sein: Behält Baden-Württemberg Triple A? Wir danken dem Finanzminister, dass er in den letzten Jahren mit guten Argumenten und Verhandlungskunst diese beste Bonität für das Land und damit günstige Kreditzinsen gehalten hat. Aber: Statt „Triple A stabil“ heißt es jetzt nur noch „Triple A minus“. Die Vorzeichen sind nicht mehr ganz so gut. Umso wichtiger ist es, dass der Haushalt 2004 ein maßvoller Haushalt ist, dass er die Verfassung einhält und die EU-Kriterien ebenfalls beachten kann. Ich glaube, dass die Chancen gut stehen, dass Baden-Württemberg mit diesem Haushaltsentwurf neben Bayern das einzige Bundesland bleibt, das das Rating Triple A auch mittelfristig zur Refinanzierung auf dem Kreditmarkt halten kann und sich damit günstiger refinanzieren kann als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Finanzminister, wir haben uns die Schuldverschreibungen angeschaut. Uns fällt dabei auf, dass wir in den letzten Jahren eher in kürzere Laufzeiten gegangen sind und dadurch gute Zinssätze erreicht haben. Wenn wir uns in der Prognose einig sind, dass die Zinsen eher wieder steigen werden, dann wollen wir Sie bitten, uns Wege aufzuzeigen, wie wir jetzt wieder in längere Laufzeiten kommen, damit uns nicht auslaufende Schuldscheine in drei bis fünf Jahren vor die Tatsache stellen, dass das, was bisher zu 4,5 % refinanziert werden konnte, neu mit 6,5 % refinanziert werden muss. Wir sollten alles tun, damit die Zinsausgaben in Baden-Württemberg beherrschbar bleiben und wir auf die Entwicklungen am Kreditmarkt entsprechend vorbereitet sind.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir kündigen Ihnen schon heute an, dass die Haushaltsstrukturkommission, deren Handschrift im Haushalt sichtbar wird, ihre Arbeit nicht einstellen darf. Wir werden schon nach diesen Haushaltsberatungen frühzeitig, im März und April, alles dafür tun, dass auch der Doppelhaushalt 2005/2006 nicht aus dem Ruder läuft, sondern in diesem

(Oettinger)

Doppelhaushalt 2005/2006 in einer ersten Stufe eine sinkende Neuverschuldung möglich wird.

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Teßmer SPD)

Eine Bewertung zum Schluss: Erfreut sind wir über den Haushalt mit 2 000 Millionen € neuen Schulden nicht. Wenn man aber weiß, dass wir uns im dritten Jahr einer Stagnation der Wirtschaft befinden, wenn man – ich sage das ohne Schuldvorwurf – weiß, dass Deutschland Schlusslicht beim Wachstum geworden ist, dass uns Rezession bei den Steuereinnahmen beherrscht, wenn man weiß, dass die Steuereinnahmen bereits das dritte Jahr stagnieren, während die Ausgaben weiter im Plan bleiben – 2 % Steigerung pro Jahr –, dann glaube ich, dass Baden-Württemberg mit diesem Haushalt mit immerhin 2 Milliarden € neuen Schulden, aber letztendlich mit nur 2 Milliarden € neuen Schulden einen guten Ausweis für seine langjährige Haushaltspolitik geben kann. Wir sind gern zur Prüfung besserer Vorschläge bereit.

(Abg. Teßmer SPD: Beratungsresistent!)

Ich behaupte aber: Im Ländervergleich und entlang der Umfelddaten – auch auf der Grundlage eines befriedigenden Vorschlags zur Steuersenkung, der Baden-Württemberg nicht belasten wird – legen wir einen Haushalt vor, der seinesgleichen sucht

(Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Da stimme ich Ihnen zu!)

und der auch vor der nächsten Generation bestehen kann, der ein sparsamer und trotzdem zukunftsgewandter Haushalt ist. Wir werden deswegen dafür sorgen, dass dieser Haushalt in wenigen Wochen in Baden-Württemberg verabschiedet wird und dann die Grundlage unserer Politik für das nächste Jahr werden kann.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte am Anfang einige Worte zu Herrn Abg. Oettinger sagen, der sich am Anfang sehr stark

(Abg. Pfisterer CDU: Guter Mann! – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

– was? –

(Abg. Herrmann CDU: Die Rede war gut! Lobende Worte!)

– nein, Sie werden noch hören, was ich sage – mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses auseinander gesetzt hat. Danach komme ich auf die Rede des Herrn Finanzministers von letzter Woche zurück.

Herr Oettinger, natürlich ist es gut, dass im Vermittlungsausschuss irgendetwas beschlossen worden ist und dass wir keine Stagnation haben. Aber dass Sie nicht bereit waren, bei der Steuerreform dem Bürger 8 Milliarden € mehr zurückzugeben, das halten wir für einen Fehler. Das halten wir für einen Fehler!

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Über Schulden wäre das gelaufen! Schulden wären das gewesen! – Abg. Dr. Birk CDU: Schuldentreiberei!)

Das ist nicht nur unsere Meinung, sondern diese Auffassung vertritt auch Herr Klaus Zimmermann, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW, Berlin. Er sagt – im „Handelsblatt“ vom 16. Dezember können Sie es nachlesen – ganz deutlich:

Die Konjunktur quält sich voran. Eine 2004 weitgehend durch Verschuldung finanzierte vorzeitige und vollständige Steuerreform hätte einen zusätzlichen psychologischen Impuls und ganz real mehr makroökonomische Nachfrage geschaffen.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Die Steuerlast soll rasch sinken. Was 2005 strukturpolitisch gut ist, kann 2004 nicht falsch sein. Die Bürger hätten sich der sinkenden Steuerlast sicher sein können.

Bei der im Vermittlungsausschuss beschlossenen Gegenfinanzierung wird ein Großteil der Menschen in Deutschland auf der einen Seite zwar eine Steuerentlastung bekommen, auf der anderen Seite aber auch belastet werden. Das sehen Sie an den Kürzungen bei der Pendlerpauschale und bei der Eigenheimzulage. Insofern wird der Wachstumsschub, den wir uns alle erhofft haben, möglicherweise nicht eintreten.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU: Ach was! Über Schulden!)

– Wenn Sie mit „Schulden“-Zwischenrufen kommen, muss ich Ihnen einfach noch einmal sagen: Der Bund hat jetzt 800 Milliarden € Schulden; 650 Milliarden € davon haben Sie zu verantworten. Wir haben gerade einmal 140 Milliarden € zu verantworten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Lachen des Abg. Fleischer CDU – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Seien Sie also ruhig, was Schulden angeht!

Es wäre gut gewesen, wenn unser Vorschlag gebilligt worden wäre, nach dem eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahresverdienst von 37 000 € keinerlei Einkommensteuer mehr zahlen müsste. Das wäre für Deutschland gut gewesen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Dann macht es doch!)

Das tritt jetzt nicht ein.

Im Übrigen, weil Sie den Vermittlungsausschuss so gelobt haben:

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie waren doch beteiligt!)

(Drexler)

Dieses Spiel kann man den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland nur noch sehr schwer vermitteln. Gestern Abend kam dann heraus, dass man sich verrechnet hat.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Die Union wollte nur 25 % Schuldenaufnahme; jetzt sind es halt 30 %, weil man sich verrechnet hatte. Wer hat das denn aufgebaut? Also, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das ist keine gute Geschichte.

(Abg. Pfisterer CDU: Wer hat sich verrechnet? Wer hat sich eigentlich verrechnet? – Abg. Herrmann CDU: Die SPD kann nicht rechnen! Das haben wir schon immer gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Der Stratthaus hat es doch gemacht! – Unruhe)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Sprechen Sie doch mit Herrn Stratthaus; sprechen Sie mit Frau Merkel. Die waren bei den Verhandlungen dabei.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Drexler, wer hat sich verrechnet?)

– Ich weiß nicht, wer sich verrechnet hat. Wir haben uns nicht verrechnet; wir wollten mehr Steuerentlastung. Jetzt ist eben noch ein bisschen mehr herausgekommen. Das kann man doch nur begrüßen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich wollte nur wissen, wer sich verrechnet hat!)

Der Herr Finanzminister hält seinen Haushalt deshalb für verfassungsgemäß, weil er plötzlich das Gesetz zur Amnestie für Schwarzgeldsünder mit heranzieht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer hat das denn eingebracht?)

Das finde ich ganz toll. Ich kritisiere das nicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Eiertanz!)

Aber als Herr Eichel diese Milliarden in Berlin in den Haushalt eingestellt hat, damit das Schwarzgeld wieder zurückkommt und die Leute das, was sie zurückbringen, zu 25 % versteuern, hat die ganze Unionsseite, bis tief nach Baden-Württemberg,

(Abg. Schmiedel SPD: Und Herr Oettinger persönlich!)

mit „Taschenspielertricks“ und „unmögliche Art“ argumentiert, weil man dies nicht einstellen und bemessen könne. Jetzt geht der Finanzminister von Baden-Württemberg plötzlich in genau der gleichen Art und Weise vor. Sie gehen also ideologisch gerade so vor, wie Sie wollen: Wenn es die SPD macht, wird es massiv kritisiert; macht es die CDU, wird es gelobt, weil es zu einem verfassungsgemäßen Haushalt führt. Also: Lassen Sie doch diese Geschichte einfach bleiben.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Abg. Capezzuto SPD: Beschämend! – Unruhe)

Wenden wir uns der Sache zu; kommen wir zur Eigenheimzulage. Herr Kollege Oettinger, Sie müssten ehrlicherweise sagen, dass das Merz-Modell die vollständige Streichung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale vorsieht. Das müssten Sie eigentlich sagen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Dafür gibt es ja auch eine entsprechende Steuerentlastung! Niedrigere Steuersätze!)

Das müssten Sie den Baden-Württembergern sagen, den Menschen in einem Land, in dem – wir kennen die Berechnungen – jährlich 50 000 neue Wohnungen benötigt werden.

Jetzt erfolgt ein 30-prozentiger Einschnitt bei der Eigenheimzulage. Selbstverständlich weiß ich, Herr Ministerpräsident, dass die Eigenheimzulage vor allem in den neuen Bundesländern kein gutes Argument ist. Die wollen das alles nicht. Deswegen haben wir Ihnen schon im Frühjahr gesagt: Die Eigenheimzulage muss anders strukturiert werden. Wir müssen sie regionalisieren. Dann können die neuen Bundesländer ihre 3 Milliarden € zum Abriss leer stehender Wohnungen nehmen, und wir können das Geld zum Neubau von Wohnungen verwenden. Wenn man natürlich keinen eigenen Vorschlag macht, wird man rasiert. Deswegen sind jetzt 30 % weniger da. Das schadet dem Neubau in Baden-Württemberg. Wir haben in den Großstädten Wohnungsnot, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Aber das war doch nicht der Vorschlag der Bundesregierung, Herr Kollege!)

Das größte Eigentor, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, gab es in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses – Sie können es heute in der Zeitung nachlesen – bei der Streichung der Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr, das heißt im Schienenverkehr.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

831 Millionen € – fast eine Milliarde – haben Sie im Vermittlungsausschuss gestrichen,

(Abg. Schmiedel SPD: Stratthaus!)

obwohl das Land Baden-Württemberg extrem darauf angewiesen ist, im Schienenverkehrsbereich Geld aus Berlin zu bekommen. Baden-Württemberg ist mit seinen Großprojekten im Schienenbereich extrem darauf angewiesen. Sie haben diese Streichungsmaßnahmen vorgenommen. Dann gehen Sie zu Herrn Mehdorn und sagen: „Aber Stuttgart 21 muss natürlich kommen.“ Vorher rasieren Sie im Vermittlungsausschuss fast 1 Milliarde € im Schienenbereich weg. Das kann nicht aufgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden Sie daran erinnern, wenn Sie wieder diese Nummer abziehen: „Berlin streicht.“ Dann werden wir Sie darauf hinweisen, was im Vermittlungsausschuss geschehen ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Natürlich. Das hat alles miteinander zu tun.

(Drexler)

Dann zur Gemeindefinanzierung. Herr Kollege Oettinger, haben Sie eigentlich heute in den Zeitungen gelesen, wie der Städtetag gegen die Art und Weise protestiert, wie man jetzt mit den Kommunen umgegangen ist? Man hat zwar die Gewerbesteuerumlage reduziert, damit nächstes Jahr Geld kommt. Aber zu einer Verstetigung der Gewerbesteuer haben Sie nicht beigetragen. Das wäre nur gegangen, wenn man die Freiberufler mit einbezogen hätte. Sie wollen nach wie vor die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage und wollen die Menschen in den Städten mit einer erhöhten Einkommensteuer belasten. Das ist Ihr Modell. Da sind wir strikt dagegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Im Übrigen: Fragen Sie von der FDP/DVP und CDU doch einmal Ihre Kommunalpolitiker. Fragen Sie doch einmal Herrn Rommel, der deutlich sagt: Lasst die Gewerbesteuer bestehen, damit es eine enge Verbindung zwischen der Kommune und den örtlichen Betrieben gibt. Es ist ganz wichtig, dass die Kommune auch noch Gewerbegebiete hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Fragen Sie doch Herrn Rommel, der sagt: Die Stadt-Umland-Problematik wird erhöht, weil die Menschen ja an ihrem Wohnsitz ihre Einkommensteuer bezahlen. Sie hätten exorbitant hohe Einkommensteuerzulagen bei der Stadt Stuttgart, bei der Stadt Freiburg, bei der Stadt Mannheim, und drum herum, wo die Menschen wohnen, hätten sie extrem niedrige. Das können Sie den großen Zentren doch wirklich nicht zumuten. Also nehmen Sie dieses Konzept weg! Es hat keinen Sinn.

Im Übrigen wollen alle Ihre Kommunalpolitiker das nicht – Sie machen etwas, was die Kommunen nicht wollen –,

(Abg. Oettinger CDU: Stimmt nicht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Städtetag, Gemeindetag!)

angefangen bei Frau Roth bis hin zu allen anderen. Fragen Sie doch einmal Herrn Schuster. Wie ich gehört habe, ist auch er dagegen, dieses Modell zu machen. Er weiß auch, warum.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Selbst Herr Schuster hat gemerkt, dass das Käse ist!)

Das wäre ein totaler Aderlass bei den Finanzen der Stadt Stuttgart.

Also bei der Gemeindesteuerreform haben Sie nichts Gutes hinbekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch etwas zum Arbeitsmarkt sagen. Die Regelung, die Sie durchgesetzt haben, dass der Kündigungsschutz für Neueingestellte erst in einem Betrieb ab zehn Personen gilt, hat schon unter der Kohl-Regierung gegolten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bis 1998!)

Wir wissen – alle sagen das, und nicht einmal Sie bestreiten das –, dass diese Regelung zu keinem einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz geführt hat. Wir werden abwarten, ob das, was Sie versprechen, nämlich dass jetzt massiv eingestellt wird, tatsächlich geschieht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das würde ich auch sagen!)

Ich habe gestern im Fernsehen Mittelständler gesehen, die alle gesagt haben: „Nein, das ist nicht der Grund, warum wir niemanden einstellen.“ Also jetzt warten wir einmal ab, was da passiert.

Aber, Herr Kollege Oettinger, bei der Zumutbarkeitsregelung sind wir tatsächlich anderer Auffassung; das muss ich Ihnen sagen. Wir sind schon der Auffassung, dass jemand, der seinen Beruf verliert, einen anderen Beruf ausüben muss und dann möglicherweise auch weniger verdient, weil er tariflich anders eingeordnet ist. Aber dass Arbeitslose zu Dumpingpreisen arbeiten müssen – das haben Sie jetzt durchgesetzt –, das halten wir nicht für in Ordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Keine Ahnung!)

Der Tariflohn muss auch, selbst wenn er geringer ist, für andere Arbeiten gelten. Sie haben eine andere Regelung durchgesetzt. Stellen Sie sich einmal vor: Ein Minister übt sein Amt aus und muss nachher in einer Pommes-frites-Bude unter Tariflohn arbeiten.

(Abg. Teßmer SPD: Der Landwirtschaftsminister!)

Ich nenne Ihnen bloß einmal dieses Beispiel. Das sind natürlich Dinge, die Sie sich einmal überlegen müssen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So schlecht wäre das doch gar nicht! – Abg. Dr. Birk CDU: Ihnen würde die Pommes-frites-Bude auch gut tun!)

– Welche Minister meinen Sie denn, wenn das nicht so schlecht wäre? Nennen Sie doch einmal ein paar Namen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich werde den Teufel tun! – Abg. Herrmann CDU: Eichel, weil er nicht rechnen kann!)

Nun, Herr Kollege Oettinger, zum nächsten Thema, zur inneren Sicherheit. Die Aussage, Sie würden die innere Sicherheit mit Ihrem Haushalt stärken, gehört meiner Ansicht nach nun wirklich ins Reich der Märchen. Bis zur Verwaltungsreform war klar: Bei der Polizei werden keine Stellen gestrichen. Dann sollte die Polizei in die Landratsämter eingegliedert werden. Auch da war ganz klar: Keine Stelle im Polizeivollzug wird gestrichen. Dann hat sich die Polizei quer gestellt, wir auch. Dann haben Sie die Polizei nicht in die Landratsämter eingegliedert. Und dann kam die Rache: Kaum war klar, dass sie nicht in die Landratsämter eingegliedert würde, hieß es: 831 Stellen im Polizeivollzug werden gestrichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Hauk CDU: Nein!)

– Natürlich wird das so gemacht. 831 Stellen streichen Sie mittelfristig.

(Drexler)

Das Zweite: Sie setzen die Stellenstreichung beim Tarifpersonal fort. Die Polizeibeamten, die wir eigentlich auf der Straße benötigen, werden jetzt wieder in den Polizeistuben für andere Aufgaben eingesetzt. Das ist für die innere Sicherheit völlig falsch. Wir brauchen draußen eine stärkere Polizeipräsenz.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Bereich: Nach dem Anschlag vom 11. September haben Sie die Antiterrorgesetze – – Ich weiß noch, wie wir hier darüber debattiert haben, was man jetzt machen müsse. 70 k.w.-Stellen. Wir haben schon damals gefragt: Wieso kann man, wenn man Terror bekämpft, k.w.-Stellen in den Haushalt einstellen? Die fallen doch irgendwann einmal weg. Ist dann der Terror vorbei, weil die Stellen wegfallen? Oder wie sieht das aus?

Jetzt streichen Sie die Stellen, genau so, wie wir das vorausgesehen haben. In Berlin toben Sie herum, weil die Gefährdungslage immer größer wird, werfen der Bundesregierung ständig vor, dass sie keine Sicherungen mache. Jetzt wollen Sie in Baden-Württemberg die Stellen für die Terrorbekämpfung abbauen, ohne dass sich die Gefährdungslage geändert hätte. Das ist Ihre Maßnahme für die innere Sicherheit.

Die CDU muss in der Zwischenzeit bei Fragen der inneren Sicherheit ruhig sein. Statt dass Sie die Polizeipräsenz in diesem Flächenstaat verstärken und jetzt die Möglichkeit wahrnehmen, durch Veränderungen bei den Polizeiposten frei werdende Stellen zur Stärkung des Streifendienstes zu verwenden, bauen Sie die Stellen ab. Baden-Württemberg ist ohnehin der Flächenstaat mit der geringsten Polizeidichte. Wir hätten diese Stellen eigentlich beim Streifendienst gebraucht.

Und jetzt sollen noch die Stellen für die Terrorbekämpfung abgebaut werden.

Dies ist ein Zeugnis dafür, dass diese Landesregierung für die innere Sicherheit nichts mehr macht, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rech CDU: Man merkt, dass der keine Ahnung hat!)

Ich möchte jetzt etwas zum Haushalt des Landes sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich war es eine ziemlich kuriose Situation, dass der Finanzminister am letzten Mittwoch immerhin einen Haushalt verkündet hat, bei dem er die größte Schuldenaufnahme zu erklären hatte, die es jemals in einem Haushalt des Landes Baden-Württemberg gab.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es war schon denkwürdig. Ich muss sagen, dass der Herr Finanzminister in die Rolle eines Finanzinspektors geschlüpft ist und sehr detailverliebt alles Mögliche erklärt hat, zum Beispiel mit dem Satz:

> *Die Zinsausgaben werden durch die Höhe der Kredite und durch den Zinssatz bestimmt.*

(Lachen bei der SPD – Abg. Junginger SPD: Sehr gut! Großartiger Gedanke!)

Dafür waren wir richtig dankbar.

Herr Minister, ich frage mich natürlich allerdings auch: Wer ist eigentlich für die fehlenden Rückstellungen zur Finanzierung der Pensionen verantwortlich? Wer hat denn in den letzten 50 Jahren die Schulden aufgenommen, die für die beklagten Zinslasten ursächlich sind?

(Abg. Capezzuto SPD: Teufel!)

Wer hat denn nicht gewusst und nicht berücksichtigt, dass aus der Höhe der Kredite und dem Zinssatz relativ leicht die Zinsausgaben hochgerechnet werden können? Wer war das? Diese Frage muss man hier schon stellen.

Nun weiß ich natürlich, dass Herr Stratthaus durchaus ein politischer Kopf ist. Warum hat er das gemacht? Weil er mit dieser Rede drei Tatsachen verschleiern wollte:

Erstens: Er wollte verhindern, dass die Tatsache eines faktisch verfassungswidrigen Haushaltsentwurfs auf den Tisch kommt. Denn das war so.

Zweitens: Er hat darüber hinweggetäuscht, dass seit einem Monat die Steuerschätzung vom November vorliegt und die 467 Millionen € Mindereinnahmen nicht in den Haushaltsentwurf eingearbeitet wurden.

Drittens: Er hat im Grunde genommen die Ära Nullverschuldung, die vom Ministerpräsidenten im Jahr 2001, also vor zwei Jahren, eingeläutet wurde, samt und sonders beerdigt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie im Bund auch!)

– Ja, ja, ja, ja. Ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie in Bayern auch!)

– Aber Entschuldigung! Wir sind ja hier, und wir diskutieren hier.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat doch Gründe!)

Es hat überhaupt keinen Sinn, Herr Kollege Pfister, wenn man sagt: der Bund, Albanien, Andorra usw.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein!)

Das interessiert uns alle nicht. Damit können Sie sich nicht entlasten. Wir sind in Baden-Württemberg und diskutieren hier.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie müssen die Gründe nennen!)

Weil Sie immer sagen, Sie hielten die Linie, will ich einfach einmal zitieren, was der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu diesem Thema gesagt hat. Der Ministerpräsident:

> *Ich will in dieser Legislaturperiode mit der Nullverschuldung die Grundlage dafür legen, dass ein heute 20-Jähriger im Jahr 2020 in einem Land lebt, das nicht*

(Drexler)

nur keine Schulden mehr macht, sondern Schulden zurückzahlt.

– Das ist mit diesem Haushalt ja nicht gewährleistet.

Wir wollen künftigen Generationen den notwendigen Freiraum für ein erfolgreiches Leben mit auf den Weg geben und nicht einen Rucksack voller Schulden.

(Abg. Capezzuto SPD: Leere Worte!)

Die Wirklichkeit: Es ist die höchste Neuverschuldung, die es in einem Haushalt gab, die größte Bürde für die nachwachsende Generation.

Dann kommt die Notwendigkeit von Bildung und Ausbildung:

Wenn für die wirtschaftliche Entwicklung Bildung und Ausbildung der Menschen immer wichtiger werden, dann hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidend von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen ab.

(Ministerpräsident Teufel: Sehr gut!)

Deshalb unser Motto: Die besten Köpfe in Baden-Württemberg halten und nach Baden-Württemberg holen – als Forschende, als Lehrende und als Lernende.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Toller Satz! Klatschen Sie nachher auch, wenn ich weiterspreche.

Die Wirklichkeit: ein gebrochener Solidarpakt gegenüber den Universitäten, die glaubten, bis 2006 von weiteren Kürzungen verschont zu bleiben. Das haben Sie denen damals auch erzählt. Das haben sie guten Glaubens unterschrieben. Jetzt müssen sie einen Einsparungsbetrag von 15,4 Millionen € erbringen, und bei der Forschung wird nochmals um 9,5 Millionen € gekürzt.

Unter solchen Bedingungen machen die besten Köpfe einen großen Bogen um Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Familienpolitik: Was haben Sie da nicht alles versprochen!

Die Landesregierung wird deshalb in dieser Legislaturperiode eine Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf starten. Wir werden uns eng mit den Städten, Gemeinden und Kreisen abstimmen, weil es sich um eine gemeinsame Aufgabe handelt und diese nur gemeinsam und in Stufen finanzierbar ist.

Wir suchen immer noch nach den Stufen. In Wirklichkeit ist Baden-Württemberg immer noch Schlusslicht bei der Kinderbetreuung.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ein armes Land!)

Es gibt keine zusätzlichen Mittel für die Kommunen zum Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. Im Gegenteil, die für die Kinderbetreuung im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel werden auf dem Niveau von 2002 dauerhaft eingefroren. Vor diesem Hintergrund klingt es natürlich wie Pathos, wenn es in der Regierungserklärung heißt, man wolle jetzt endlich ernsthaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnen.

Und jetzt kommt es zur Kulturförderung – ich kann Ihnen das halt alles nicht ersparen –:

Wir werden diese Vielfalt weiter fördern und unterstützen. Wir setzen auf den Wettbewerb der Ideen auch im künstlerisch-kulturellen Bereich.

Wir wollen das vorhandene reichhaltige Angebot an kulturellen Einrichtungen erhalten und die Förderung von Kunst und Kultur verstetigen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was Sie machen, ist ein Streichkonzert!)

Die Wirklichkeit: eine erneute Kürzung um fast 10 Millionen €. Und jetzt geht es an die kleinen Einrichtungen, die eigentlich die Vielfalt in Baden-Württemberg darstellen und deren Existenz teilweise schon von einigen Hundert Euro abhängt. Diese Struktur machen Sie hiermit kaputt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Herr Finanzminister hat dann noch zu Optimismus aufgerufen. Ich finde es auch gut, dass wir gemeinsam auf Optimismus machen, Herr Stratthaus. Aber wenn Sie dann im gleichen Satz schon wieder sagen, die 1,7-%-Prognose der Bundesregierung für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 führe ohnehin zu nichts und bringe keine neuen Arbeitsplätze, dann ist das kein Optimismus.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist Realismus! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Sie wissen genau, dass Optimismus sowohl für die Wirtschaftspolitik des Wirtschaftsministers Clement als auch für die des Herrn Döring gilt. Wenn wir dazu kämen, auf Optimismus zu machen – wobei der Weg zum Vermittlungsausschuss auch keinen Optimismus im Land hervorgerufen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen –, dann können Sie sich einmal vorstellen: Wenn wir erreichen würden, dass die Sparquote von 10,6 % auf 7 % sinken würde, dann würden 50 Milliarden € in den Konsum gehen. Das wäre dann das größte Konjunkturprogramm, das es gibt.

Also, wenn wir alle an diesem Optimismus arbeiten würden und politisch auch dafür Sorge tragen würden, dann könnten wir erreichen, dass die Menschen in diesem Land die Binnennachfrage vielleicht auch wieder durch Ausgaben verstetigen.

Ich glaube, dass der Haushaltsplan mut- und perspektivlos ist. Die Blockade der Gemeindefinanzreform, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Kommunen nicht dazu zwingen, mehr zu investieren. Ich glaube auch, dass Sie durch die Kürzung der Investitionsmittel im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 80 Millionen € etwas Negatives machen, das nicht zur Konjunkturbelebung beiträgt. Und ich glaube, dass das auch keine Auswirkungen auf das Handwerk und auf den Mittelstand

(Drexler)

hat. Wir haben eine Investitionsquote von gerade noch 8,5 %; das ist mit die geringste, die wir jemals hatten.

Lassen Sie mich etwas zur Haushaltsstrukturkommission sagen, die Herr Oettinger angesprochen hat. Die Haushaltsstrukturkommission ist ja eigentlich keine Kommission des Parlaments, um das einmal zu sagen. Ihre Arbeit geht am Parlament vorbei. Wir werden ja morgen über das Selbstverständnis des Parlaments diskutieren und einmal feststellen, was Sie alles für Kommissionen eingesetzt haben – alles am Parlament vorbei. Darüber werden wir morgen diskutieren, damit wir einmal sehen, wo denn eigentlich die Debatten im Parlament stattfinden.

Wenn wir Ihre „Einspargeschichten“ einmal unter die Lupe nehmen, dann müssen wir sagen: Es wird doch eigentlich gar nicht gespart; zumindest nicht ursächlich in Baden-Württemberg. Sie sparen beim Personal Weihnachts- und Urlaubsgeld. Wir hätten – das sage ich Ihnen – gerne gehabt, dass man das abgestuft gemacht und dem mittleren Dienst etwas vom Urlaubsgeld belassen hätte; auch beim Weihnachtsgeld hätten wir uns eine Abstufung gewünscht. Sie sind uns da leider nicht gefolgt. Diese Kürzungen von 200 Millionen € haben wir nur nach der Änderung des Beamtenrechts vornehmen können. Dies war also, um das einmal zu sagen, überhaupt nur durch ein Gesetz der Bundesregierung möglich.

Dann kürzen Sie – obwohl ja vorher gelobt wurde, dass die Kommunen vom Bund 420 Millionen € bekommen – beim kommunalen Finanzausgleich 205 Millionen €. Also, die Hälfte nehmen Sie den Kommunen im Grunde genommen gleich wieder weg. Sie verlagern die Kosten für die Spätaussiedler auf die Kommunen, was für die Kommunen eine Belastung in Höhe von 215 Millionen € ausmacht. Das hat mit Sparen nichts zu tun.

Dann kommen 313 Millionen € durch die allgemeine Finanzverwaltung und die Kürzung der staatlichen Investitionen hinzu – ein Bereich, den man ja nun auch nicht unbedingt bei Beschaffungskosten und besseren Zinseinnahmen als „Sparen“ bezeichnen kann.

Dann gibt es Einsparungen durch eine Tilgungsstreckung und „geringen Anfall“ bei jüdischen Einwanderern. Das ist eigentlich auch keine eigene Einsparung, denn wenn wieder mehr Einwanderer kommen, dann kostet das wieder mehr. Dabei geht es um 17,2 Millionen €.

Dann kommen noch 26 Millionen € kommunale Minderausgaben hinzu.

Das sind insgesamt 771 Millionen €. Das sind drei Viertel des gesamten Einsparungsbetrags, die mit Sparen nicht arg viel zu tun haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Wieser CDU: Was stimmt denn jetzt? Stimmen denn jetzt die Streichungen, oder was stimmt denn jetzt?)

Das sage ich bloß zu der Frage, was eingespart wird. Das wird nur verschoben.

Wir wollen durch Strukturveränderungen, Herr Oettinger, wirklich eine mittelfristige Konsolidierung des Haushalts erreichen.

(Abg. Wieser CDU: Was stimmt denn jetzt? Einmal sagt er, wir hätten nicht gespart, und dann – –)

Jetzt kommen wir einmal zu dem Thema des Sparens in der Politik. Bei der Verwaltungsreform sparen Sie unten. Fangen wir doch jetzt einmal oben zu sparen an. Wir schlagen Ihnen vor: Wir können zwei Ministerien auflösen.

(Abg. Wieser CDU: Und 55 Staatssekretäre in Berlin entlassen! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD – Unruhe)

– Sie waren vorhin noch nicht da. Sie sind gerade erst gekommen.

(Abg. Wieser CDU: Nein, ich war hinten!)

– Nein, nein. Sie waren nicht da.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe hinten gesessen!)

Lassen Sie das einfach. Wir sind nicht im Bundestag. Das können Sie von der Bundesregierung verlangen, wenn Sie in den Bundestag kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Werden Sie uns unterstützen?)

Wir schlagen Ihnen die Auflösung zweier Ministerien und eine personelle Straffung im Staatsministerium vor, das in der letzten Zeit erhebliche Aufstockungen erhalten hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Staatsrat! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir sagen auch: Der Landtag von Baden-Württemberg sollte langfristig auf 120 Mitglieder begrenzt werden. Das haben wir schon einmal vorgeschlagen. Jetzt haben wir 128 Mitglieder. Wir hätten dann nach wie vor den kleinsten Landtag. Aber man muss, bitte schön, auch einmal darüber nachdenken, wie wir das regeln können.

(Unruhe)

Der nächste Punkt ist eine echte Verwaltungsreform, Herr Kollege Oettinger. Die 100 Millionen €, die Sie vorschlagen, sind ja nur geschätzt. In der Zwischenzeit beschließt ja ein Kreistag nach dem anderen, dass die Verwaltungsreform nicht ohne Mehrbelastungen laufen dürfe. Von daher gesehen glauben wir auch nicht, dass das eingespart wird. Sie bekommen das nur hin, wenn Sie eine Verwaltungsebene vollständig einsparen. Deswegen werden wir die Debatte darüber führen. Ihr Verwaltungsreformmodell ist nicht dafür geeignet, Kosten zu sparen, und auch nicht dafür geeignet, mit den Aufgaben näher an die Bürger heranzukommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Dann müssen wir im Zuständigkeitsbereich des Landwirtschaftsministeriums weitere Strukturbereinigungen angehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Flurbereinigung!)

Sie gehen überhaupt nicht daran. Da schaue ich die FDP/DVP an, und da schaue ich die CDU an. Warum machen

(Drexler)

Sie das eigentlich nicht? Zum Beispiel könnte das aufgefächerte landwirtschaftliche Ausbildungswesen im Zuständigkeitsbereich des MLR vollständig in das berufliche Schulwesen integriert werden. Das muss überhaupt nicht nebenher laufen. Da sind erhebliche Synergieeffekte möglich.

Wir sprechen uns auch dafür aus, die Vielzahl der verschiedenen Agraranstalten zusammenzulegen. Wir brauchen nicht so viele Agraranstalten.

Wir brauchen einen eigenen Landesbetrieb Forst. Da könnten wir erhebliche Einsparungen erreichen und auch Mehreinnahmen erzielen.

Das sind die Punkte, über die wir mit Ihnen diskutieren wollen, die Sie bisher nirgendwo angesprochen haben.

Außerdem wollen wir das Landesvermögen neu ordnen.

Dazu komme ich zuerst einmal auf den Landesflughafen Stuttgart zu sprechen. Wir haben mit Interesse vernommen, dass die CDU begeistert war, als der Bund seine Beteiligung am Landesflughafen Frankfurt zum Kauf angeboten hat. Warum müssen wir eigentlich 50 % der Anteile am Landesflughafen Stuttgart halten? Wir sind der Auffassung: Wenn mit der Messe alles erledigt ist, müssen wir darangehen, den Landesflughafen abzustoßen. Das wird einen erheblichen Betrag ergeben. Wir brauchen keinen Landesflughafen im Eigentum, wenn andere, zum Beispiel der Bund, ihre Anteile an Flughäfen auch abstoßen.

Zweitens: Rothaus. Herr Oettinger, das ist so eine Frage. Die Koalition will im Grunde genommen Gerichtsvollzieher privatisieren, die Wohnungen aufbrechen können, die Kinder wegnehmen können. Das wollen Sie privatisieren. Aber eigenes Bier wollen Sie als Staatsaufgabe definieren. Das halte ich für eine tolle Nummer.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ganz billig! – Abg. Seimetz CDU: Oh, jetzt! – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Von daher haben wir gesagt: Aus strukurpolitischen Gründen wollen wir die Rothaus-Brauerei – –

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

– Ja, gut. Dann reden Sie einmal über staatliche Gewalt. Ihre Sprüche nach dem 11. September zur staatlichen Gewalt habe ich noch im Ohr.

(Abg. Seimetz CDU: Du bist sonst besser! – Abg. Dr. Birk CDU: Hören Sie auf!)

Jetzt wollen Sie die Gerichtsvollzieher privatisieren. Lassen Sie das bleiben. Da sehen Sie ganz schlecht aus. Das sagen alle Fachleute.

(Abg. Dr. Birk CDU: Diese Vergleiche ziehen alle nicht! Verantwortungslos!)

– Ja, ja. Natürlich. Das ist klar. Sie reden nachher zu EnBW, dann erfahren wir etwas Neues.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist auf jeden Fall, dass wir sagen: Wir wollen die Rothaus-Brauerei verkaufen. Dafür bekommen wir mindestens 200 Millionen €. Wir wollen sie an die zu 100 % landeseigene L-Bank verkaufen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was soll das für einen Sinn machen?)

– Das macht den Sinn, dass wir 200 Millionen € Investitionsmittel bekommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber wir verkaufen sie doch nicht auf dem Markt!)

– Wir verkaufen sie deshalb nicht auf dem Markt, Herr Pfister, weil wir das Strukturproblem, das sich dort unten um Rothaus auch darstellt, nicht auf dem Markt klären wollen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das wollen wir nicht. Deswegen sage ich Ihnen auch: Vielleicht ist es sogar ein Vorteil der Rothaus-Brauerei bei der Entwicklung des riesigen Biermarktes, wenn sie bei der Landesbank angesiedelt und nicht dem Spielball der Politik unterworfen ist.

(Zurufe)

– Nein, nein.

Wir kommen dann noch darauf, was wir mit dem Geld machen wollen.

Drittens: Staatsweingut Meersburg. Warum wollen Sie das behalten? Das wollen wir verkaufen, und zwar nicht an die L-Bank, sondern auf dem freien Markt. Warum muss das Land ein Staatsweingut Meersburg haben? Da sehe ich die FDP/DVP an. Was ist es denn für ein Problem, ein Staatsweingut zu verkaufen? Wir werden sehen, wie die FDP/DVP abstimmt.

Viertens: Landesbank. Herr Kollege Oettinger, wenn die Sparkassen immer enger mit der Landesbank zusammengehen, dann ist es doch durchaus üblich, zu sagen: Dann könnt ihr auch noch 14 % übernehmen. Dann haben wir noch 25,1 %. Das wird das Rating nicht verschlechtern. Wir bekommen immerhin einen Betrag von 1,9 Milliarden € in die Kasse.

Fünftens: Landesstiftung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum Sie immer noch an der Landesstiftung festhalten, weiß ich nicht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Gewohnheit!)

Es ist vielleicht im Grunde genommen nur noch Gewohnheit.

(Abg. Schmiedel SPD: Eine schlechte Gewohnheit!)

Die Landesstiftung gibt 3,8 Millionen € für soziale Zwecke aus. Wir bestreiten überhaupt nicht, dass diese sozialen Zwecke möglicherweise sinnvoll sind. Auf der anderen Seite streichen Sie im sozialen Bereich Kleinstbeträge und bedrohen dadurch soziale Organisationen, sodass diese selbst

(Drexler)

Stellenstreichungen vornehmen müssen. Also 3,8 Millionen € Landesstiftung. Auf der anderen Seite streicht das Land 400 Millionen € bei der Nachbarschaftshilfe zur Pflege der Älteren.

(Abg. Birzele SPD: 400 000! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ein bisschen viel!)

Dann streicht man 500 Millionen € bei der Suchtkrankenhilfe.

(Abg. Birzele SPD: 500 000!)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Birzele SPD: 500 Millionen!)

– Das ist ein bisschen viel.

(Heiterkeit)

Ich nehme das zurück. Ich habe der CDU etwas unterstellt, was sie nicht macht. 400 000 € bei der Nachbarschaftshilfe, 500 000 € bei der Suchtkrankenhilfe und 400 000 € bei der Gefährdetenhilfe; da sind 15 Bahnhofsmissionen dabei.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich! – Abg. Capezzuto SPD: Dass die FDP/DVP das mitmacht, ist das Schlimmste!)

Das machen Sie alles, obwohl Sie wissen, welche Auswirkungen es hat.

Deswegen sind wir der Meinung, dass die Landesstiftung aufgelöst werden sollte. Wir wollen mit den Erlösen aus der Veräußerung des Bankenanteils und der Auflösung der Landesstiftung Schulden tilgen und mit den eingesparten Schuldzinsen etwas anfangen. Wir sind der Meinung, dass wir mit dem Betrag aus der Privatisierung von Rothaus eine Stärkung von Wachstum und Beschäftigung erreichen. Wir wollen mit dem Geld kommunale Investitionen verstetigen. Wir wollen die Kürzungen, die Sie im Straßenbau und im ÖPNV vorschlagen, rückgängig machen, und wir wollen Mittel für die Altbaumodernisierung bereitstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen auch ein Wohnungsbauprogramm auflegen. Wir machen jetzt schon zum x-ten Mal den Vorschlag, den Lothar Späth in den Achtzigerjahren gemacht hat: Wir wollen aus Forderungsverkäufen bei Wohnungsbaudarlehen im nächsten Jahr 200 Millionen € aktivieren, um sie in den Wohnungsbau zu stecken. Die Eigenheimzulagereduzierung wird eine Abflachung beim Neubau bewirken. Und wir haben ein Wohnungsbauprogramm im Land, das nichts bringt. Deswegen brauchen wir die 200 Millionen €, um den Wohnungsbau anzuheizen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie alle sagen, 2004 sei ein Schlüsseljahr für das Wachstum, dann sollten wir im Lande auch etwas für das Wachstum tun und sollten im Lande etwas machen, damit die Menschen ein Dach über dem Kopf haben.

Wir wollen im Übrigen die Zinseinnahmen anders verwenden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben überhaupt keine Schwerpunkte in dem Haushalt. Sie haben querbeet rasiert. Man kann überhaupt nicht erkennen, was in Baden-Württemberg wichtig ist. Wir wollen im Grunde genommen mit den besseren Zinseinkünften erstens die Ganztagsbetreuung in Baden-Württemberg unterstützen, einmal für unter Dreijährige, wo wir ganz schlecht sind.

Herr Ministerpräsident, auch Sie müsste die Betreuung der Kinder in dieser Gesellschaft, in der Bundesrepublik Deutschland berühren. Sie sind immer jemand, der ein kinderfreundliches Baden-Württemberg will. Wir stellen nun fest, dass wir inzwischen an viertletzter Stelle in der EU sind. Wir sind mit unserer Geburtenrate an 180. Stelle von 199 Staaten auf der Welt. Wir laufen jetzt also auf eine Gesellschaft ohne Kinder zu. Das ist keine Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stellen fest, dass das Kindergeld nur ein Teil der Wahrheit ist. Überall dort, wo Kinderbetreuung für unter Dreijährige, wo Ganztagsbetreuung, wo Ganztagsschulen angeboten sind, ist die Geburtenquote höher als bei uns. Lernen wir doch von anderen Staaten und organisieren wir das anders, damit die Frauen und Männer Beruf und Familie in Einklang bringen können. Warum machen wir das nicht jetzt? Das wollen wir mit diesem Geld machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Wir wollen auch – die Frau Kultusministerin sitzt ja gerade hinten auf einer Abgeordnetenbank; sie kann jetzt auch einen Zwischenruf machen, was von der Regierungsbank aus nicht möglich wäre – die Ganztagsschulen pädagogisch ausstatten.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Wir befürchten – dazu haben Sie bisher im Übrigen noch keine Aussage gemacht – – Sie sagen immer nur, für die Ganztagsschulen in sozialen Brennpunkten gebe es zusätzliche Lehrer. Wir sagen Ihnen: Wir wollen auch zusätzliche Lehrerstellen für ganz normale, andere Ganztagsschulen – als normales Angebot.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht die „Ganztagsschule light“. Wir vermuten, dass die Koalition sagt: „In sozialen Brennpunkten gibt es zusätzliche pädagogische Unterrichtseinheiten vom Land“, während man bei den anderen lediglich ein Mittagessen und anschließend über Vereine und andere Organisationen eine Betreuung anbietet.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das wollen wir nach PISA nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Haushalt ist für die Sprachförderung in den Kindergärten nichts vorgesehen. Wir haben uns hier zwei Jahre lang über die Frage unterhalten, warum in Baden-Württemberg nach der PISA-Studie 20 % der 15-Jährigen nicht richtig Deutsch können oder das, was sie auf Deutsch lesen, nicht verstehen – 20 %, ein Fünftel der 15-Jährigen an unseren Schulen!

Wir haben uns jetzt doch darauf verständigt, dass das, was an Sprachvermittlung betrieben wird, im Kindergarten geschehen muss. Dazu ist kein Schwerpunkt im Haushalt vor-

(Drexler)

gesehen. Wir haben gerade einmal 60 Kindergärten, die die Landesstiftung bei der Sprachstandsdiagnose unterstützt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Freiwillig!)

– Freiwillig. Das ist doch kein gezieltes politisches Programm zur Reduzierung der Sprachunfähigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen wollen wir das über den Staat erreichen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir wollen, dass Kinder ab drei Jahren auch im Kindergarten die Sprache erlernen, dass alle Kinder bei ihrem Eintritt in die Grundschule mit sechs Jahren auf dem gleichen Niveau sind, gleiche Ausgangschancen haben. Wenn Sie da nicht mitziehen, sind Sie selbst schuld. Aber dann können Sie nicht mehr darüber reden, Sie seien für ein gutes Bildungssystem. Das Bildungssystem muss unten ausgebaut werden; unten muss die Grundlage gelegt werden. Das haben alle Sachverständigenanhörungen im zuständigen Ausschuss gezeigt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der zweite Bereich: Sie, Herr Kollege Pfister, streichen in dramatischer Weise im Forschungsbereich. Forschung ist das, was wir jetzt machen können, damit wir künftig gute Arbeitsplätze und Innovationen bekommen. Das legen wir jetzt für die nächsten 10 bis 15 Jahre fest. Wir leben heute von Forschungsergebnissen aus den letzten 10 bis 15 Jahren. Jetzt muss man Forschung betreiben, damit wir in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren Wertschöpfung haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen werden wir als zweiten Schwerpunkt beantragen, aus den Verbesserungen im Zinsbereich Mittel einzusetzen, um die Forschung in diesem Land zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Wir wollen, dass Streichungen im sozialen und kulturellen Bereich rückgängig gemacht werden. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt bei den Ärmsten und Schwächsten 400 000 € streichen. Ich kann Ihnen vorlegen, was uns zum Beispiel die Diakonie, die Caritas schreiben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die müssen in all diesen Bereichen insgesamt 800 Stellen streichen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Unabhängig von unseren Verbesserungsvorschlägen sage ich Ihnen noch: Sie geben 6 Millionen € für die Kampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ aus. Da werden wir Sie stellen, ob Sie bei der Suchtkrankenhilfe und bei den Mitteln für ältere Menschen 400 000 € kürzen und dafür die angesprochene Kampagne machen, anstatt diese Werbung zu streichen und das Geld dort einzusetzen, damit die Schwächsten in unserem Land noch eine Chance haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch etwas sagen. Der Herr Ministerpräsident hat bei seiner 45-Minuten-Saga wiederum über die Kernkraft philosophiert. Er ist im Fernsehen nach seiner Niederlage, muss man fast sagen, oder nach seinem Ergebnis von 77 % auf dem CDU-Landesparteitag ja interviewt worden.

(Zurufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Wie viel hat eigentlich der Generalsekretär der SPD bekommen?)

– 52 %; den hätte man auch nicht wählen sollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sage ich ihm aber! – Weitere Zurufe)

– Ja, das geht bei mir kurz und schmerzlos. Das kann man kurz und schmerzlos machen.

Ich sage noch einmal: 77 %, Fernsehauftritt. Dabei hat der Ministerpräsident auf Nachfrage wiederum über die Kernkraft philosophiert. Also, Herr Ministerpräsident, wenn Sie oder die Koalitionsfraktionen nicht verstehen, dass es keine Frage mehr ist, ob an der Kernenergie festgehalten werden soll – – Frau Schavan hat ja gesagt: „Wir brauchen neue Kernkraftwerke.“

(Zurufe von der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Von vorgestern!)

Das ist doch ein Bild von vorgestern. Wir müssen Dienstleistungen für erneuerbare Energien anbieten. Wir müssen dafür sorgen, dass die EnBW jetzt neue Maßnahmen ergreift. Das ist die Zukunft und nicht, an einer alten Technologie festzuhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wo leben Sie eigentlich?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zurück in die Vergangenheit!)

Im Sommer dieses Jahres ist ein Viertel der USA ohne Strom gewesen wegen alten Kernkraftwerken und zentralistischen und alten Leitungssystemen. Das Gleiche ist in Dänemark passiert, weil man dort an einem alten Atomreaktor in Schweden hing. Und Sie reden von längeren Laufzeiten! Wollen Sie eigentlich einen Blackout in diesem Land? Ich verstehe das nicht. So kann man doch nicht Regierungspolitik machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir alle von Ihnen immer aufgefordert werden, beim Erneuerbare-Energien-Gesetz etwas für Baden-Württemberg zu tun: Können Sie sich noch an das Thema „Große Wasserkraft“ entsinnen?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Das war doch vor ein paar Monaten das Thema. Wir sind von allen Seiten aufgefordert worden: „Herr Drexler, Herr Kretschmann, machen Sie doch etwas!“

(Drexler)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist passiert? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Es ist etwas passiert: Der Umweltminister hat das eingesetzt, und wir haben alles dafür getan, dass Nordrhein-Westfalen das nicht wieder herauszieht. Das war ein schwieriges – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja und?)

– Was heißt „Ja und?“? Jetzt will ich Ihnen etwas sagen: Sie – FDP und CDU – sollten diesem Erneuerbare-Energien-Gesetz im Bundestag auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Bundesrat!)

Sie haben bisher alle Gesetze für Energiesparmaßnahmen abgelehnt. Sie sind im Mittelalter.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie brauchen es doch gar nicht! Sie haben doch die Mehrheit! – Gegenruf des Abg. Stickelberger SPD)

Anfang 1999 haben Sie das 100 000-Dächer-Programm abgelehnt, Sie haben im März 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelehnt, Sie haben im Juli 2000 die Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse abgelehnt, Sie haben die Vereinbarung zum Atomausstiegsgesetz abgelehnt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich denke, wir sind in Baden-Württemberg!)

Sie haben im November 2001 die Energiesparverordnung abgelehnt – das gilt alles für Baden-Württemberg, weil wir ja in Deutschland leben, Herr Kollege –, Sie haben im März 2000 das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz abgelehnt, Sie haben 2001 das Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz abgelehnt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So viele Gesetze!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten jetzt einmal etwas für die erneuerbaren Energien machen. Jetzt geht es um Baden-Württemberg. Sorgen Sie dafür, dass Ihre beiden Fraktionen im Bundestag für dieses Gesetz stimmen! Machen Sie das, Herr Oettinger und Herr Pfister!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum Schluss müssen wir uns natürlich auch mit dem Wahlergebnis von 77 % beim CDU-Landesparteitag beschäftigen, weil das Auswirkungen auf die Landespolitik hat.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Das muss jetzt nicht sein!)

– Ja, natürlich. Dass Ihnen das wehtut, ist mir schon klar.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mir? – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wenn zum Beispiel der Herr Ministerpräsident im Fernsehen auf die Frage „Gibt es eigentlich eine Nachfolgediskussion?“ sagt: „Die ist mir gar nicht bekannt“,

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

dann kann es nur sein, dass er fünf Tage lang keine Zeitungen gelesen hat, obwohl er früher im Landtag immer aus den Zeitungen vorgelesen hat.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Dann kann er wirklich keine Zeitungen gelesen haben.

Ich lese Ihnen einfach einmal vor, was uns jetzt Sorgen macht.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist aber nicht ehrlich! – Heiterkeit)

– Doch, doch, das ist ehrlich. Denn diese Nachfolgediskussion hat bei der Verwaltungsreform und allen anderen Dingen Auswirkungen auf konkrete Politik in Baden-Württemberg.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

Das werde ich Ihnen nachher auch noch beweisen.

Die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt:

Vordergründig wird die CDU nun zur Normalität zurückkehren, zu ihrem Glück ist bald Weihnachtspause. Doch nach Böblingen kann es keine echte Normalität mehr geben. Bis die Machtfrage geklärt ist, wird die Landespolitik zu einem Hochamt der Heuchelei.

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Aha, Herr Scheuermann!)

. . . In den nächsten Wochen und Monaten werden die potenziellen Nachfolger höllisch aufpassen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Höllisch!)

bloß keinen falschen Schritt zu tun. Wer sich zuerst bewegt, hat verloren – getreu der Mikado-Regel wird sich in Partei und Fraktion gar nichts mehr bewegen.

(Abg. Dr. Caroli SPD zur CDU: Bleiben Sie ruhig sitzen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sagen Sie das?)

Selbst dort, wo es nach ihrer Überzeugung geboten wäre, werden die Abgeordneten Teufel nicht mehr Paroli bieten – weil jede Sachfrage sofort zur Machtfrage wird. Ein aktuelles Beispiel: Wie die FDP hält auch die Landtags-CDU das Landeserziehungsgeld für überkommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Krippenspiel! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber ein gemeinsamer Vorstoß würde Oettinger sofort als Attacke auf den Premier ausgelegt. Solche Fälle werden sich häufen. Dem Land droht eine quälende Phase der Lähmung.

(Zurufe von der SPD: Oi! – Zuruf von der CDU: Hat der Drexler Sorgen! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

So ist es. – Die Heuchelei beginnt schon.

(Drexler)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, darf ich Ihnen ein altes deutsches Sprichwort sagen: Furcht vor Kritik und Verlangen nach Lob sind ein Zeichen von Schwäche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das sollten Sie auch einmal als Ministerpräsident bedenken. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Grunde genommen jetzt möglicherweise zwei Jahre – – Ich habe mitbekommen, im Fernsehen sind Sie gefragt worden: „Sie sind auf zwei Jahre gewählt. Wird das Ihre letzte Amtszeit sein?“ Und Sie haben geantwortet: „Das entscheiden wir in zwei Jahren.“

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt Zeit, Ihre Nachfolge in aller Ruhe zu klären und von der Bühne abzutreten.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Das empfehlen wir Ihnen. Denn wir brauchen eine neue Linie in der Politik in Baden-Württemberg. Wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der erneuerbaren Energien gegenüber aufgeschlossen ist.

(Abg. Dr. Birk CDU: Gilt das auch für Windräder im Schwarzwald?)

Wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der das Lebensgefühl in dieser Gesellschaft, Ganztagsbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich macht und dies in die Politik einbringt. Wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der in der Verwaltungsreform – –

(Zuruf des Abg. Mappus CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Der nächste Ministerpräsident ist eine Ministerpräsidentin und heißt Ute Vogt!)

– Das ist doch während der Legislaturperiode. – Herr Ministerpräsident, von daher gesehen: Machen Sie das! Wir können Ihnen nur den Ratschlag geben. Wir wollen nicht, dass jede Sachfrage, die wir hier diskutieren, zum Schluss im Personalkartell der CDU geschreddert wird. Nehmen Sie diesen Rat an!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Drexler, damit das klar ist: Hier tritt niemand von der politischen Bühne ab, sondern wir treten an, um im Gegensatz zu allen SPD-regierten Ländern dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg ein verfassungsgemäßer Haushalt vorgelegt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Mit dem Steueramnestiegesetz!)

Sie können das Ergebnis des Vermittlungsausschusses werten, wie Sie wollen. Es ist ein Kompromiss. Zu einem Kompromiss gehört, dass er unterschiedlich bewertet wird. Das ist doch völlig logisch.

Ich bin weit von Euphorie entfernt. Das ist die eine Seite. Wenn es aber nicht gelungen wäre, einen Kompromiss zu erreichen, dann hätte Deutschland weltweit mit Sicherheit endgültig den Ruf erhalten, dass es reformunfähig ist. Das galt es bei diesem Kompromiss zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das hatte ich auch gesagt!)

Aber die wichtige Botschaft für die Landespolitik

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Weihnachtsbotschaft!)

und für uns alle ist jetzt ein klares Bekenntnis und die Zusage – dazu stehe ich auch –, dass dieser Landeshaushalt, den wir im Februar verabschieden werden, auf jeden Fall ein verfassungskonformer Haushalt sein wird. Dies ist nicht selbstverständlich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich habe darauf hingewiesen: Der Bund schafft dies nicht, die meisten Länder werden dies nicht schaffen. Ein verfassungsgemäßer Haushalt muss auch vor einem Hintergrund gesehen werden. Bis Ende 2004 werden dem Land seit dem Jahr 2000 Steuermindereinnahmen in der Größenordnung von 4 Milliarden € – ich wiederhole: 4 Milliarden € – entstanden sein.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, selbst ein wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg wird eine solche Steuermindereinnahme nicht einfach wegdrücken können. Wir müssen klar machen, dass 4 Milliarden € Mindereinnahmen auch einen Grund haben. Dieser Grund heißt Rot-Grün. Der Grund besteht darin, dass wir seit drei Jahren ohne Wirtschaftswachstum leben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie sind diejenigen, die durch eine falsche Politik, durch eine falsche Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, dafür gesorgt haben, dass kein Wirtschaftswachstum zustande gekommen ist. Wenn Sie es nicht glauben, dann schauen Sie die Ergebnisse und Vorschläge der Rürup-Kommission an. Schauen Sie bitte in die Agenda 2010 der SPD, Ihres Bundeskanzlers. In allen Bereichen werden Sie feststellen, dass dort eine genau gegenteilige Politik zu dem gefordert wird, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Deshalb sind Sie mit Ihrer Politik gescheitert!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Regen Sie sich nicht auf!)

– Ich rege mich überhaupt nicht auf.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Doch! Sie beißen ja gleich ins Mikrofon! – Weitere Zurufe)

Ich rege mich nur darüber auf, dass Sie einige Beispiele genannt haben, die man einfach so nicht stehen lassen kann.

(Abg. Drexler SPD: Was für welche?)

(Pfister)

Ich bin ja sehr bei Ihnen,

(Abg. Drexler SPD: Wo? – Abg. Stickelberger SPD: Bitte nicht!)

wenn wir alles tun, damit das Jahr 2004 zu einem Jahr wird, in dem wieder ein wirtschaftliches Wachstum entsteht.

(Abg. Drexler SPD: Dafür müssen Sie etwas tun!)

Übrigens, Kollege Drexler, meine Damen und Herren: Wenn wir es schaffen, im Jahr 2004 ein Wachstum von, ich sage einmal, 1,8 % zu erreichen, dann wäre ich sehr zufrieden. Aber man muss ehrlichkeitshalber auch sagen: Allein durch Wirtschaftswachstum werden die strukturellen Defizite dieses Haushalts ebenso wenig wie die aller anderen Haushalte ausgeglichen werden können.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Deshalb ist die wahre Botschaft die: Wirtschaftswachstum ja, weil wir ohne Wirtschaftswachstum die Haushalte nicht in Ordnung bringen können. Aber über dieses Wirtschaftswachstum hinaus müssen Strukturmaßnahmen eingeleitet werden, die notwendig sind, damit wir unsere Haushalte wieder in Ordnung bringen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weil Sie davon gesprochen haben, wir würden unsere Zukunft vervespern, weil wir zum Beispiel in der Forschungspolitik – das Beispiel hatten Sie genannt – zu wenig täten, will ich Ihnen sagen: Meine Damen und Herren, es gibt kein Land auf der ganzen Welt, nicht in Deutschland, nicht in Europa – nicht Kalifornien, nicht Japan –, das einen so hohen Anteil für Forschungsaufgaben am Bruttoinlandsprodukt hat wie das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Aber jetzt nicht mehr!)

Wir liegen bei 3,9 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber jetzt nicht mehr!)

Die Kanadier, die Franzosen, die Kalifornier, die Japaner liegen deutlich darunter. Wir brauchen uns von der SPD nicht sagen zu lassen, dass Aufwendungen für die Forschung und Forschungsanstrengungen gewissermaßen die Zukunft für dieses Land sind.

(Abg. Drexler SPD: Da haben Sie die ganzen Privaten eingerechnet! Das sind doch keine Landesausgaben! – Zurufe der Abg. Birzele und Zeller SPD)

Das haben wir längst kapiert, Herr Zeller. Dazu brauchen wir Ihre Nachhilfe nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich rate Ihnen, Ihre Rede, die Sie zum Thema Wohnungsbaupolitik gehalten haben, noch einmal nachzulesen. Wissen Sie, Sie können noch so viele Millionen, noch so viele Milliarden in die Hand nehmen – wenn Sie glauben, dass allein durch Millionen oder Milliarden der Mietwohnungsbau in Baden-Württemberg oder anderswo wieder belebt werden könnte, dann täuschen Sie sich. Wir brauchen vielmehr verbesserte Rahmenbedingungen im Mietrecht, damit wieder ein Anreiz dafür geschaffen wird, dass in Deutschland überhaupt wieder gebaut wird. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben Reformbedarf. Das ist unumstritten. Wir müssen alle miteinander unsere Hausaufgaben machen. Das gilt für Baden-Württemberg – dazu will ich gleich einiges sagen –, das gilt für Berlin. Wir haben alle miteinander unsere Hausaufgaben zu machen, um zum einen das erforderliche Wirtschaftswachstum, von dem ich gesprochen habe, wieder zu generieren und um zum anderen unsere Haushalte mittelfristig und langfristig auf eine wirklich sichere Struktur zu stellen.

Was muss in Berlin geschehen? In aller Kürze nur: Wir müssen die Sozialversicherungssysteme, die sich in ihrer Form überlebt haben, auf eine neue Grundlage stellen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Besonders wichtig dabei ist, dass die Kosten der Arbeit von den Sozialversicherungssystemen abgekoppelt werden. Gerade deshalb ist Ihr Vorschlag einer Bürgerversicherung mit Sicherheit der falsche Vorschlag, weil diese Abkopplung dann nicht stattfindet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen, was die sozialen Sicherungssysteme angeht, längere Lebensarbeitszeiten einplanen. Das kann überhaupt nicht anders sein. Es kann nicht sein, dass alle zehn Jahre die Lebenserwartung um ein Jahr steigt – das bedeutet eine Erhöhung um drei Jahre innerhalb einer Generation –, aber die gesamte zusätzliche Zeit gewissermaßen im Ruhestand, also in der Rente oder in der Pension, verbracht wird. Das ist völlig ausgeschlossen; dies hält kein Sozialsystem aus.

Deshalb müssen wir die Lebensarbeitszeit verlängern. Aber ich plädiere sehr dafür, nicht nur die Diskussion über eine Rente mit 67 oder 68 zu führen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die jungen Leute früher in den Beruf hineinkommen. Das wäre eine typische landespolitische Aufgabe. So, wie wir zum Beispiel als erstes Land das achtjährige Gymnasium eingeführt haben, sollten wir dafür sorgen, dass die Kinder früher und flexibler in die Grundschule eingeschult werden, dass die Erstausbildungszeiten insgesamt verkürzt und besser die Weiterbildungszeiten verlängert werden und dass die Regelstudienzeiten durch entsprechende Anreize eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, allein diese drei Maßnahmen, die ich genannt habe – frühere oder zumindest flexiblere Einschulung in die erste Grundschulklasse, das achtjährige Gymnasium und das Einhalten der Regelstudienzeit –, könnten sicherstellen, dass die Sozialversicherungsbeiträge für die Rentenversicherung nach dem alten System um volle zwei Prozentpunkte absinken, wenn wir diese Maßnahmen,

(Pfister)

die wir in Baden-Württemberg schon haben, bundesweit hätten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Zwei volle Prozentpunkte! Was reden wir uns die Köpfe heiß, wie die Systeme stabilisiert werden könnten? Wir könnten dadurch die Beiträge um zwei Prozentpunkte absenken. In Euro ausgedrückt würde das bedeuten, dass von den Beitragszahlern rund 20 Milliarden € weniger in die Rentenversicherungssysteme eingezahlt werden müssten und wir nach wie vor noch die gleiche Qualität hätten.

Meine Damen und Herren, das sind Ansätze, um in der Zukunft Reformpolitik zu machen. Dagegen ist das, was Sie diskutieren, nichts anderes als ein Bewahren und Verteilen des Mangels.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU – Abg. Stickelberger SPD: Schreien Sie doch nicht so!)

Steuersysteme sind angesprochen worden. Was dazu jetzt in Berlin verabredet worden ist, wird nicht die große Wachstumsdynamik auslösen; das wissen wir alle. Deshalb setze ich auch sehr darauf, dass unabhängig von dem Berliner Beschluss jetzt so schnell wie möglich und mit Ihrer Zustimmung, die ja auch schon an verschiedenen Stellen signalisiert worden ist, ein wirklich neues, modernes Steuersystem auf den Weg gebracht wird.

Die FDP hat schon 1996 – ich wiederhole: 1996 – gesagt, ein solches Steuersystem müsse mit drei Zahlen umschrieben werden: 15 %, 25 %, 35 %.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ja! – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Rund acht Jahre später kamen andere, zum Beispiel Merz. Er spricht nicht von 15 %, 25 % und 35 %, sondern von 12 %, 24 % und 36 %. Das geht in die gleiche Richtung. Ebenfalls acht Jahre später kommt Kirchhof und nennt nur noch die Zahl 25 %.

Jetzt kann man sich im Einzelfall ja das eine oder andere Modell anschauen und kann darüber diskutieren, welches das beste ist. Aber klar ist doch eines: Wir werden in der Zukunft nur dann ein modernes Steuersystem haben – mit allen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik –, wenn drei Bedingungen erfüllt werden: Die Steuersätze müssen niedrig sein, und das Steuersystem muss gerecht sein. Es kann aber nur dann gerecht sein, wenn es auch einfach und transparent ist und von den Bürgern verstanden wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Von allen verstanden!)

Deshalb ist dies die zweite Voraussetzung, die natürlich nur dann funktioniert, wenn wir gleichzeitig auch den Mut zu einem radikalen Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbeständen haben. Nur dann kann ein solches Steuersystem finanziert werden.

Drittens: Reform des Arbeitsmarkts. Alle Fachleute sagen: Mindestens ebenso wichtig wie das Steuersystem und die Steuerpolitik ist für die Wachstumsdynamik auch die Frage einer Entriegelung, einer Entbetonisierung des Arbeitsmarkts. Der Arbeitsmarkt ist zubetoniert, er ist total reguliert. Das muss anders werden!

Deshalb bin ich froh – um noch einmal auf das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zurückzukommen –, dass diese beiden Dinge jetzt doch im Zusammenhang gesehen werden: auf der einen Seite die Steuern, auf der anderen Seite aber auch die Entriegelung des Arbeitsmarkts. Insofern geht das in die richtige Richtung. Wie gesagt: Euphorie ist bei diesem Ergebnis des Vermittlungsausschusses nicht angebracht, aber psychologisch ist es durchaus ein wichtiger Schritt.

Ich bin froh darüber, dass den Gemeinden mit einer Art Soforthilfe geholfen worden ist, indem die Gewerbesteuerumlage von 30 % auf 22 % abgesenkt wurde. Das ist schon deshalb wichtig, weil, wie wir wissen, 70 % der Investitionen in den Gemeinden getätigt werden. Deshalb war es wichtig, dass hier sofort etwas geschieht. Ich bin froh darüber, dass es nicht zu einer Revitalisierung der Gewerbesteuer gekommen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich bin froh darüber, dass die freien Berufe nicht einbezogen worden sind.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Denn die Einbeziehung der freien Berufe würde bedeuten: 800 000 zusätzliche Steuerbescheide, Tausende von Einsprüchen, ein Mehr an Bürokratie. Wir brauchen aber nicht mehr Bürokratie, wir brauchen weniger Bürokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber die Kommunen brauchen auch mehr Geld, Herr Pfister!)

Die Finanzierung der vorgezogenen Steuerreform erfolgt nicht auf Pump. Auch dies war ein wichtiges Anliegen der FDP und auch der CDU. Wir sind froh, dass wir uns da durchgesetzt haben.

Zur Frage der Zumutbarkeit von Arbeit ist bereits einiges gesagt worden. Ich glaube schon, dass durch eine neue Zumutbarkeitsregelung, die ja auch schon in die Hartz-Empfehlungen und in die Agenda 2010 aufgenommen war, die damals aufgeweicht worden und die jetzt wieder hineingekommen ist, mehr Arbeitsplätze in Deutschland besetzt werden können, was wiederum die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung ist. Ich bin sehr sicher, dass insbesondere für kleinere Betriebe, für Handwerksbetriebe die neue Kündigungsschutzregelung, die wir schon bis 1998 hatten, sehr hilfreich sein wird. Da müssen wir abwarten. Ich bin ziemlich sicher, dass die Wirkung, die wir uns davon versprechen, auch tatsächlich eintreten wird.

(Pfister)

Meine Damen und Herren, ein erster, ein kleiner, ein nicht ausreichender Schritt, aber dennoch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich sage noch einmal: Wir hätten uns weltweit zum Gespött gemacht, unsere Unfähigkeit zur Reform weltweit unter Beweis gestellt, wäre es nicht gelungen, wenigstens in diesen ansatzweisen Schritten eine Reform auf den Weg zu bringen. Deshalb begrüße ich diese Vermittlungsausschussergebnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Damit ist auch klar, dass wir einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen werden. Das bedeutet, dass zu der 1 Milliarde €, die bereits eingespart worden ist – nennen Sie mir übrigens einmal ein einziges Land, das bis heute 1 Milliarde € im Haushalt eingespart hätte; Sie werden mir keines nennen können –, noch weitere Einsparungen hinzukommen werden. Das lässt sich gar nicht vermeiden. Aber wir werden einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. Das Parlament wird rechtzeitig vor den Januarsitzungen des Finanzausschusses die entsprechenden Nachschiebelisten erhalten.

Wir werden auf einen Vorschlag der SPD mit Sicherheit nicht eingehen, nämlich den Vorschlag, die Rothaus-Brauerei an die L-Bank zu verkaufen. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens: Wenn wir die Rothaus-Brauerei verkaufen würden, würde sich an den Strukturproblemen des Landeshaushalts durch diese einmalige Einnahme so gut wie nichts ändern. Zweitens: Es wäre eine Scheinprivatisierung. Was denn sonst? Und drittens: Es wäre eine verdeckte Kreditaufnahme – etwas, was die SPD in vergangenen Zeiten übrigens immer kritisiert hat –, denn selbstverständlich müsste auch die L-Bank den Kauf fremdfinanzieren und könnte ihn nicht aus der Portokasse bezahlen. Das wäre eine windige Angelegenheit, meine Damen und Herren, der wir mit Sicherheit nicht zustimmen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Und was machen Sie?)

– Darauf komme ich noch.

Der Finanzminister hat einen wichtigen Satz in seiner – –

(Abg. Birzele SPD: Nein, ich meine, mit Rothaus!)

– Es bleibt so, wie es ist, Herr Kollege.

(Abg. Birzele SPD: Also der Staat soll Bier brauen? Die FDP ist für Staatsbierbrauer?)

– Es bleibt so, wie es ist. Sie wissen, dass bei der Rothaus-Brauerei auch eine ganze Reihe strukturpolitischer Gründe, die Herr Kollege Drexler zu Recht angesprochen hat, eine Rolle spielen.

(Abg. Birzele SPD: Aber die Gerichtsvollzieher privatisieren!)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat einen wichtigen Satz gesprochen, den ich ausdrücklich zitieren möchte. Es geht darum, dass Baden-Württemberg neben Berlin seine Hausaufgaben machen muss, um zu besseren Verhältnissen zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Voraussetzung dafür ist – ich zitiere den Finanzminister –: „Der Staat muss sich zurücknehmen."

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist FDP pur!)

Ein klassischer Satz, wie in Stein gemeißelt. Dieser Satz könnte von einem Liberalen sein, Herr Finanzminister.

(Abg. Zeller SPD: Deswegen brauchen wir die Rothaus-Brauerei!)

Deshalb ist es eine vorrangige Politik, dafür zu sorgen, dass öffentliche Aufgaben so effizient und so kostengünstig wie möglich erledigt werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Genau das wird die Aufgabe der Verwaltungsreform sein, die wir im nächsten Jahr verabschieden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber es geht nicht nur um eine kostengünstige Erledigung von Aufgaben, sondern es geht auch darum, dass die Aufgaben ins Visier genommen werden, die wirklich unbedingt erledigt werden müssen. Das heißt, wir müssen daneben auch Aufgabenkritik betreiben. Wir müssen staatliche Aufgaben privatisieren, wo immer dies möglich und sinnvoll ist. Dies, meine Damen und Herren, war der der Justizreform zugrunde liegende Gedanke, die wir ebenfalls verabschieden werden.

Wir müssen darüber hinaus noch stärker entbürokratisieren und deregulieren.

Das sind im Grunde unsere Hausaufgaben, die wir in Baden-Württemberg zu erledigen haben. Wir müssen diese Hausaufgaben erledigen, wenn wir eine Chance haben wollen, die wirklich großen Risiken in diesem Land und in diesem Haushalt in den Griff zu bekommen.

Welches sind die großen Risiken? Das größte Risiko in diesem Haushalt stellen für mich persönlich – und das ist das Bedrückendste in diesem Haushalt – die Pensionslasten dar.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bist du sicher?)

– Ja, da bin ich ganz sicher. – Diese Pensionslasten steigen jetzt schon weit überproportional, und das wird sich fortsetzen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist seit Jahren bekannt!)

Man muss sich vorstellen: Die Pensionslasten betragen im Jahr 2004 2,8 Milliarden €, und sie werden bis zum Jahr 2030 auf eine Größenordnung von 8 Milliarden € steigen. Diese Pensionslasten kommen völlig ungebremst auf uns zu.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir tun viel zu wenig, um diese Pensionslasten abzubremsen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wenn wir eine Generationenbilanz für den Haushalt unseres Landes hätten, würde sie deutlich zeigen, in welchem Ausmaß wir bis heute Lasten in die Zukunft – das heißt: zu-

(Pfister)

lasten der nächsten Generation – verschieben und insoweit natürlich auch über unsere Verhältnisse leben.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir wollen, ich will, dass zukünftig solche Generationenbilanzen regelmäßig erstellt werden. Auch dies gehört zur Transparenz öffentlicher Haushalte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn uns in Zukunft die Pensionszahlungen nicht völlig überfordern sollen, wenn wir uns überlegen, was wir tun können, damit diese Pensionslawine nicht ungeschützt in den nächsten Jahren über uns hereinbricht, gibt es im Grunde drei Wege:

Erster Weg: Wir müssen die Zahl der Bediensteten in Baden-Württemberg verringern. So einfach ist das. Damit beginnen wir nicht erst jetzt,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

sondern wir haben bereits in den letzten zehn Jahren in unseren Haushalten ungefähr 10 000 Stellen abgebaut.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber doch nicht netto!)

Das ist nur deshalb in der Haushaltsrechnung nicht zum Tragen gekommen, weil wir gleichzeitig im Bereich der Bildung, Kollege Zeller – beispielsweise bei den Lehrerstellen –, fast in der gleichen Größenordnung zugelegt haben. Beginnend in der großen Koalition, fortgeführt in allen Regierungen haben wir seit 1992 bei den Lehrerstellen zugelegt. Das ist auch in Ordnung, das muss bei zunehmenden Schülerzahlen auch so sein. Ich weise aber darauf hin: Auf der einen Seite haben wir in der allgemeinen Verwaltung 10 000 Stellen abgebaut, auf der anderen Seite haben wir in einer ähnlichen Größenordnung Stellen im Bildungsbereich neu geschaffen.

Das führt aber nicht an der Tatsache vorbei, dass wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts, gegen Ende dieses Jahrzehnts, wenn die Schülerzahlen zurückgehen – und sie werden zurückgehen –, den Bildungsbereich nicht von entsprechenden Entwicklungen abschotten können. Das heißt, wir werden dann auch zu einer Streichung von Lehrerstellen kommen müssen – immer entsprechend den Schülerzahlen, die, wie gesagt, gegen Ende dieses Jahrzehnts zurückgehen werden.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Zweitens: Wir müssen das Pensionseintrittsalter deutlich erhöhen. Ich glaube, dass darüber in der Zwischenzeit auch Klarheit herrscht. Ich weise aber nochmals darauf hin: Nicht nur eine Erhöhung des Pensionseintrittsalters, sondern auch ein früherer Zugang zum Beruf ist erforderlich. Das kann die Lebensarbeitszeit insgesamt verlängern.

Drittens: Wir werden gar nicht daran vorbeikommen, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus – was jetzt faktisch stattfindet – auch das Pensionsniveau in Zukunft schrittweise abzusenken.

Meine Damen und Herren, Sie werden erleben, dass nicht nur eine dieser drei Maßnahmen auf den Weg gebracht wird. Vielmehr werden Sie erleben, dass alle drei Maßnahmen gleichzeitig auf den Weg gebracht werden müssen. Denn nur so können wir erreichen, dass die Personalausgaben nicht einen immer größeren Anteil des Haushalts in Anspruch nehmen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie regieren doch! Wem erzählen Sie das? Sie regieren doch!)

– Ja, das erzähle ich Ihnen, um dafür zu werben, dass wir Stellen abbauen müssen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bei uns, oder wie?)

– Ja, natürlich, beim Parlament. Wir werden – jetzt mit dem Haushalt beginnend – ein weiteres Stellenabbauprogramm machen müssen. Herr Kollege Kretschmann, wenn ich Ihre Zustimmung zu diesem Stellenabbauprogramm habe, bin ich Ihnen dafür sehr dankbar. Denn dann haben Sie eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Pensionslawine in Zukunft nicht ungebremst auf uns zukommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich bin froh darüber, dass in diesem Haushalt die Pensionen, ausgedrückt in Euro – und dazu gehören auch Beihilfeleistungen –, zum ersten Mal nicht mehr irgendwo versteckt im Einzelplan 12, der Allgemeinen Finanzverwaltung, aufgelistet sind, sondern jetzt titelscharf in jedem Einzelplan.

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Thema in den Griff bekommen wollen – und ich bin sehr dafür –, dann ist eine Voraussetzung: Es muss Transparenz herrschen. Die Menschen, und auch wir Abgeordneten, müssen wissen, um welche Zahlen es geht, und wir müssen wissen, in welchen Haushalten sie dargestellt werden. Deshalb ist es gut, dass dies jetzt zum ersten Mal in diesem Haushalt so transparent dargestellt wird.

Also: Pensionszahlungen sind der Risikofaktor Nummer 1 in diesem Haushalt und nicht nur in diesem Haushalt, sondern auch in den kommenden Haushalten. Das ist für mich die wichtigste Baustelle.

Die zweitwichtigste Baustelle – denn das ist der Risikofaktor Nummer 2 – sind die Zinsen. Niemand garantiert uns, dass das im Augenblick sehr günstige Zinsniveau tatsächlich so bleibt, wie es ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es ist garantiert, dass das nicht so ist!)

Wir haben einen Riesendusel, dass wir gerade in dieser Zeit der wirtschaftlichen Schwäche ein sehr geringes Zinsniveau haben, das uns das Geschäft erleichtert. Aber nirgendwo steht geschrieben, dass sich das Zinsniveau weiterhin auf dieser Höhe bewegen wird. Und eine höhere Verschuldung bei höheren Zinsen nimmt uns eben die Handlungsspielräume weg.

Ich will dies nur an einer einzigen Zahl darstellen, damit Sie verstehen, was ich meine: Wir haben heute offiziell eine Nettokreditaufnahme von 1,8 Milliarden € vorgesehen. Das

(Pfister)

wird sich noch ein bisschen verändern, bis die Zahlen eingearbeitet sind. Aber wir haben 1,8 Milliarden € Nettokreditaufnahme und gleichzeitig Zinsausgaben in Höhe von 2 Milliarden €. Das heißt, die Nettokreditaufnahme reicht nicht aus, um die Zinsen in diesem Haushalt zu bezahlen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dies zeigt eigentlich die Dramatik und macht deutlich, dass wir alles tun müssen, um von diesen hohen Zinsbelastungen herunterzukommen.

(Abg. Zeller SPD: Dann machen Sie es doch! Lösen Sie die Landesstiftung auf!)

Wir müssen zu einer verringerten Nettokreditaufnahme zurückkommen, wie das auch in den Jahren 1998, 1999 und 2000 – darauf komme ich gleich noch zurück – ja erfolgreich umgesetzt worden ist. Damals haben wir das getan, und wir waren im Jahr 2000 bei einer Nettokreditaufnahme von gerade noch 400 Millionen €. Das war dann die Zeit, in der wir den Mut gefasst und gesagt haben: Bei 400 Millionen € Nettokreditaufnahme im Jahr 2000 kann man den ernsthaften Versuch machen, bis zum Jahr 2006 die Nettonullverschuldung zu erreichen. Das wäre möglich gewesen, wenn uns die ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht die Suppe versalzen hätten. Aber es bleibt selbstverständlich bei dem Ziel. Wir werden es bis zum Jahr 2006 nicht erreichen können. Andere Bundesländer werden das auch nicht erreichen können; auch Bayern und der Bund werden es nicht erreichen können. Das darf aber nicht bedeuten, dass wir dieses Ziel aufgeben.

Im Interesse der jungen Generation – das will ich sagen – müssen wir nach 30 Jahren, nach 1972, in Baden-Württemberg so schnell wie möglich dazu kommen, dass dieser Landtag einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt verabschiedet. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt soll mir niemand erzählen, dass Haushaltskonsolidierung eine Veranstaltung sei, die in diesen schwierigen Zeiten jetzt gewissermaßen erst erfunden wurde. Meine Damen und Herren, das Streben nach Haushaltskonsolidierung gehört seit 1996 zu den tragenden Elementen dieser Koalition. Ich kann Ihnen das auch an ein paar Zahlen deutlich machen: In den sechs Jahren zwischen 1997 und 2003 ist der Nettoaufwand des Landes für alle Einzelpläne der Ministerien, des Landtags und des Rechnungshofs – allerdings ohne den Einzelplan 12, weil da natürlich die ganzen Pensionslasten drin waren – um 8,6 % gestiegen, also pro Jahr durchschnittlich um 1,4 %. Wenn Sie dazu noch die Personalkosten und die allgemeinen Preissteigerungen hinzurechnen, dann wird niemand behaupten können, wir seien auf der Ausgabenseite in den letzten sieben Jahren in die Vollen gegangen. Im Gegenteil, auch in den konjunkturell guten Jahren 1998, 1999 und 2000 hat sich diese Koalition bei den Ausgaben zurückgehalten und eine seriöse und auf Konsolidierung angelegte Haushaltspolitik betrieben.

Ich habe Ihnen gesagt: Das hat zunächst einmal wirklich damit geendet, dass im Jahr 2000 gerade noch 400 Millionen € Nettokreditaufnahme erforderlich waren. In den nächsten Jahren – die Gründe habe ich Ihnen genannt – wurde sie allerdings wieder erhöht. Aber niemand soll behaupten, dass Haushaltskonsolidierung und Sparen erst jetzt erfunden worden seien. Wir werden das in der Zukunft fortführen müssen – das ist gar keine Frage –, aber wir haben schon in der Vergangenheit damit begonnen.

Wir haben das zum Beispiel damit getan, dass der Nettoaufwand für den Einzelplan des Innenministeriums gegenüber 1997 zurückgegangen ist. 2003 war das weniger als 1997. Warum war das so? Weil wir uns damit durchgesetzt haben, dass die Regierungspräsidien um 30 % abgespeckt worden sind. Es ist eine beachtliche Leistung, wenn Sie die Regierungspräsidien um 30 % abspecken.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Damit ist die Grundlage für das gelegt worden, was wir heute Verwaltungsreform nennen. Verwaltungsreform hat schon in der Vergangenheit stattgefunden. Aber wir werden sie jetzt verstärkt weiterführen.

Herr Kollege Drexler, eines lasse ich natürlich auch nicht zu. Er ist jetzt nicht da.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

– Doch, da ist er. Entschuldigung. – Sie haben vorhin davon gesprochen, wir täten nichts im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich bin Ihrer Meinung – wahrscheinlich ist in der Zwischenzeit jeder dieser Meinung –, dass wir im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr viel tun müssen. Natürlich gehört das Thema Ganztagsschulen dazu. Jetzt frage ich Sie aber einmal: Wie viel neue Ganztagsschulen sind in dieser Legislaturperiode und in der letzten Legislaturperiode in Baden-Württemberg hinzugekommen, und wie viel Ganztagsschulen sind zum Beispiel in der großen Koalition geschaffen worden?

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

In der großen Koalition null, und wir haben 130 neue Ganztagsschulen geschaffen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: 4 Milliarden! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt frage ich Sie einmal, Herr Kollege Drexler, nachdem Sie auch die Kinder im Alter unter drei Jahren angesprochen hatten: Wer hat eigentlich ein Programm „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ auf den Weg gebracht, das mit immerhin 15 Millionen € dotiert ist, mit dem zum Beispiel für die Nulljährigen ein ganz konkretes Angebot im Krippenbereich gemacht werden kann?

(Abg. Alfred Haas CDU: Null- bis Dreijährigen! – Heiterkeit)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Herrmann CDU: „Für die Nulljährigen“! Jünger als ein Jahr!)

– Entschuldigung.

(Zurufe)

– Das wollte ich Ihnen nicht unterstellen.

(Pfister)

(Abg. Drexler SPD: Sollen wir noch pränatale Kindergärten machen?)

Nein, ich wollte sagen: für die unter Dreijährigen. – Wer hat eigentlich dieses Programm „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ mit der Möglichkeit, Betreuungen im Krippenbereich, aber auch im Tagesmütter- und Tageselternbereich anzubieten, auf den Weg gebracht? Wer hat das in der großen Koalition gemacht? Was haben Sie in der großen Koalition getan? Sie haben überhaupt nichts getan.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Wir, die liberal-bürgerliche Koalition, haben dieses Thema auf den Weg gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist mit dem Landeserziehungsgeld?)

Ich bin weit davon entfernt, diesen Haushalt zu beschönigen.

(Abg. Drexler SPD: Das machen wir auch nicht!)

Er stellt eine ganz, ganz schwierige Aufgabe dar. Auch der Hinweis auf andere Länder und den Bund – da haben Sie Recht – hilft uns da nicht übermäßig viel weiter. Das gilt übrigens auch für den Hinweis auf die Belastungen durch den Länderfinanzausgleich. Das ist nun einmal so, wie es ist. Ich würde gern etwas daran ändern – Sie wahrscheinlich auch –, weil dieser Länderfinanzausgleich – das ist das eigentlich Schlimme daran – zur Nivellierung führt. Diejenigen, die sich anstrengen, werden im Grunde genommen dafür bestraft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das ist ein untragbarer Zustand. Aber ich kann es nicht ändern, nachdem das Bundesverfassungsgericht so entschieden hat.

Klar ist: Wir müssen uns in den kommenden Jahren darauf einstellen – das ist auch der Wille dieser Regierung –, den Haushalt in absehbarer Zeit an der Nulllinie zu fahren. Ich betone: Wir müssen ihn an der Nulllinie fahren. Mit diesem Haushalt tun wir dies auch; denn die bereinigten Ausgaben gehen gemäß diesem Haushalt leicht zurück. Das wird auch in der Zukunft nicht anders sein können.

Es wäre gut, wenn dieses Fahren an der Nulllinie auch in Berlin stattfinden würde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn das, was der Bund im Augenblick tut – ich meine die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts –, ist ein katastrophales rot-grünes Armutszeugnis. Das müssen Sie sich jetzt anhören.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Theurer FDP/DVP: Vertragsbruch ist das!)

Wir haben den Beamten im strukturellen Bereich einiges zugemutet. Das ist in der Zwischenzeit bekannt. Ich will ausdrücklich sagen: Weil wir im Augenblick keine andere Möglichkeit haben – aber nur im Augenblick –, nehmen wir eine Ungleichbehandlung von Beamten und Angestellten des Landes hin. Dies darf aber kein dauerhafter Zustand sein.

(Zuruf von der SPD: Das ist überhaupt kein Zustand!)

Die Regelungen in Bezug auf Sonderzahlungen und die Arbeitszeit, die wir für den Beamtenbereich getroffen haben, müssen so schnell wie möglich auch für die Angestellten und Arbeiter des Landes eingeführt werden. Dazu stehen wir.

Die Beteiligung der Kommunen – diesen Punkt will ich auch noch im Sinne einer Ankündigung für die Zweite Beratung erwähnen – an den Ausgaben und Einnahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes ist möglich, seit der Bund seinen Anteil im Jahr 2000 von vorher 50 % auf ein Drittel verringert hat. Bis heute hat das Land sich in der Lage gesehen, auf die Weitergabe dieser Kürzungen an die Kommunen zu verzichten. Heute können wir das nicht mehr leisten. Wir sind aber der Auffassung, Herr Finanzminister, dass wir die Ausgestaltung des Gesetzes, die Anreizfunktion für die Kommunen, diese Rückgriffsquote zu erhöhen, noch stärker betonen sollten, als dies heute schon der Fall ist. Wir wollen, dass den Kommunen die Möglichkeit gegeben wird, sich durch eine deutliche Erhöhung der Rückgriffsquote von zusätzlichen Lasten zu befreien. Alle würden davon profitieren, wenn diese Anreizmechanismen wirkten. Ich bitte Sie, Herr Finanzminister, und das ganze Haus, bei der Zweiten Beratung dafür zu sorgen, dass es einen noch stärkeren Anreiz für die Kommunen gibt, damit dieses Unterhaltsvorschussgesetz auch im Interesse der Kommunen zu einem Erfolg wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will angesichts der weit fortgeschrittenen Redezeit an dieser Stelle zum Schluss kommen und Ihnen sagen: Dies ist ein Sparhaushalt, wie ich ihn in 23 Jahren Parlamentstätigkeit noch nie erlebt habe. Er ist trotzdem ein Zukunftsentwurf, weil er nach wie vor Schwerpunkte setzt,

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

etwa im Bildungsbereich. Die GEW-Vorsitzende, Frau Lange – –

(Zuruf von der SPD: Stange! – Abg. Drexler SPD: Ja eben!)

– Entschuldigung, die GEW-Vorsitzende, Frau Stange – wenn ich von Schwerpunktsetzung spreche –, sagt, dass es kein Land in der Bundesrepublik Deutschland gebe, das so viel für die Unterrichtsversorgung tue wie Baden-Württemberg. Das sagt die GEW-Vorsitzende der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie heißt die?)

– Frau Stange. Das ist nachzulesen.

(Abg. Drexler SPD: Die kennen Sie?)

(Pfister)

– Ich höre manchmal ihre Vorträge, ja. – Deshalb bleibt es dabei: Es ist auf der einen Seite ein brutaler Sparhaushalt, aber auf der anderen Seite auch ein Zukunftsentwurf. Dazu gehört ganz eindeutig der Bildungsbereich. Und dazu gehört auch die Landesstiftung, Herr Drexler. Jetzt werde ich geradezu euphorisch.

(Abg. Drexler SPD: Ist klar! Und Sie streichen auf der anderen Seite bei den Zuschüssen an die Bahnhofsmissionen!)

Ich bin froh, dass es die Landesstiftung gibt, denn mit dieser Landesstiftung werden bis zu 75 % die Bildungs-, die Wissenschafts- und die Forschungspolitik finanziert. Seien Sie froh, dass wir diese Mittel für den Bildungs- und Forschungsbereich haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es ist ein Haushalt, der die Wirtschaftspolitik betont. Wir brauchen uns trotz aller Schwierigkeiten nicht zu verstecken, wenn es um den Arbeitsmarkt geht, wenn es um Ausbildungsplätze geht, wenn es um Innovation geht, wenn es um Patentanmeldungen geht. Sie werden leicht feststellen, dass Baden-Württemberg auch in diesen Bereichen die Nase vorne hat. Das Wichtigste an diesem Haushalt ist, dass wir mit der Verwaltungsreform und mit der Justizreform strukturelle Haushaltsprobleme angehen werden, was uns in der Zukunft besonders helfen wird.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss dem Herrn Finanzminister

(Abg. Drexler SPD: Danken!)

wirklich danken. Das ist sicherlich auch in Ihrem Sinne. Ich möchte dem Herrn Finanzminister und seinen Mitarbeitern dafür danken, dass sie die Grundlage für einen Sparhaushalt gelegt haben, für Schwerpunktsetzungen, für einen verfassungskonformen Haushalt und dafür, dass Strukturreformen angegangen werden, dass wir einen Haushalt haben, der ein hervorragendes Rating erhalten hat, was die finanzielle Bonität angeht. Das muss man so sagen. Dafür meinen herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, Theodor Heuss hat 1952 gesagt, dass dieses Land Baden-Württemberg ein Modell deutscher Möglichkeiten sei. Das ist es bis zum heutigen Tag. Aber Baden-Württemberg ist eben nicht nur ein Modell deutscher Möglichkeiten, sondern auch ein Modell europäischer Möglichkeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat seine Rede mit dem Titel versehen: „Die Zukunft gestalten."

(Der Redner hält die Mappe mit der Rede des Finanzministers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2004 in die Höhe.)

Wer meint, dass er bei den gegenwärtig klammen Finanzen noch genügend Geld für solch schöne Mappen ausgeben kann, muss auch wirklich denken, er habe noch etwas zu gestalten, nämlich die Vorderseite dieser Mappe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber seien wir ehrlich: Wir erkaufen uns das bisschen gestalterischen Spielraum, das der Landeshaushalt überhaupt noch aufweist, zu einem äußerst hohen Preis: Wir vermachen noch einmal knapp 2 Milliarden € Schulden an unsere Kinder und an die Politiker, die nach uns kommen. Richtigerweise müsste das Motto lauten: „Die Zukunft erhalten." Denn darum geht es. Wir können ja schon nicht mehr gestalten, ohne die finanzielle Zukunft unseres Landes mit immer mehr Schulden zu untergraben.

(Beifall bei den Grünen)

Was sind nun die Kernaussagen grüner Politik zu diesem Haushalt?

Erstens: Wahrheit und Klarheit. Wir müssen endlich damit aufhören, uns in die eigene Tasche und besonders in die Taschen unserer Kinder zu lügen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Zweitens: Im Landeshaushalt darf nicht auf Kosten der Kommunen gekürzt werden.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Drittens: Die einzig wirklich unangreifbare Priorität im Landeshaushalt muss die Bildung haben. Das kann gegenwärtig aber auch nicht „mehr Geld" bedeuten. So einfach können wir es uns nicht machen. Die Effizienzen im Bildungsbereich müssen gesteigert werden. Die Potenziale innerhalb des Bildungsbereichs müssen freigesetzt und zur Qualitätssteigerung eingesetzt werden.

Schließlich viertens: Wir müssen aufhören, immer noch mehr zu fordern. Wir Grünen fangen damit an: Wir werden dieses Jahr zum ersten Mal, seit wir im Landtag vertreten sind, keine Erhöhungsanträge einbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir setzen unsere Wünsche aus, selbst dort, wo uns das schwer fällt.

Die in dem Haushaltsentwurf vorgesehene Verschuldung, Herr Finanzminister, liegt um 350 Millionen € unter der verfassungsrechtlichen Obergrenze. Der Haushaltsentwurf geht aber nach wie vor von einer überhöhten Steuerschätzung aus, nämlich von der Mai-Steuerschätzung.

Die November-Steuerschätzung ist im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt. Wenn wir jetzt noch die wahrscheinlichen Ausfälle aufgrund der Beschlüsse des Vermittlungs-

(Kretschmann)

ausschusses einbeziehen, so kommen wir gegenüber dem Planansatz auf Steuermindereinnahmen von ca. 500 Millionen €. Das heißt, der Haushalt ist im Prinzip schon jetzt verfassungswidrig, weil diese Minderansätze gar nicht berücksichtigt sind. Sie haben uns einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der auf Zahlen basiert, die schon bei seiner Einbringung überholt waren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dafür können wir aber nichts, Herr Kretschmann! Das müssen Sie zugeben! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Doch, bei der Steuerschätzung schon!)

Herr Finanzminister, Sie haben es selbst angeführt: Wir müssen Schulden aufnehmen, um die Zinsen auf die alten Schulden zahlen zu können. Das Land hat inzwischen insgesamt so viele Zinsen gezahlt, wie es Schulden gemacht hat. Somit hat man sich also netto überhaupt keinen finanziellen Spielraum geschaffen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Im Gegenteil, schon mittel- und langfristig schränkt das den Spielraum ein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, wissen wir!)

Was sind nun Ihre Erklärungen, Herr Finanzminister, für diese traurige Lage? Erstens wegbrechende Steuereinnahmen, zweitens demographische Entwicklung, drittens steigender Ausgabendruck aufgrund von steigenden Pensionslasten und Zinszahlungen, viertens die Dauerleier der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – sie wurde auch heute wieder breit und ausladend gespielt –, für die Sie insbesondere die rot-grüne Bundesregierung verantwortlich machen.

Schauen wir uns das Ganze einmal an. Unsere Steuereinnahmen sind auf dem Niveau von 1999, einem wirtschaftlich guten Jahr. Seitdem sind aber die Ausgaben konstant um 8,7 % gewachsen, also beinahe um ein Zehntel. Das heißt, das wahre Problem liegt nicht in den wegbrechenden Steuereinnahmen, sondern es liegt auf der Ausgabenseite. Für Januar bis September des laufenden Jahres liegen die Steuereinnahmen sogar um fast 3 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums, aber eben immer noch um fast 2 % unter dem Planansatz. Unsere Einnahmen sind um 3 % gestiegen, und trotzdem haben wir ein Problem. Da muss man sich fragen: Wie gut muss es uns eigentlich gehen, damit wir kein Problem haben?

Ich will damit sagen: In dieser traurigen Lage, in der wir uns haushaltspolitisch befinden, sind wir deswegen, weil wir in den letzten Jahren auf der Einnahmeseite immer schöngerechnet haben. Es stünde uns gut an, das zu unterlassen und in Zukunft von konservativen Ansätzen auszugehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! – Abg. Drexler SPD: Steueramnestiegesetz!)

Die demographische Entwicklung, Herr Finanzminister, ist nicht zu bestreiten. Aber ist das etwas Neues? Unsere Bevölkerung ist doch nicht über Nacht ganz unerwartet und unvorhersehbar um 20 Jahre gealtert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vom Himmel gefallen!)

Die demographische Entwicklung anzuführen, Herr Finanzminister, erinnert an das Problem mit den Winterreifen: Fängt es irgendwann im Dezember einmal an zu schneien, dann kommt für die Hälfte der Autofahrer der Winter völlig unerwartet. So ist es bei Ihnen mit der demographischen Entwicklung.

(Beifall bei den Grünen)

Sie gehören zu den Schönwetterfahrern.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Zu Beginn des Jahres 2004 werden wir 80 000, im Jahr 2010 über 100 000 und im Jahr 2030 über 150 000 Pensionärinnen und Pensionäre haben.

(Abg. Clemens Winckler CDU: Da sind Sie dabei!)

Das wird dazu führen, dass das Land jedes Jahr durchschnittlich 200 Millionen € mehr für Versorgungsausgaben aufwenden muss. Die Versorgungsausgaben betragen nach Ihrer Schätzung im Jahr 2030 etwa 8 Milliarden €. Diese Beamten haben wir aber nicht alle gestern plötzlich eingestellt, sondern sie sind auf Lebenszeit eingestellt und arbeiten ca. 30 bis 35 Jahre. Das konnte Sie ja wohl nicht überraschen. Herr Finanzminister, ich muss jetzt einfach fragen: Wer regiert in diesem Land seit fast 50 Jahren? Wer stellt seit fast 50 Jahren den Finanzminister?

(Abg. Zeller SPD: Viel zu lange! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

Sie, die Union.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die FDP/DVP auch!)

Sie allein haben dafür die Verantwortung und sonst niemand.

(Beifall bei den Grünen)

Mit irgendwelchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat das überhaupt nichts zu tun. Die Tatsache, dass die Hälfte der Schulden aus der Ära Kohl stammt, müsste Sie allein darauf hinweisen. Das zeigt, dass die Verweise auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die man gerne macht, mit der wirklichen Lage überhaupt nichts zu tun haben, sondern nur einen Zweck haben: die Versäumnisse der Vergangenheit zu verschleiern und sich in ein gutes Licht zu rücken – das aber leider nicht auf Sie scheint.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt nur zu 50 %!)

Welche Konzepte haben Sie jetzt eigentlich? Nichts, rein gar nichts. Sie hoffen auf zukünftige Stelleneinsparprogramme; denn die Programme der Vergangenheit haben ja bekanntlich netto nichts gebracht.

Sie halten es noch nicht einmal für zweckmäßig, den Barwert der Pensionszusagen zu berechnen. Wir haben es getan. Die zusätzlichen Schattenschulden belaufen sich auf das Zweifache der tatsächlich im Haushalt 2004 ausgewiesenen Schulden, nämlich auf 70 Milliarden €. Zu dem, was

(Kretschmann)

wir von jedem Unternehmen in Deutschland verlangen, nämlich die Verpflichtungen aus Zusagen für die Altersvorsorge mit einem Gegenwartswert auszuweisen, fühlen Sie sich nicht in der Lage. Sie teilen uns das noch nicht einmal nachrichtlich mit. Ich finde, das ist ein trauriger Zustand und ein Zeichen von Hilflosigkeit.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Hier brauchen wir Wahrheit und Klarheit. Denn nur, wenn diese Wahrheit und Klarheit ausgewiesen ist, kann die Bevölkerung auch das Verständnis dafür aufbringen, dass wir um harte Einschnitte nicht herumkommen. Darum ist die Forderung nach Wahrheit und Klarheit nicht nur irgendeine beliebige Forderung, sondern eine ganz elementare Forderung.

Der Kollege Pfister hat wie alle anderen auch gesagt, die Pensionslasten seien der Risikofaktor Nummer 1 für den Haushalt. Das waren Ihre wohlfeilen Worte für die Zukunft. Was machen Sie aber? Wo sind Ihre Taten?

Sie haben das Weihnachtsgeld dynamisiert und ruhegehaltsfähig gemacht. Das heißt, durch diesen Beschluss steigen die Versorgungslasten des Landes nochmals an. Durch die Dynamisierung ist der Spareffekt in acht Jahren aufgebraucht, und die Pensionslasten werden dadurch noch einmal gesteigert.

(Zuruf von der CDU: Bisher schon! – Abg. Oettinger CDU: Aber ruhegehaltsfähig war es schon immer!)

Wieder einmal haben Sie nicht nachhaltig gewirtschaftet, wieder nur auf Kosten der zukünftigen Generation den Haushalt geflickt. Wir haben einen Vorschlag gemacht und im Finanzausschuss einen Antrag gestellt, durch den das Land keinen Cent mehr an Kosten gehabt hätte. Wir wollten einen sozialen Ausgleich für die Beamten, die wirklich sehr wenig verdienen, für den ganzen mittleren Dienst, indem wir keine monatlichen Auszahlungen gemacht hätten, sondern die Zahlung im Dezember belassen hätten. Allein das hätte den sozialen Ausgleich finanziert. Sie haben es abgelehnt, diesbezüglich sozial zu handeln. Dafür machen Sie den Rest ruhegehaltsfähig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ruhegehaltsfähig war das immer!)

Bei dieser Haushaltslage halte ich Ihr Vorgehen für völlig verantwortungslos. Sie müssen einmal Ihre Worte daran messen, was Sie zurzeit an Taten zeigen. Nur das kann man wirklich kontrollieren und überprüfen, nicht aber Ihre Versprechungen für die Zukunft. Die Lasten, die wir haben, basieren schließlich auf Ihren Versprechungen der Vergangenheit.

(Beifall bei den Grünen)

Das sind die wirklichen Gründe, warum wir aus der Schuldenfalle nicht herauskommen. Nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die Gründe. Die haben damit überhaupt nichts zu tun.

. . . es ist ein Trugschluss, zu meinen, dass Wirtschaftswachstum unsere Haushaltsprobleme lösen würde.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben wir ausdrücklich eingeräumt!)

Die kann es vorübergehend mal lösen, auf lange Sicht wird Wirtschaftswachstum allein aber unsere Haushaltsprobleme nicht lösen, soweit sie auf Personalausgaben beruhen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

. . . Manche meinen, wenn die Konjunktur besser brummt, sei alles in Ordnung.

. . . Ich behaupte, dass mit wachsender Wirtschaft auch die Personalausgaben entsprechend steigen. . . . Deswegen – ganz eindeutig –: Wir tun alles, was wir können, damit wir ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum haben. . . . Es wäre falsch und naiv, zu meinen, durch eine besser wachsende Wirtschaft wären unsere Haushaltsprobleme gelöst. Das sind sie nicht und vor allem nicht, soweit sie durch Personalkosten verursacht werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat niemand bestritten, was Sie jetzt sagen!)

– Das stammt auch gar nicht von mir. Das waren die Worte des Finanzministers vom 7. Mai 2003 in der 43. Plenarsitzung.

In Ihrer Haushaltsrede zu diesem Haushalt merke ich leider nichts von dieser Erkenntnis. Sie fallen in den alten Glauben an das Wachstum zurück. Dazu kommt noch, dass wir bei anlaufender Konjunktur leider damit rechnen müssen, dass die Zinsen anziehen. Wir wissen, dass eine Zinssteigerung um einen Prozentpunkt bedeutet, dass 360 Millionen € mehr zur Tilgung der Schulden, die wegen der Zinsen entstehen, aufgebracht werden müssen. Darauf zu hoffen, dass die Zinsen nicht steigen, was alle Redner der Koalitionsfraktionen heute gemacht haben, ist ein Irrtum und dient nur der Verschleierung, weil Sie nicht in der Lage sind, die Probleme wirklich anzupacken.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Finanzminister, eine Voraussage einer Nettonullverschuldung für 2008 basiert nur auf der Hoffnung auf Wachstum. Damit wollen Sie wieder den falschen Eindruck erwecken, man käme zu einer Nettonullverschuldung, wenn nur die Wirtschaft anlaufe. Wir halten es für falsch, diesen Eindruck wieder zu erwecken. Sie können die Prognose einer Nettonullverschuldung bis 2008 durch überhaupt nichts belegen. Sie haben keinerlei Vorschläge gemacht, wie Sie zu diesem Ziel kommen wollen. Ich finde, das ist überhaupt keine seriöse Lösung der Aufgabe. In Wirklichkeit kommen wir um eine seriöse Aufgabenkritik nicht herum. Nur das kann uns diesem Ziel näher bringen.

Die Sonderzuwendungen habe ich ebenso wie das Beispiel der Schattenschulden aus den Versorgungsausgaben schon erwähnt.

Aber nicht genug: Die Landesregierung verschiebt die Finanzierung anderer Ausgaben ja immer noch in diverse Schattenhaushalte. Die Gesamtsumme der in die Finanzie-

(Kretschmann)

rungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben, in die L-Bank und in die Landesentwicklungsgesellschaft ausgelagerten Verpflichtungen des Landes beträgt 650 Millionen €. Auch hier brauchen wir mehr Wahrheit und Klarheit von der Landesregierung im Haushaltsplan.

Deswegen – das sage ich jetzt nur nebenbei – halten wir freilich gewiss nichts vom Vorschlag, die Rothaus-Brauerei an die L-Bank zu verkaufen. Das führt nur weiter zu solchen Konstruktionen und ist außerordentlich schädlich. Warum? Wenn wir die L-Bank durch solche Programme wie die Straßenbausonderprogramme der Regierung oder jetzt den von der SPD vorgeschlagenen Verkauf der Rothaus-Brauerei dazu zwingen, Dinge zu finanzieren, die gar nicht ihre ureigene Aufgabe sind,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

dann fehlen der L-Bank schließlich die für die wichtige Wirtschaftsförderung der kleinen und mittleren Betriebe erforderlichen Mittel. Dafür haben wir in erster Linie die L-Bank; das ist ihre Aufgabe; dazu braucht sie ihre Mittel in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten und nicht, um Schattenhaushalte oder irgendwelche Scheinprivatisierungen zu finanzieren.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Sie haben sich wortreich darüber beklagt, dass die Pensionslasten der Vergangenheit den Landeshaushalt strangulieren. Aber allein im Straßenbau werden in dieser Legislaturperiode über 500 Millionen € durch Schattenschulden finanziert. Zins und Tilgung werden die Haushalte ab dem Jahr 2007 belasten.

Den ehrlichen Weg, zu sagen, den Landesstraßenneubau müssten wir aufgrund der mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten unterlassen, wollen Sie nicht beschreiten. Stattdessen wollen Sie in solche windigen Finanzierungsmodelle gehen. Das zeigt, dass Sie eben nicht bereit sind, dafür zu sorgen, dass wir irgendwann in der Zukunft einmal zu einer Nettonullneuverschuldung kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Aufgabenkritik: Wo haben Sie Ihre Aufgabenkritik praktiziert? Der Ministerpräsident hat ja hier im Plenum unter Berufung auf seine langjährige Verwaltungserfahrung die von uns geforderte Aufgabenkritik im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform abgelehnt, und zwar mit der Begründung, es würde nicht funktionieren, erst eine Aufgabenkritik zu machen, bevor man mit einer Verwaltungsreform beginnt. Er hat gesagt, man müsse einfach eine Einsparquote vorgeben und dann würde das schon von allein kommen.

Wie sich jetzt mehr und mehr zeigt, hatten wir aber Recht. Es ist ganz offenkundig und wird in den Kommunen auch in den Reihen der Parteien, die im Land die Regierungskoalition bilden, kritisiert, dass die Effizienzrendite von 20 % in Wirklichkeit ohne Aufgabenkritik überhaupt nicht zu erbringen ist, dass sie in vielen Bereichen völlig illusorisch ist und dass es darauf hinauslaufen wird, dass die Kommunen die Zeche über eine erhöhte Kreisumlage zahlen müssen.

Also kommt man um eine Aufgabenkritik nicht herum. Wo ist Ihre Aufgabenkritik, was den Landeshaushalt betrifft? Wo haben Sie sie praktiziert? Wo kürzen Sie Subventionen?

Beispiel Söllingen: Für die nächsten 13 Jahre gewährt das Land jeweils rund 6 Millionen € – das sind in der Summe 76 Millionen € – als Zuschuss für den Flughafen. Wer bei einer der Billigfluglinien ein Ticket für 19 € ergattert, bekommt aus dem Landeshaushalt 30 € in die Tasche gesteckt. Ist es jetzt eine Kernaufgabe des Staates und des Landes Baden-Württemberg, Billigflieger zu finanzieren? Ist das Ihr Beitrag zur Klimaschutzpolitik?

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Denn sonst haben Sie ja auf diesem Gebiet nichts zu bieten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Das macht es nicht besser, Herr Kollege. Es gibt keine Gleichheit im Unrecht; das sollten Sie sich einmal merken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wohl wahr!)

Der Zuschuss an den Flughafen Söllingen hat im Landeshaushalt nichts verloren, schon gar nicht unter solchen Haushaltsbedingungen.

Man kann auch andere Beispiele hervorholen: Was ist mit der neuen Messe? Gehört es zu den Kernaufgaben des Landes Baden-Württemberg, Messen zu bauen und zu finanzieren?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eindeutig ja! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Wir sagen: eindeutig nein.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf von der CDU: Wir sagen: ja!)

Das muss die Wirtschaft selbst machen, wenn sie Messen für nötig hält. Wir haben dazu weder die Kompetenz noch das Geld. Wir finanzieren dagegen über Schulden der Wirtschaft eine Messe. Dieses Problem haben Sie heute alle aufgeworfen.

Wo sind jetzt die Einsparmaßnahmen, die an die Strukturen gehen? Warum verzichten Sie auf solche Projekte nicht? Wo bleibt da Ihre liberale Ordnungspolitik, Herr Pfister? Allein im Haushalt 2004 wird uns die Schuldendiensthilfe für die Projektgesellschaft Neue Messe 25 Millionen € kosten. Auch diese Subvention hat im Landeshaushalt nichts zu suchen.

(Beifall bei den Grünen)

Hat die Landesregierung bei der Imagekampagne eine Beschränkung auf die Kernaufgaben gewahrt? 6 Millionen € geben wir dafür allein im kommenden Jahr aus. Jetzt hören Sie doch wirklich einmal mit dieser Imagekampagne auf! Sie war gut; aber man soll ja immer dann aufhören, wenn es am schönsten ist.

(Heiterkeit des Abg. Fleischer CDU)

(Kretschmann)

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass wir alles können, außer Hochdeutsch.

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist leicht zu sagen, die Verwaltung müsse sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Aber wo setzen Sie das um?

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Einen neuen Spruch brauchen wir!)

Bei NSI ist es dasselbe. Eine an und für sich sinnvolle Idee wird schon dadurch an die Wand gefahren, dass man mittendrin eine Verwaltungsreform plant, die einen Großteil dieses NSI-Projekts überflüssig und illusorisch macht. Wo sind Ihre Konsequenzen? Wo sind jetzt die Einspartitel für diesen Bereich? Wir sehen nichts.

In den fetten Jahren hat man nichts gemacht, sondern das Geld zum Fenster hinausgeworfen: Hockenheimring 13 Millionen €,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Deyhle 30 Millionen DM, Söllingen 76 Millionen €, NSI 500 Millionen €, neue Messe 250 Millionen € usw. usf.

Wo sind nun Ihre Einsparbemühungen, um den Haushalt zukunftsfest zu machen, Herr Finanzminister?

(Beifall bei den Grünen)

„Verwaltungsreform“ bedeutet heute weitgehend auch einen Verschiebebahnhof, bei dem mit diesem wunderbaren Plastikwort „Synergieeffekte“ irgendetwas herauskommen soll, ohne dass man es konkret nachweist. Können Sie konkret nachweisen, wie durch die Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter irgendein Euro eingespart wird? Wo soll der eingespart werden? Mit welchem Ziel?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Erst in fünf Jahren!)

Wir haben von Ihnen dazu nichts gehört.

Können Sie einmal ernsthaft sagen, wie Sie durch die Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter etwas einsparen wollen?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie vermehren die Stellen ja noch. Es gibt keine einzige Vorlage zur Aufgabenkritik und zur Aufgabenreduktion von Ihnen – alles Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Warten Sie es ab!)

Wie wäre es dagegen mit richtigen Reformansätzen, zum Beispiel Aufhebung des Beamtenstatus außerhalb des hoheitlichen Bereichs? Daran trauen Sie sich natürlich nicht heran.

Wie wäre es mit weitgehend selbstständigen Schulen? Auch daran trauen Sie sich nicht heran.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh!)

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Eine Überholung der Schulverwaltung, wie wir sie vorgeschlagen haben, brächte eine Effizienzrendite von 80 % und nicht von 20 %. Da trauen Sie sich nicht heran. Wir fordern das seit Jahren. Wie steht es mit der Auflösung kleiner Hauptschulen? Auch hier trauen Sie sich nicht heran.

Wie sieht es damit aus, die mögliche Effizienzsteigerung durch eine Reform der Schulverwaltung und durch die Auflösung von Kleinsthauptschulen dafür zu verwenden, wirklich einmal etwas für die Ganztagsschulen zu tun, ohne dass man den Haushalt des Kultusministeriums hochfahren müsste? Damit könnten ungefähr 300 zusätzliche Ganztagsschulen gefördert werden. Das wäre ein echter Sprung nach vorne, den wir in diesem Land brauchen. Davon hören wir natürlich nichts. Da wagen Sie sich nicht heran.

(Beifall bei den Grünen)

Wie wäre es mit der Übertragung der Aufgabe der Beratung unserer Landwirte an die Landwirtschaftsverbände und, damit einhergehend, der Auflösung der Landwirtschaftsämter, statt sie nur irgendwo umzugliedern? Was die IHKs für ihre Mitglieder können, müssen die Bauernverbände für ihre Bauern wohl auch können. Da trauen Sie sich nicht heran. Wir fordern das seit Jahren. Da geht es immerhin größenordnungsmäßig um eine Einsparung von tausend Beamten.

Warum beenden Sie in dieser Zeit nicht den völlig überflüssigen und überholten freiwilligen Polizeidienst? Wir fordern das seit Jahren.

(Abg. Fischer SPD und Abg. Pfister FDP/DVP: Wir auch!)

Sie trauen sich nicht einmal an Dinge heran, bei denen nun eindeutig das Geld zum Fenster hinausgeschmissen wird, wie zum Beispiel beim Haus der Heimat – das hat jetzt der Rechnungshof klipp und klar gesagt –, wo Bibliotheken betrieben werden, in die jährlich weniger Benützer gehen, als dort Angestellte sind.

(Heiterkeit)

Noch nicht einmal so etwas wagen Sie zu streichen.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist doch reiner Klientelismus. Das, was dort sinnvollerweise gemacht wird, kann man ohne weiteres an Behörden und an Ministerien übertragen.

Ganz duster wird es natürlich beim Umweltschutz und bei der Ökologie,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da geht das Licht aus!)

obwohl der Umweltplan dem Klimaschutz zu Recht eine bedeutende Rolle zumisst und vorsieht, dass bis zum Jahr 2005 die Emissionen von 78 Millionen Tonnen auf 70 Millionen Tonnen, bis zum Jahr 2010 sogar auf 65 Millionen Tonnen sinken sollen. Was tun Sie? In dieser Situation, in der Sie schon nur minimale Ansätze im Haushalt haben – bei der Altbausanierung 5,7 Millionen € und beim Programm „Klimaschutz-Plus“ 5 Millionen € –, streichen Sie

(Kretschmann)

diese winzigen Ansätze noch einmal: den ersten um 30 % und den anderen von 5 auf 4,3 Millionen €. Es ist doch völlig absurd, wenn jeder weiß, dass Umweltvorsorge und Klimaschutz genauso wichtig sind wie Haushaltsvorsorge und genauso in die Zukunft verschobene Lasten sind, da noch diese minimalen Ansätze zu bekämpfen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist „Nach uns die Sintflut“!)

Aber dort, wo die Leute freiwillig ihr Geld ausgeben wollen, um zum Beispiel Windräder zu bauen, sie auch noch zu bekämpfen, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Sehr vernünftig!)

Im Haushalt die winzigen Ansätze noch einmal herunterzufahren, aber dort, wo Menschen ihr gutes Geld für Zukunftsinvestitionen ausgeben wollen, das bürokratisch zu verhindern ist wirklich unglaublich.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Wenn Sie etwas anderes machen würden, dann wäre das ja okay. Aber das ist nicht der Fall.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die machen ja gar nichts!)

Der Kollege Drexler hat vorhin nachgewiesen, dass Sie jedes Umweltgesetz im Bundesrat abgelehnt haben. Sie haben hier viele Worte über die Große Wasserkraft verloren, aber Sie haben damals das Erneuerbare-Energien-Gesetz im Bundesrat abgelehnt. Die Förderung der Großen Wasserkraft ist jetzt – durch die Initiative der SPD und von uns von Baden-Württemberg aus bei unseren Freunden in Berlin – in dieses Gesetz aufgenommen worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist die Wahrheit! – Abg. Drexler SPD: Das war sehr gut!)

Das war schwer genug, weil von der Großen Wasserkraft

(Abg. Drexler SPD: Davon profitieren wir in Baden-Württemberg!)

ja insbesondere Baden-Württemberg profitiert. Das, Herr Ministerpräsident, wagen Sie da noch in einer Fernsehsendung groß als Ihren Erfolg herauszustellen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Unerhört, so etwas! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

und gegen die Windkraft aufzurechnen, aber im eigenen Haushalt werden die winzigen Ansätze noch heruntergefahren. Das ist kein Ausweis für eine Politik, die auf ökologischem Gebiet die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder im Auge hat.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt komme ich zur Landesstiftung. Die Perversion dieser Konstruktion zeigt sich jetzt wieder einmal so deutlich wie nie zuvor. Wir müssen in jedem Bereich, den wir verantworten, alles herunterfahren. Ich habe ja gesagt: Wir Grünen stellen keine Erhöhungsanträge, weil wir die Verschuldungssituation ernst nehmen. Es ist fast kein Gestaltungsspielraum mehr vorhanden, über den das Parlament überhaupt noch verfügen könnte. Wir können nur noch Lasten, aber keine Güter mehr verteilen. Daneben gibt es eine Landesstiftung, die einfach wie aus dem Füllhorn Wünsche befriedigen kann. Das ist eine völlig absurde Situation.

Herr Ministerpräsident, es ist doch unsinnig, dass wir beide in der Föderalismuskommission um mehr Kompetenzen für die Länderparlamente kämpfen sollen, wenn Sie selbst mit solchen Konstruktionen dieses Landesparlament schwächen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Größenordnung der Mittel, die die Landesstiftung ohne parlamentarische Kontrolle ausgibt, ohne dass die Öffentlichkeit das nachvollziehen kann – das findet ja nichtöffentlich statt –, ist ein Vielfaches dessen, was wir in den letzten Haushalten überhaupt an freier Spitze verschoben haben. Ich finde, dass dies angesichts der dramatischen Haushaltssituation endlich aufhören muss. Sie müssen die Landesstiftung wieder in den Haushalt zurückführen. Dorthin gehört dieses Geld. Es muss für die Schuldentilgung eingesetzt werden, damit wir mehr Handlungsspielräume haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt: Oberste Priorität für dieses Land muss die Bildung haben. Das ist ja nicht nur wichtig für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen, sondern auch von elementarer Wichtigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg. Was macht die Regierung? Sie unterläuft den Solidarpakt mit den Universitäten durch Stellenkürzungen, der eigentlich dadurch abgedeckt werden sollte. Außerdem kürzt sie über den Solidarpakt hinaus noch Sachmittel. Gleichzeitig lassen Sie aber Effizienzpotenziale ungenutzt. Beispiele: Die Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen würde im Jahr über 36 Millionen € freisetzen. Es ist nicht zu verstehen, warum unsere Verwaltungsanwärter während ihrer Ausbildung bereits Anwärterbezüge erhalten. Sie sollten wie jeder andere Student behandelt werden, wie dies bereits in anderen Bundesländern praktiziert wird. Also auch hier werden Sie der Aufgabe, die richtigen Prioritäten zu setzen, nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen)

Sie verweigern sich aus parteipolitischen und ideologischen Gründen der Verbesserung des Angebots an Ganztagsschulen im Sinne eines großen Sprungs nach vorne, der hier notwendig ist.

Wir sagen: Die Ausweitung des Angebots an Ganztagsschulen können wir durch Effizienzsteigerungen in der Schulverwaltung und bei den Kleinsthauptschulen finanzieren. Also müssen wir dies jetzt machen. Denn Bildung hat Priorität. Hier darf nicht gespart werden, auch nicht bei der Wissenschaft.

In einer Situation, in der die Kommunen mit dem Rücken zur Wand stehen, darf man auch nicht so drastisch in die kommunalen Finanzmittel eingreifen, wie Sie das tun. Ich

(Kretschmann)

erinnere daran, was Sie sich bei der Gemeindesteuerreform im Bund geleistet haben: Sie haben ein Jahr lang Verhandlungen in dieser Kommission blockiert mit einem Modell, das außer Ihnen selbst niemand wollte, auch nicht Ihre kommunale Basis. Und im Vermittlungsausschuss haben Sie jeden vernünftigen Reformansatz, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer zu erweitern, die Bemessungsgrundlage zu erweitern und den Bezieherkreis zu erweitern, blockiert.

Dann haben Sie durchgesetzt, dass die Gewerbesteuerumlage gesenkt wurde. Das ist natürlich richtig. Aber was hat das mit einer Reform zu tun? Nichts!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gar nichts!)

Damit bekommen die Kommunen doch nur mehr Geld auf Kosten des Landes und des Bundes.

Sie wollen den Leuten doch Folgendes erzählen: Die Kommunen brauchen mehr Geld, aber man darf es von niemandem holen. Ja, wie soll denn das funktionieren? Das ist kein ehrlicher Umgang. Wenn wir sagen, die Kommunen sollten mehr Geld bekommen, dann muss dieses Geld von jemandem kommen. Dann muss es jemandem aus der Tasche gezogen werden; das ist nun einmal so. Und dazu war die reformierte Gewerbesteuer der richtige Ansatz, der auch von Ihrer kommunalen Basis vertreten wurde. Argumente wie zum Beispiel das Argument mit den Freiberuflern können nun schon einmal gar nicht überzeugen, denn in Ihrem eigenen Modell würden die Freiberufler ja genauso herangezogen wie in dem Modell der reformierten Gewerbesteuer.

Also, was Sie da gemacht haben, war Blockade reinster Art.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nur! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sie waren auch schon mal besser!)

Und jetzt haben wir eine Situation, in der aufgrund der Senkung der Gewerbesteuerumlage die Landeshaushalte zusätzlich belastet werden, ebenso wie der Bundeshaushalt. Und was machen Sie? Jetzt greifen Sie aufgrund dieser Lage den Kommunen weiter dramatisch in die Tasche. Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Es ist doch eher schwachsinnig,

(Beifall bei den Grünen)

irgendetwas zu blockieren, weil es den eigenen Haushalt trifft, und dann im eigenen Haushalt den Kommunen mit 205 Millionen € drastisch ans Fell zu gehen. Im Flüchtlingsaufnahmegesetz sind weitere Belastungen vorgesehen, die auf die Kommunen zukommen. Diese Politik, die Sie gegen die Kommunen machen, machen wir nicht mit. Wir werden diese Anträge strikt ablehnen, und wir werden zeigen, dass wir die Maßnahmen gegenfinanzieren können. Das heißt, dass man auch in einer so dramatischen Haushaltssituation in der Lage sein wird, den Kommunen nicht in diesem Ausmaß an die Finanzen zu gehen und trotzdem die Priorität für die Bildung aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Ich finde es auch ziemlich weit hergeholt, dass Sie in der Debatte jetzt anführen, der Bund habe versucht, das Vorziehen der Steuerreform durch zu hohe Schulden zu finanzieren. Sie waren es, die es abgelehnt haben, mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz die großen Subventionsblöcke zu streichen. Das hätte dazu gedient, die vorgezogene Steuerreform mit weniger Schulden zu finanzieren. Das waren genau Sie, die das verhindert haben. Jetzt wird von Ihnen die Methode „Haltet den Dieb“ angewandt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich, glaube ich, darf man in einer solchen Situation auch die Einnahmeseite nicht vernachlässigen, Herr Finanzminister. Das Land muss mehr dafür tun, dass die Steuern, die festgelegt wurden, auch erhoben werden. Denn schließlich unterstehen die Finanzämter der Landeshoheit, wie Sie ja wohl wissen. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass allein bei den Veranlagungsstellen jährlich Mindereinnahmen von rund 360 Millionen € anfallen, weil die Anträge nicht gründlich bearbeitet werden. Dafür, dass sich dies ändert, sind Sie zuständig. Sie müssen das notwendige Personal dafür bereitstellen, weil sich das logischerweise rechnet.

Dasselbe haben wir beim Umsatzsteuerbetrug. Er wird inzwischen auf jährlich 18 Milliarden € geschätzt. Wenn wir auch nur ein Drittel davon durch verstärkte Prüfung erheben könnten, würde das für das Land Mehreinnahmen in Höhe von immerhin 400 Millionen € ausmachen. Wenn sich das Land in einer konzertierten Aktion, in einer länderübergreifenden Aktion, dafür einsetzt, dass diese Kontrollen verbessert werden, wenn das also alle Länder machen, dann wird sich das auch rechnen.

Schließlich schlagen wir weiter vor, dass der Wasserpfennig moderat angehoben wird. Das macht für einen Privathaushalt 3,50 € pro Jahr aus. Wir können damit die Hochwasserschutzmaßnahmen im Land auf eine nachhaltige Finanzbasis stellen, und wir können verhindern, dass der Kommunale Umweltfonds im kommunalen Finanzausgleich mit 37 Millionen € belastet wird. Das halten wir für eine moderate Maßnahme, die dazu dient, dass unsere Kommunen entlastet werden und die notwendigen Investitionen tätigen können, insbesondere im Bereich der Altlastensanierung und damit gegen weiteren Landverbrauch.

Lassen Sie mich das zum Schluss

(Beifall des Abg. Haller SPD)

noch einmal bewerten:

Die Beschreibung der Lage durch Sie ist durchaus gut und ehrlich. Das ist auch keine große Leistung, da man offensichtlich nicht mehr um den heißen Brei herumreden kann, wenn einem der heiße Brei schon ins Gesicht geflogen ist. Aber die Analyse der Ursachen ist mangelhaft: immer zu viel Blick nach Berlin, statt sich um den eigenen Haushalt zu kümmern.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Lösungsvorschläge, etwa bei den Pensionslasten, wie wir zu einer Nettonullverschuldung kommen sollen, fehlen komplett. Offensichtlich hat Sie das dauernde Schielen nach

(Kretschmann)

Berlin so viel Zeit gekostet, dass Sie dazu nicht mehr gekommen sind.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Die Nettonullverschuldung bis 2008, Herr Finanzminister, ist eine reine Nullnummer. Sie haben durch nichts ausweisen können, wie Sie dieses Ziel erreichen werden. Lösungsansätze hierzu fehlen gänzlich.

Sie haben hier 50 Jahre lang regiert. Sie sind für die Haushaltslage verantwortlich. Hören Sie auf, wegzuschauen und das Problem einfach auf unsere Kinder und die Kommunen zu verlagern.

Wir sollten vor dieser schwierigen Aufgabe nicht zurückschrecken. Wir müssen mittelfristig eine Lücke von 3 Milliarden € schließen. Wenn wir das auf drei Teilbereiche aufgeteilt machen – ein Drittel der Lücke schließen wir durch strukturelle Maßnahmen bei den Personalausgaben; das sind etwa 10 % der Personalausgaben; ein Drittel der Lücke schließen wir durch strukturelle Maßnahmen, die keine Auswirkungen auf den Personalbereich haben, und ein weiteres Drittel durch das Streichen von Einzelmaßnahmen, die die Lasten für die Zukunft mindern –, dann ist das, glaube ich, mittelfristig gesehen zwar ein hartes Programm, aber ein Programm, dem wir uns stellen.

Wir werden an der Lösung dieser schwierigen Aufgabe konstruktiv mitarbeiten, und wir werden bis zum nächsten Haushalt die Vorschläge machen, die deutlich machen, wie wir mittelfristig aus der Schuldenfalle herauskommen und wie wir dieses Land zugunsten unserer Kinder und Kindeskinder und der Politikerinnen und Politiker, die nach uns kommen, sanieren können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte vor einer Woche 40 Minuten Zeit, meine Vorstellungen vorzutragen. Sie haben heute im Durchschnitt länger gebraucht als 40 Minuten. Ich werde mich aber heute bemühen, möglichst nur noch Reaktionen auf das vorzubringen, was hier vorgetragen worden ist.

Wir haben jetzt zwei Oppositionsreden gehört, die von verschiedenen Kulturen der Opposition zeugen. Deswegen muss ich im Einzelnen und verschieden auf sie eingehen.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Drexler, haben Sie gesagt, wir hätten zwei Fehler gemacht: Wir hätten erstens zu wenig gespart und zweitens zu wenig ausgegeben.

(Abg. Drexler SPD: Investitionen!)

Das war im Grunde genommen das, was Sie im Kern gesagt haben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie haben mir auch noch vorgeworfen, im Zusammenhang mit den Zinsen hätte ich eine Sache zu intensiv erklärt. Aber das hat halt nichts genützt, wie ich an Ihrer Rede gemerkt habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deswegen muss ich heute manches noch deutlicher erklären. Ich komme im Einzelnen noch darauf zurück.

Aber vielleicht noch einige Worte zu dem, was Herr Kretschmann gesagt hat. Herr Kretschmann, vieles davon ist absolut richtig. Das wäre zu machen, wenn Baden-Württemberg eine Insel wäre. Wir sind aber keine Insel. Wir sind in die Bundesrepublik eingebunden. Wir sind in die Gesetzgebung und vor allem in den Finanzausgleich eingebunden. Wenn das alles nicht der Fall wäre, wäre vieles von dem, was Sie gesagt haben – was richtige Ziele sind –, leichter umzusetzen.

Sie haben zum Beispiel darauf hingewiesen, die Union regiere hier schon seit 50 Jahren und müsse deswegen die Verantwortung übernehmen.

(Abg. Stickelberger SPD: Das stimmt auch!)

Jawohl, wir übernehmen die Verantwortung für dieses Land. Denn dieses Land ist ein tolles Land, um das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Trotzdem! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir übernehmen die Verantwortung. Denn auf fast allen Gebieten, die es zu vergleichen gilt, ist dieses Land an der Spitze. Und so schlimm es mit der Nettoneuverschuldung, die wir vornehmen müssen, auch ist: Auch da sind wir noch gut. Deswegen muss ich sagen: Im Rahmen der Verhältnisse, die sich heute bieten, haben wir unsere Aufgabe richtig gemacht. Wir bekennen uns zu dem Land und übernehmen auch die Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben darauf hingewiesen – ich gehe jetzt auf einzelne Aussagen von Ihnen ein –, durch Wirtschaftswachstum allein seien viele Probleme nicht zu lösen. Da haben Sie vollkommen Recht. Ich bin da Ihrer Meinung. Es ist falsch, anzunehmen, durch Wirtschaftswachstum allein wären die Landesprobleme zu lösen. Die Bundesprobleme hingegen wären, weil der Bundeshaushalt ein ganz anderer ist, dadurch zum großen Teil zu lösen. Denn der Bund gibt Unmengen von Geld für die Kosten und Folgekosten der Arbeitslosigkeit aus.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt!)

Wenn wir mehr Wachstum hätten, wenn wir weniger Arbeitslosigkeit hätten, dann wäre der Zuschuss für die Bundesanstalt um zig Milliarden geringer, dann müssten wir für die Arbeitslosen weniger in die Rentenversicherung einzahlen, und so gibt es viele andere Gebiete mehr. Deswegen, damit das ganz klar ist: Sie haben Recht, Wirtschaftswachstum allein nützt dem Landeshaushalt nichts. Den Bundeshaushalt würde es sanieren. Deswegen ist es absolut notwendig, dass wir mehr Wirtschaftswachstum haben.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Stratthaus)

Sie haben gesagt – auch das eine Bemerkung am Rande –, dass die Leute ihr gutes Geld in Windräder hineinstecken würden. In Wirklichkeit ist es doch so: Die erwarten gute Subventionen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das sind doch Steuergeschenke. Es sind Subventionen, die da gewährt werden. Von gutem Geld kann nicht die Rede sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann haben Sie die Landesstiftung angesprochen. Zunächst einmal: Die Aussage, dass das nichtöffentlich wäre, ist doch einfach nicht wahr. Es ist zwar insoweit nichtöffentlich, als keine Zuhörer und Zuschauer dabei sind,

(Abg. Fischer SPD: Also!)

aber an den Entscheidungen der Landesstiftung sind im Unterschied zu den Regierungsentscheidungen alle Parteien beteiligt. Alle Fraktionen dieses Parlaments sind vertreten, und in 99 % der Fälle tragen sie alles mit.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir haben aber keine Mehrheit!)

– Frau Dederer, ich habe Sie beinahe nicht erkannt.

(Heiterkeit)

Immerhin haben Sie nun keine roten, sondern schwarze Haare.

Eines muss man auch noch sagen: Die Landesstiftung gibt ihr Geld in erster Linie für Bildung und Forschung aus, für das, was unsere Zukunft ausmacht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Der Präsident muss entscheiden!)

Diese Landesstiftung ist eine Zukunftsstiftung – das sollten wir uns einmal klar machen –, und deswegen brauchen wir diese Landesstiftung.

Interessant war für mich auch, Herr Kretschmann, dass Sie die Verwaltungsreform kritisiert haben. Genau genommen müssten doch die Grünen den Geist dieser Verwaltungsreform mittragen können. Es geht um kleine Einheiten, es geht um kurze Wege, es geht um Subsidiarität, es geht um Ganzheit statt Aufspaltung.

(Abg. Fischer SPD: Es geht ums Geldsparen!)

Das sind doch eigentlich Dinge, die die Grünen mittragen müssten. Bitte beschäftigen Sie sich mit dem Geist dieser Verwaltungsreform. Dann – davon bin ich überzeugt – werden Sie sie auch mittragen können.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wo kommen unsere Probleme her? Es ist heute schon einige Male der Vermittlungsausschuss angesprochen worden. Wir diskutieren morgen über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses, aber lassen Sie mich schon heute einige wenige Bemerkungen dazu machen.

Herr Drexler, es ist skurril und bizarr, wenn Sie uns vorwerfen, dass die Eigenheimzulage gekürzt worden sei.

(Abg. Drexler SPD: Warum? Ich bin nicht dabei gesessen!)

– Ja warum? Die Bundesregierung wollte sie abschaffen, und sämtliche SPD-regierten Länder wollten sie abschaffen.

(Abg. Drexler SPD: Nein, Rheinland-Pfalz nicht!)

Wir haben dafür kämpfen müssen, dass sie wenigstens zu 70 % erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch ausgesprochen skurril.

(Abg. Drexler SPD: Rheinland-Pfalz nicht! Die brauchen keine Neubauten!)

Sie wollten tatsächlich dem kleinen Mann die Entfernungspauschale mehr als halbieren,

(Abg. Gall SPD: Ihr wolltet sie doch auch abschaffen!)

von 40 Cent auf 15 Cent.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollten doch alles abschaffen!)

Wir haben eine Senkung auf 30 Cent mitmachen müssen, damit ein Kompromiss zustande kam. Sie wollten dem kleinen Mann in der Tat die Möglichkeit nehmen, Kosten für seine Fahrt zur Arbeitsstelle abzusetzen.

(Abg. Drexler SPD: Merz-Vorschlag: Alles weg! – Weiterer Zuruf von der SPD: Alles Merz! – Gegenruf von der CDU: Das ist doch was ganz anderes!)

Ein Weiteres: Sie haben erwähnt, wir hätten dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit nun zugestimmt und wir hätten es vorher nicht für möglich gehalten, dass 5 Milliarden € eingehen würden.

(Abg. Drexler SPD: Aber wie!)

Das ist richtig, lieber Herr Drexler. Sie müssen sich aber einmal genau sagen lassen, was im Vermittlungsausschuss geschehen ist: Wir haben das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit an zwei Stellen ganz entscheidend verbessert. Wir haben zum einen das Gesetz selbst verbessert, und zum anderen haben wir die Bundesregierung zu einer Protokollerklärung gezwungen, die zum Inhalt hat, wie die Versteuerung von Kapitalerträgen in Zukunft geregelt wird. Denn das Problem ist doch: Wenn auf jedem Parteitag der SPD und der Grünen von einer Wiedereinführung der Vermögensteuer

(Abg. Drexler SPD: Das ist bei uns nicht der Fall gewesen!)

und einer Erhöhung der Erbschaftsteuer die Rede ist, dann wird doch kein Steuerflüchtling sein Geld zurückholen. Deswegen haben wir auf diesem Gebiet zwei wichtige Verbesserungen durchgesetzt.

(Minister Stratthaus)

Sie haben über die Regionalisierungsmittel gesprochen. Auch das, was Sie dazu gesagt haben, war falsch.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Bundesregierung wollte die Regionalisierungsmittel, aus denen der Personennahverkehr gespeist wird, um 12 % kürzen und die Dynamisierung in Zukunft abschaffen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Regionalisierungsmittel einmalig im Jahr 2004 um 2 % gekürzt werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer wollte das? Koch und Steinbrück und nicht die Bundesregierung!)

– Koch und Steinbrück wollten das, und die Bundesregierung hat dies eingebracht.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Regionalisierungsmittel um 2 % gekürzt werden, und die Dynamisierung soll wieder weitergehen. Das müssen Sie einfach hinnehmen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Drittens: Herr Kretschmann, Sie haben vorhin in Bezug auf die Gemeindefinanzreform ungeheuer moralisch argumentiert. Ich kann nur sagen: weniger Moral und mehr Wissen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was war daran moralisch?)

– Ich erkläre Ihnen das gleich.

Sie haben gesagt, dadurch, dass wir die Gewerbesteuerumlage kürzen würden, ginge dem Land Geld verloren. Das ist richtig. Nur: Auch dann, wenn Sie die Freiberufler der Gewerbesteuer unterwerfen, geht dem Land Geld verloren.

(Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Denn die Idee war doch die – Herr Pfister hat es vorhin gesagt, aber er hat es nicht ganz ausgeführt –: 800 000 Freiberufler hätten eine Gewerbesteuererklärung abgeben müssen. Es war vorgesehen, dass sie das, was sie an Gewerbesteuer zahlen, anschließend im Verhältnis 1 : 1 wieder von der Einkommensteuer absetzen können.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Das hätte zu einem riesigen bürokratischen Aufwand geführt, damit sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer anschließend verringern.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer fließen zu je 42,5 % den Ländern und dem Bund und zu 15 % den Gemeinden zu. Das heißt, Sie hätten den gleichen Effekt erzielt, den wir jetzt auch erreicht haben – mit dem Riesenunterschied, dass Sie eine Mordsbürokratie ausgelöst hätten.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gott sei Dank verhindert!)

Auch das muss in diesem Zusammenhang gesagt werden.

Nun stellt sich die Frage, warum wir mit unserem Haushalt eigentlich solche Probleme haben. Ich kann Ihnen das ganz klar sagen: Das geht zum einen auf die verfehlte Wirtschaftspolitik auf Bundesebene zurück, die zu einem geringen Wachstum geführt hat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt wird die alte Platte wieder aufgelegt!)

– Auch wenn die Wahrheit uralt ist, bleibt es die Wahrheit. Ich höre hier den Ausdruck „alte Platte“. Es ist eben so:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben das geringste Wirtschaftswachstum. Herr Drexler hat vorhin gesagt, ich hätte das Ganze schlechtgeredet, weil ich gesagt habe, bei 1,7 % Wachstum gebe es noch keine Mehrbeschäftigung.

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt das?)

Das ist doch genau meine Kritik an der Bundesrepublik Deutschland und an dem, was die Regierung in den letzten Jahren gemacht hat. Wir haben einen so verharschten, einen so unbeweglichen Arbeitsmarkt, dass wir bei einem Wachstum von 1,7 % eben noch keine Mehrbeschäftigung erzielen. Andere Länder wie die Niederlande beispielsweise haben bereits mit einem halben oder mit einem Prozent Wachstum wesentlich mehr Beschäftigung. Deswegen war es auch ganz logisch, dass die B-Seite im Vermittlungsverfahren gesagt hat: Steuersenkungen auf der einen Seite und Arbeitsmarktlösungen auf der anderen Seite gehören unbedingt zusammen. Darauf legen wir ganz großen Wert.

Wenn man eine vernünftige Wirtschaftspolitik gemacht hätte, wenn bestimmte Dinge, die jetzt zurückgenommen werden, gar nicht erst durch Lafontaine eingeführt worden wären, wären wir heute weiter. Dann hätten wir mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Aber darüber hinaus – auch darauf möchte ich einmal Ihre Aufmerksamkeit lenken – ist es so: Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren wenig gewachsen, aber die Nominalzahlen waren immer positiv, also Nominalwachstum – ich muss es wieder erklären – zusammen mit der Inflationsrate. Das Steueraufkommen hätte daher eigentlich steigen müssen. Doch obwohl unsere Wirtschaft gewachsen ist, sind die Steuereinnahmen dramatisch zurückgegangen – aber nicht etwa, weil Sie die Steuern absichtlich gesenkt hätten, sondern weil man bei der Körperschaftsteuerreform einen riesigen Bockmist gemacht hat, was dazu geführt hat, dass die großen Unternehmen in Deutschland in den letzten Jahren keine Steuern mehr gezahlt haben. Das ist auf diese Koalition in Berlin zurückzuführen.

Die Sozialdemokraten haben es endlich geschafft: Die DAX-Unternehmen zahlen keine Steuern mehr. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der CDU)

Ein Teil davon wurde übrigens im Vermittlungsverfahren wieder repariert. In dem so genannten „Korb II“ – ich will jetzt nicht in Einzelheiten gehen – wurde ein Teil der Feh-

(Minister Stratthaus)

ler, die bei der Körperschaftsteuerreform im Jahr 2000 gemacht worden sind, wieder zurückgenommen.

Sie haben immer wieder unsere Verschuldung kritisiert. Sie haben Recht: Diese Verschuldung ist viel zu hoch; da sind wir uns alle einig. Aber: Baden-Württemberg ist keine Insel. Wenn Sie einmal betrachten, wie es bei den anderen Ländern aussieht, stellen Sie fest, dass wir die zweitgeringste Verschuldung haben und dass die Gesetzmäßigkeit gilt: Je roter die Regierung, umso roter die Zahlen. Das ist in der Tat so.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich gehe noch auf einige Einzelheiten ein. Es ist gesagt worden, Rothaus sei der Spielball der Politik.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Rot! – Abg. Blenke CDU: Das ist das einzige gute Rote!)

Meine Damen und Herren, das ist die falscheste aller falschen Aussagen. Das Land verhält sich im Fall Rothaus, wie es jeder andere Aktionär auch machen würde: Wir kassieren die Dividende und nehmen keinerlei Einfluss auf die Geschäftspolitik. Dass diese Brauerei außergewöhnlich erfolgreich ist, hat mit der Politik nichts zu tun; um das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. Sie ist äußerst erfolgreich.

(Abg. Stickelberger SPD: Trotz der Regierung erfolgreich! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Eines muss ich Ihnen auch sagen: Ist Ihnen eigentlich klar, was es bedeuten würde, wenn Rothaus wirklich verkauft würde? Ich meine nicht einen Verkauf an die L-Bank; dieser Vorschlag ist ja wirklich nicht ernst zu nehmen.

(Abg. Teßmer SPD: Das wollen wir ja gar nicht! – Abg. Drexler SPD: Solche Sachen haben Sie doch in den Achtzigerjahren auch gemacht!)

Wenn Rothaus verkauft werden würde, würde in spätestens fünf Jahren dort kein Bier mehr gebraut werden; es würde sich jemand den wertvollen Markennamen unter den Nagel reißen und würde in Zukunft irgendwo im Rheintal brauen, und die 200, 300 Beschäftigten im Schwarzwald wären arbeitslos.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: In Dortmund würden die brauen!)

Deswegen sind wir für „Tannenzäpfle“ und gegen Wolfgang Drexler.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Eine weitere Bemerkung: Vorhin ist darauf hingewiesen worden, es gebe zu wenig Kinder in Baden-Württemberg. Das ist richtig. Aber eines muss doch auch gesagt werden: Immerhin ist Baden-Württemberg das Land mit der jüngsten Bevölkerung, das Land, das relativ gesehen die meisten Kinder in Deutschland hat, und das Land, das den meisten Zuzug verzeichnet. Auch auf diesem Gebiet ist Baden-Württemberg keine Insel. Aber im Verhältnis zu der Entwicklung in anderen Ländern stehen wir relativ gut da. Die Geisteshaltung, die zu dieser Entwicklung geführt hat, kam bestimmt nicht aus Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das Nächste: Sie haben beklagt, die Forschungsausgaben seien zu gering. Ich darf darauf hinweisen: Wir sind das Land, das am meisten für Forschung und Entwicklung ausgibt, und zwar nicht nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, sondern es gibt weltweit nur wenige Regionen, die so viel für Forschung und Entwicklung ausgeben wie das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gar keine!)

Der Höhepunkt war noch, dass Sie gesagt haben, Herr Drexler, der Rechenfehler, der gestern gemacht wurde, sei gut, er werde zwar zu 1,2 Milliarden € mehr Schulden führen, aber die Entlastung sei höher.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Das darf doch nicht wahr sein! Diese Bundesregierung kann nicht rechnen, sie kann nicht regieren. Sie soll resignieren, um Gottes willen!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie waren doch dabei! Alles auf die anderen schieben!)

– Nein, nein. Im Vermittlungsausschuss sind die Experten des Bundesfinanzministeriums dabei. – Ich darf Ihnen sagen – wenn Sie gestern das Laufband bei n-tv verfolgt haben, haben Sie es festgestellt –: Wir waren die Ersten, die den Rechenfehler gemerkt haben; um das auch einmal in aller Klarheit zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie hätten den gleich merken sollen! Wozu sitzen Sie da drin? Wozu schickt man Sie da hinein? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: PISA!)

Diese Regierung hat beim Dosenpfand, bei der Maut und jetzt auch noch beim Rechnen gezeigt, dass sie wirklich unfähig ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Und Sie haben einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt! Da haben Sie auch nicht rechnen können!)

– Herr Drexler ruft, wir hätten einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Wenn wir den Haushalt verabschieden, ist er im Unterschied zu dem Haushalt von Herrn Eichel

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben ihn nicht richtig vorgelegt!)

und im Unterschied zu den Haushalten vieler anderer Länder verfassungsgemäß.

(Abg. Drexler SPD: Wie Sie mit einem Parlament umgehen! Unmöglich!)

(Minister Stratthaus)

Ich bin einmal gespannt, wie es aussieht, wenn wir uns in drei Monaten wiedersehen. Wahrscheinlich werden Baden-Württemberg und ein oder zwei weitere Länder die einzigen Länder sein, die überhaupt noch einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das glaube ich auch! Da bin ich ganz sicher!)

Wir legen einen verfassungsgemäßen Haushalt vor. Darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Drexler SPD: Indem Sie das Amnestiegesetz mit einbeziehen, obwohl Sie früher gesagt haben, das könne man nicht machen!)

– Erstens haben wir das Amnestiegesetz verbessert und zweitens – –

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

– Was soll denn immer wieder das Lachen, wenn Sie keine Ahnung haben. Wir haben es entscheidend verbessert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Glauben Sie, dass da 150 Millionen € kommen?)

– Herr Drexler fragt mich eben, ob ich das glaube. Fragen Sie das einmal Ihren Bundesfinanzminister, der glaubt's.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben es doch kritisiert! Mein Gott, ist das furchtbar!)

Vielleicht noch eine weitere Sache. Herr Drexler hat, wenn ich das richtig verstanden habe, auch kritisiert, dass ich optimistisch sei. Bei den Zuständen in unserer Bundespolitik ist es wirklich schwer, Optimist zu sein.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe gar nicht gesagt, dass Sie optimistisch seien!)

Ich sage mir aber jeden Tag: Lasse dir durch den kühlen Verstand nicht die frohe Zuversicht rauben. Nur so sind wir in der Lage, unsere Probleme zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushalt, den wir vorlegen, wird verfassungsgemäß sein. Wir werden bis zu den Sitzungen unseres Finanzausschusses entsprechende Vorschläge machen. Es ist zugegebenermaßen ein schwieriger Haushalt in einer schwierigen Zeit. Der Haushalt wird erst dann entscheidend besser, wenn die Zeiten wieder besser sind. Die Zeiten werden erst dann wieder besser, wenn wir eine andere Bundesregierung haben.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das war eine schwache Rede! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt noch drei Jahre klatschen bis zur Wahl! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir haben Hunger!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Pfister, Sie können jetzt zum Essen gehen, wenn Sie wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, ich muss Sie unbedingt hören! Unbedingt!)

Zur Rede des Finanzministers muss ich noch zwei Anmerkungen machen. Herr Finanzminister, Sie haben keinerlei Lösung aufgezeigt, wie Sie von dieser Verschuldung herunterkommen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zur Rede von Herrn Kretschmann, der noch einmal in Einzelheiten aufgeführt hat, was man alles machen könnte, haben Sie nichts gesagt. Sie haben wieder gegen die Bundesregierung polemisiert.

(Zurufe von der CDU: Das war die Wahrheit! – Er hat die Wahrheit gesagt!)

Bei der Fluthilfe, als es um ein Verschieben der Steuerreform ging,

(Zuruf von der CDU: Um die Wahl zu gewinnen!)

gab es einen Vorschlag der CDU, die Steuerreform durchzuführen und diese Steuerreform über Schulden zu finanzieren.

(Minister Stratthaus schüttelt den Kopf. – Zurufe: Doch! – Ja!)

Das wissen Sie noch genau, es war eine harte Auseinandersetzung. Der Bundesvorsitzende der FDP

(Abg. Pfister FDP/DVP: Westerwelle!)

– danke –, der frisch geföhnte,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, sag einmal!)

hat damals ebenso wie Frau Merkel immer gesagt, eine Steuerreform auf Kredit würde so viel Geld in die Wirtschaft pumpen, dass sich alles selbst finanzieren würde. Davon wollen Sie nichts mehr wissen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Alles vergessen!)

Das war früher Ihre These: Dadurch, dass man Geld reinpumpt, finanziert sich alles durch weitere Steuereinnahmen. Davon wollen Sie nichts mehr wissen.

Genauso wollen Sie nichts mehr davon wissen, wie Sie den armen Herrn Eichel fertig gemacht haben, als er Einnahmen von 5 Milliarden € über das Steueramnestiegesetz prognostiziert hat. Sie mögen das marginal verändert haben. Jetzt sagen Sie, unser Haushalt sei gedeckt, 150 Millionen, 160 Millionen € würden über das Steueramnestiegesetz erzielt. Reine Schätzung! Ich sage ja gar nicht, dass Sie das nicht machen sollten.

(Abg. Mappus CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Aber dann müssen Sie gegenüber Berlin fair sein. Sie müssen die gleichen Maßstäbe ansetzen. Nur darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mappus?

Abg. Drexler SPD: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Mappus, bitte.

Abg. Mappus CDU: Herr Abg. Drexler, könnte es sein, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg zur Finanzierung der Fluthilfe einen Vorschlag gemacht hat, der hieß „Finanzierung durch Bundesbankgewinne"? Könnte es auch sein, dass das konträr zu dem steht, was Sie gerade gesagt haben?

(Beifall bei der CDU)

Abg. Drexler SPD: Es ging um Bundesbankgewinne, die im Übrigen aber im Haushalt schon vervespert waren. Das ist auch klar.

(Abg. Mappus CDU schüttelt den Kopf. – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Natürlich, das ist Ihnen ja nachgewiesen worden. Dann ging es nur noch um die Frage der Schuldenfinanzierung.

Übrigens hat Anfang des Jahres über die Fragen Schuldenfinanzierung und Vorziehen der Steuerreform überhaupt niemand gesprochen. Plötzlich hat man parteitaktisch gesagt: Jetzt kriegen wir sie in die Falle. Ich bin mir nicht sicher, ob ich Ihnen überhaupt abnehmen kann, dass Sie wollen, dass es diesem Land besser geht – nicht nur Baden-Württemberg, sondern Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Ich vermute, Ihre Lösungen werden nicht den Erfolg haben, den unsere Vorschläge gehabt hätten. Wenn Sie Zeitung lesen, stellen Sie fest, dass das ja auch der parteipolitische Hintergedanke bei der ganzen Geschichte ist.

Ich sage noch einmal: Ich bin froh, dass es zu einem Ergebnis gekommen ist, aber dieses Ergebnis hätte erheblich besser aussehen können. Über die Handwerksordnung und die Verfestigung der CDU, wo Sie blockieren, wenn es um Ihre Klientel geht, will ich gar nicht reden; das machen wir vielleicht ein anderes Mal. Ich stelle nur fest: Wenn Sie die These von Herrn Eichel übernehmen, dann müssen Sie fairer mit dieser Regierung umgehen.

Ich sage immer wieder: Sie brauchen die Bundesregierung nicht nur bei der Großen Wasserkraft. Sie brauchen sie auch bei den Verkehrswegen. Deswegen sollte man, wie es andere Bundesländer tun, fair mit dieser Bundesregierung umgehen. Dort, wo sie kritikwürdig ist, muss man sie kritisieren, aber nicht so, wie Sie, Herr Finanzminister, es gerade gemacht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, beide Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:10 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – Drucksache 13/2672

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Herr Innenminister – – Herr Staatssekretär Rückert, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das hätte mich jetzt schon interessiert, was der Herr Innenminister dazu sagt!)

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe fachkompetente Kolleginnen und Kollegen, die Sie mir die Ehre geben, zuzuhören! Seien Sie ganz herzlich gegrüßt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Vielen Dank! – Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE und Theurer FDP/DVP)

Wie Sie wissen, hat die EU-Kommission im Zusammenhang mit ihren Beanstandungen betreffend Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei Landesbanken und Sparkassen auch die Tätigkeit der Förderinstitute überprüft.

Es gab verschiedene Besprechungen auf EU-Ebene, und man hat sich inzwischen mit der EU-Kommission verständigt. Diese Verständigung ist nun Anlass für die Änderung des L-Bank-Gesetzes. Gemäß dieser Verständigung – die im Übrigen nur für selbstständige Förderinstitute gilt – ist das Land verpflichtet, bis zum 31. März 2004 die Vorgaben umzusetzen.

Nach dieser Verständigung können bei selbstständigen Förderinstituten Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Fördermaßnahmen beibehalten werden. Somit bleiben auch die Refinanzierungsvorteile am Kapitalmarkt erhalten. Dies gilt auch für unsere Landeskreditbank – Förderbank –, die so genannte L-Bank.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die anlässlich der Fusion zur Landesbank durchgeführte klare Trennung zwischen Marktgeschäft – das auf die Lan-

(Staatssekretär Rückert)

desbank übergegangen ist – und dem Förderbereich – der in der selbstständigen Landeskreditbank geblieben ist – hat sich also ausgezahlt. Inzwischen haben wir für unsere Konstruktion bereits Nachahmer gefunden.

Was ist Inhalt der Verständigung mit der EU-Kommission? Im Wesentlichen geht es um Folgendes: Die staatlichen Haftungsinstitute Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bzw. Refinanzierungsgarantien dürfen beibehalten und in folgenden Bereichen eingesetzt werden: zur Durchführung von öffentlichen Förderaufgaben wie unter anderem Mittelstandsfinanzierung, Wohnungsbau und Infrastrukturfinanzierung und zur Finanzierung von Maßnahmen des Umweltschutzes; für die Beteiligung an Projekten im Gemeinschaftsinteresse, die von der Europäischen Investitionsbank oder ähnlichen europäischen Finanzierungsinstituten mitfinanziert werden; zur Gewährung von Darlehen oder anderen Finanzierungsformen an Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände; für Maßnahmen rein sozialer Art und schließlich für Exportfinanzierungen außerhalb der Europäischen Union unter Berücksichtigung bestimmter Grundsätze.

Zur Durchführung ihrer öffentlichen Förderaufgaben können sich die Förderinstitute aller ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente bedienen, insbesondere des Durchleitungsprinzips und der Konsortialfinanzierung.

Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Förderaufgaben dürfen die Förderinstitute nur solche Geschäfte und Dienstleistungen betreiben, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen.

Sollte im Einzelfall einmal ein Verstoß passieren, dann ist der Refinanzierungsvorteil für diesen Einzelfall als Beihilfe zu werten. Dieser Verstoß im Einzelfall bedeutet aber nicht, dass die gesamte Anstaltslast und Gewährträgerhaftung und damit die zusätzlichen Refinanzierungsgarantien für die anderen ordnungsgemäß abgewickelten Fälle automatisch verloren gingen. Diese wichtige Regelung haben wir Baden-Württemberger bei den Besprechungen in Brüssel durchgesetzt.

Die Verständigung enthält, wie schon angedeutet, Termine für die Umsetzung. Wir müssen die gesetzlichen Festlegungen der Tätigkeiten unseres Förderinstituts bis zum 31. März 2004 abgeschlossen haben. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen bis zum 31. Dezember 2007 in Kraft treten.

Was war nun auf Landesebene umzusetzen? Zur Umsetzung dieser Verständigung mit der EU-Kommission mussten in unserem Förderbankgesetz die Aufgaben etwas anders, etwas präziser gefasst werden, wobei ins Einzelne gehende Regelungen der Satzung und den Programmrichtlinien vorbehalten sind. Im Wesentlichen bleibt jedoch die bisherige Aufgabenstellung erhalten. Wir können also auch künftig in so wichtigen Bereichen wie der Mittelstandsfinanzierung sowie der Wohnungsbau- und Infrastrukturförderung tätig werden.

Formal neu aufgenommen wurde die Finanzierung von Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden, die Beteiligung an der Finanzierung von Projekten im Gemeinschaftsinteresse und die Exportfinanzierung außerhalb der EU. Alle drei Aufgaben sind in der EU-Verständigung ausdrücklich genannt und als Fördermaßnahmen zugelassen. Andere Förderinstitute haben diese Aufgaben ebenfalls in ihre Regelwerke aufgenommen.

Ganz wichtig ist die Finanzierung der Gebietskörperschaften. Sie wurde von der Förderbank schon bisher, allerdings in relativ geringem Umfang, wahrgenommen. Wir wollen diese Aufgabe künftig nur gemeinsam mit der Landesbank, mit den Sparkassen, mit den Genossenschaftsbanken und mit anderen Kreditinstituten betreiben. Dies bedeutet, dass die Darlehen an Gebietskörperschaften und Zweckverbände über die Hausbank bzw. im Konsortialverfahren ausgereicht werden sollen. Überhaupt haben wir generell das Hausbanken- bzw. Konsortialprinzip vorgesehen, obwohl die EU-Kommission dies von uns nicht verlangt hätte. Lediglich im Bereich des Wohnungsbaus und der Familienförderung soll die L-Bank wie bisher direkt tätig sein können.

Insgesamt gehen wir also davon aus, dass sich die Tätigkeit der Förderbank durch die Umsetzung der Verständigung mit der EU-Kommission nicht verringern, sondern in Teilbereichen sogar etwas erhöhen wird. Vor diesem Hintergrund können wir mit dem Ergebnis der Verständigung sehr zufrieden sein.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Verständigung mit der EU-Kommission in Baden-Württemberg fast wortgleich bei allen anderen Förderinstituten des Bundes – KfW – und der Länder umgesetzt wird. Die mit der EU-Kommission abgestimmten Regelwerke sind beim Bund und in den anderen Ländern teilweise bereits beschlossen.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass Sie zunächst in die Einzelberatung im Finanzausschuss eintreten werden. Ich bitte Sie, diesem Gesetzeswerk dann in der Zweiten Beratung Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Sieber CDU: Werden wir machen! – Abg. Sakellariou SPD: Kommt nicht infrage!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Prüfung der EU-Kommission von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei den Landesbanken und Sparkassen wurde auch bei den Förderinstituten durchgeführt. Es kam dann am 1. März 2002 zur Verständigung über die Ausrichtung der rechtlich selbstständigen Förderinstitute in Deutschland zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EU-Kommission. In dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf geht es um die Umsetzung dieser Verständigung vom 1. März 2002.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist, dass die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung gerade für die selbstständigen Förderinstitute und damit auch für das von uns ja schon selbstständig gemachte Institut der L-Bank in weiten Teilbereichen erhalten bleiben. Das ist auch wichtig im Hinblick auf die umfangreichen Aufgaben, die die L-Bank für uns wahrnimmt.

(Dr. Scheffold)

In dem Gesetzgebungsverfahren wurde bereits eine Anhörung durchgeführt. Dem vorgelegten Entwurf haben ohne Kritik zugestimmt: der Gemeindetag, der Städtetag, der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag sowie der Baden-Württembergische Handwerkstag. Einwendungen kamen teilweise von den Genossenschaftsverbänden, vom Sparkassenverband Baden-Württemberg sowie inhaltsgleich vom Landkreistag und vom Bankenverband Baden-Württemberg.

Diesen Verbänden ging es insbesondere um zwei Anliegen. Der erste Punkt war die Infragestellung von möglichen Direktdarlehen. Es ist zunächst darauf hinzuweisen, dass von der EU-Kommission das Hausbankenprinzip überhaupt nicht gefordert wird. Trotzdem haben wir es jetzt in § 3 Abs. 5 des Gesetzestextes fest verankert. Der Gesetzestext wurde gegenüber dem früheren Entwurf sogar verschärft. Im früheren Gesetzentwurf hieß es:

> *Bei der Gewährung von Darlehen sollen in der Regel Kreditinstitute eingeschaltet werden . . .*

Im jetzigen Entwurf heißt es:

> *Die Gewährung von Darlehen soll über oder zusammen mit anderen Kreditinstituten erfolgen; . . .*

Damit ist ein wesentliches Bedenken der Sparkassen ausgeräumt worden.

Ebenso ist die Ausnahme von diesem Hausbankenprinzip enger und präziser gefasst worden. Auch das war ein Bedenken der Sparkassenverbände.

Ein zweiter Eckpfeiler war die Kritik daran, dass die L-Bank möglicherweise Markt- und Wettbewerbsgeschäfte betreiben könnte. Insbesondere beriefen sich die Kritiker dabei auf § 3 Abs. 3 Nr. 2, 3 und 4. Dabei geht es um den weiteren Auftrag der L-Bank, Darlehen und andere Finanzierungsformen an Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtliche Zweckverbände zu gewähren sowie sich an Projekten im Gemeinschaftsinteresse zu beteiligen und Exportfinanzierungen außerhalb der Europäischen Union zu unterstützen.

Diesen Kritikpunkten konnten wir in diesem Umfang bei den bisherigen Beratungen nicht beitreten. Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass gerade diese Geschäftsaktivitäten in der Verständigung mit der EU-Kommission als wettbewerbsneutrales Fördergeschäft enthalten sind und benannt werden. Wichtig ist auch, dass wortgleiche Formulierungen bei den Förderinstituten des Bundes und aller anderen Länder existieren.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die L-Bank durch das eingeführte und von uns auch unterstützte Hausbanken- und Konsortialverfahren gerade nicht als Wettbewerber am Markt tätig wird. Das heißt, die Darlehen können gerade nur gemeinsam mit den Sparkassen vergeben werden, unter anderem auch ohne Konsortialführerschaft der L-Bank. Das ist unseres Erachtens ein wichtiger Gesichtspunkt. Deswegen sind diese Bedenken dann auch zurückgestellt worden.

Im Übrigen ist auch noch darauf hinzuweisen, dass anderenfalls die Gefahr bestanden hätte, dass die Kommunen auf die KfW oder auch die Förderbank Bayern zugingen, was auch nicht förderlich gewesen wäre.

Insgesamt bedanken wir uns beim Finanzministerium für den vorgelegten Gesetzentwurf sowie für die offene Aussprache und die Zusammenarbeit. Wir werden den Gesetzentwurf im Ausschuss weiter kritisch beraten. Ich will aber an dieser Stelle bereits signalisieren, dass wir im Großen und Ganzen mit diesem Entwurf einverstanden sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln den hoffentlich letzten Akt der Bemühungen der privaten Banken in Deutschland, das öffentlich-rechtliche Bankenwesen ein Stück weit infrage zu stellen. Der letzte Akt hat die rechtlich selbstständigen Förderinstitute von Bund und Ländern betroffen. Wir sind froh, dass aufgrund des Einsatzes von Bund und Ländern auch für diesen Bereich in Brüssel eine Verständigung erreicht worden ist, die wir in Baden-Württemberg jetzt in Landesrecht umsetzen und die gewährleistet, dass öffentlich-rechtliche Förderinstitute von Bund und Ländern weiterhin ihre wichtigen Aufgaben wahrnehmen können.

Wir sind deshalb auch froh, dass die baden-württembergische Landesregierung jetzt diesen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Wir begrüßen ihn grundsätzlich. Denn eines ist klar: Auch unter den jetzt veränderten Rahmenbedingungen wollen wir in Baden-Württemberg eine starke L-Bank, die strukturpolitische Akzente setzen kann, die wichtige Maßnahmen im Bereich der Mittelstandsförderung, aber zum Beispiel auch bei der Abwicklung von Wohnraumförderprogrammen vornehmen kann.

Wir begrüßen auch, dass die L-Bank mit diesem Gesetz in die Lage versetzt werden soll, moderne Finanzinstrumente – also das übliche Bankengeschäft zum Beispiel im Bereich des Treasury-Managements und der Risikosteuerung – auf gesetzlicher Grundlage einzusetzen. Ich glaube, dass dies auch eine unumstrittene Regelung ist.

Wir finden es auch begrüßenswert, dass der L-Bank im Bereich der Exportfinanzierung eine stärkere Rolle zugewiesen wird. Wir müssen daran denken, dass die Begleitung unserer Wirtschaft ins Ausland – vor allem auch der mittelständischen Wirtschaft, die stark exportorientiert ist – eine wichtige Aufgabe sein kann. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn die L-Bank hier eine Unterstützung leistet. Wir sehen ja, dass andere Förderbanken dies auch tun. Und ein so stark auf den Außenhandel angewiesenes Land wie Baden-Württemberg kann da nur Hilfe gebrauchen.

Der letzte Bereich, der jetzt im Vorfeld eine gewisse kritische Debatte ausgelöst hat, ist vor allem der Bereich der Kommunaldarlehen. Das wurde ja verschiedentlich angesprochen. Dazu muss man sagen, dass die Ausweitung des L-Bank-Geschäfts in diesen Bereich hinein im Vorfeld schon dadurch abgefedert wurde, dass das Hausbankenprinzip zumindest auf dem Papier gestärkt worden ist. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt. Schon jetzt gibt es eine rege Konkurrenz in diesem Bereich, und es ist bei weitem

(Schmid)

nicht so, dass immer die örtlich oder regional zuständige Kreissparkasse oder Genossenschaftsbank zum Zuge kommt, wenn Kommunaldarlehen geordert werden. Auch die Frage, wie denn von den Hausbanken die Vorteile der Förderinstitute weitergeleitet werden, wird im Einzelfall in der Praxis, zum Beispiel bei der Wohnraumförderung, durchaus kritisch diskutiert.

Deshalb müssen wir sagen: Wir sehen uns auch als Interessenwalter für diejenigen, die diese Kredite brauchen, nämlich die öffentlichen Körperschaften, also Landkreise und Gemeinden, die natürlich ein Interesse daran haben, eine Auswahl treffen zu können. Es hilft überhaupt nichts, die L-Bank in dem Bereich einzuschränken, während andere Länder ihren Förderbanken genau in diesem Geschäft den Markt öffnen. Deshalb denken wir, auch da ist im Kern eine ausgewogene Lösung gefunden worden.

Wir werden allerdings in den Ausschussberatungen diesen Punkt noch einmal im Detail kritisch prüfen. Vor allem würde uns dann auch interessieren, wie die Satzung, die die Landesregierung ja entsprechend abändern wird, für die L-Bank aussehen wird. Wir sollten uns vielleicht im Ausschuss noch einmal näher anschauen, ob man da an der einen oder anderen Stelle noch etwas ändern kann. Das betrifft vor allem die Frage, wie sich öffentlich-rechtliche Konsortien zusammensetzen. Dass praktisch nur öffentliche Förderbanken gemeinsam an den Markt gehen können, ist eine Sache, die man sich noch einmal näher anschauen sollte.

Aber im Kern bleibt es dabei: Wir sind froh, dass wir in Baden-Württemberg die L-Bank haben. Sie leistet eine gute Arbeit, und wir wollen, dass sie auch in Zukunft zum Wohl des Landes und seiner Wirtschaft gute Arbeit leisten kann. Deshalb kann ich auch signalisieren, dass wir dem Gesetzentwurf im Grundsatz zustimmen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Minister Dr. Repnik: Der ist auch dafür!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von Herrn Kollegen Scheffold sind zwei Punkte angesprochen worden, die der FDP/DVP schon bei den Beratungen über den Vorentwurf besonders wichtig waren. Ich denke, es ist in der heutigen Zeit nicht nur wegen der EU-Kommission wichtig, dass abgegrenzt wird, wo der Staat tätig wird.

Im Fördergeschäft haben wir mit der L-Bank ein Institut, mit dem Förderprogramme des Landes zielgenau und effizient abgewickelt werden können. Trotzdem ist auch das Anliegen der privaten Banken, zu überprüfen, inwiefern der Staat marktverzerrend in das Bankengeschäft eingreift, durchaus nachzuvollziehen. Insgesamt stellen wir fest, dass die Situation der deutschen Privatbanken auf dem Bankenmarkt im weltweiten Vergleich schwierig geworden ist. Dies wird von Fachleuten auch darauf zurückgeführt, dass aufgrund der kleinteiligen, dezentralen Struktur in Deutschland mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen die großen Privatbanken nicht die entsprechende Marktmacht in ihren Heimatmärkten erzielen können,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

um damit weltweit eine entsprechende Führungsposition zu erreichen. Während die Deutsche Bank unter den größten Banken der Welt Anfang der Neunzigerjahre noch auf Platz 2 lag, ist sie heute auf Platz 14 zurückgefallen. Nun weiß man auch aus der Politik, dass Größe keine Garantie für Stärke ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich denke, als Vertreter einer kleineren Partei darf man das in der vorweihnachtlichen Zeit auch einmal erwähnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Das heißt also, auch kleinere Banken bieten für ihre Kunden hervorragende Bankdienstleistungen an, und ein gesunder Wettbewerb kommt ja dem Kunden zugute.

Allerdings – und davon ist die FDP/DVP-Fraktion zutiefst überzeugt – darf staatliches Handeln nicht dazu führen, dass eine Verzerrung zulasten der privaten Banken stattfindet. Ich denke, dass wir in Baden-Württemberg sicherstellen können, dass die L-Bank als Förderbank gerade nicht zulasten der privaten Banken und auch nicht zulasten der genossenschaftlichen Banken und der Sparkassen eingreift. Dieser Aspekt ist in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf wesentlich besser abgesichert als in den Vorentwürfen. Das war wichtig. Wir werden auch in den weiteren Beratungen darauf achten, dass die von den Sparkassen und auch von den Genossenschaftsverbänden vorgetragenen Bedenken berücksichtigt werden und dass das Hausbanken- und Konsortialprinzip tatsächlich umgesetzt wird.

Gleichzeitig aber – das möchte ich an dieser Stelle auch erklären – halten wir es für wichtig, dass die Hausbanken vor Ort die Fördergelder auch weitergeben. Aus der Praxis sind mir etliche Fälle bekannt, wonach manchmal gar nicht auf diese Fördermittel hingewiesen wird, weil die Hausinstitute unter Umständen gern ihre eigenen Mittel am Markt unterbringen möchten. Ich denke, wir haben mit dem Hausbanken- und Konsortialprinzip einen Weg gefunden. Wir wollen aber umgekehrt natürlich auch erreichen, dass unsere Betriebe in Baden-Württemberg, die diese Fördermittel über die L-Bank beziehen können, tatsächlich in den Genuss dieser Förderungen kommen, wenn sie förderfähig sind, damit die Betriebe, die über diese Förderprogramme gefördert werden sollten, gegenüber Betrieben in anderen Bundesländern nicht ins Hintertreffen geraten und keine Nachteile erleiden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Nun steht im Protokoll: „Dürftiger Beifall“!)

In diesem Sinne, denke ich, ist dieser Entwurf vernünftig. Wir werden im weiteren Verfahren darauf achten, dass den vorgetragenen Bedenken auch Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Alfred Haas CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Theurer FDP/DVP: Variationen über ein Thema!)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank den Kollegen von der CDU. Inzwischen ist Frau Bauer von den Grünen anwesend.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Herren hatten vorhin angeboten, zu klatschen, falls von den Grünen niemand mehr kommt.

(Abg. Heinz CDU: Da sieht es halt dürftig aus!)

Meine Damen und Herren, zur Änderung des L-Bank-Gesetzes. Die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sind unzulässige Beihilfen. So schätzt es zumindest die EU-Kommission ein. Wir mussten in der Folge schon das Landesbankgesetz und das Sparkassengesetz ändern, um dem Rechnung zu tragen. Gleiches gilt jetzt auch für die L-Bank als rechtlich selbstständigem Förderinstitut.

Der Gesetzentwurf war so, wie wir ihn ursprünglich vorgelegt bekommen haben, nicht ganz unumstritten. Kritik kam vor allem vom Bankenverband, von den Genossenschaftsverbänden und vom Sparkassenverband, die die Befürchtung hatten, dass das Hausbankenprinzip unterlaufen werden sollte. Der Württembergische Genossenschaftsverband hat das an einem Parlamentarischen Abend noch einmal deutlich gemacht.

In dem uns heute vorliegenden Gesetzentwurf – Herr Staatssekretär Rückert hat das ja auch schon ausdrücklich betont – wird diesen Bedenken Rechnung getragen. Es gab eine Umformulierung. Inzwischen ist in § 3 Abs. 5 formuliert:

Die Gewährung von Darlehen soll über oder zusammen mit anderen Kreditinstituten erfolgen; . . .

Damit wird eindeutig und unzweifelhaft das Hausbanken- und Konsortialprinzip vorgeschrieben, und zwar auch – meine Vorredner haben das schon gesagt – bei der Finanzierung von Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden. Auch dies liegt im Interesse des Sparkassenverbands und der Genossenschaftsverbände. Sprich: Darlehen können auch in diesen Fällen nur über die Hausbanken oder zusammen mit den Hausbanken gewährt werden.

Zudem – darauf hat Herr Kollege Scheffold schon hingewiesen – hat die EU-Kommission diese Aufgaben ja auch als wettbewerbsneutral eingestuft. Wir teilen diese Einschätzung. Wir sehen die Kritik des Sparkassenverbands und der Genossenschaftsverbände in diesem Punkt als entkräftet an.

Eine weitere Anregung wurde ebenfalls aufgenommen. So sind die Maßnahmen sozialer Art im Gesetzentwurf konkretisiert worden mit dem Zusatz in § 3 Abs. 2 Nr. 9: „insbesondere zur Förderung der Familien und sozialer Einrichtungen“. Damit ist das, auch in unserem Sinne, zufriedenstellend gelöst.

Gut finde ich den Vorschlag des Kollegen Schmid, dass wir uns die Satzung der L-Bank einmal in einer Sitzung des Finanzausschusses näher daraufhin anschauen sollten, ob man nicht noch das eine oder andere verbessern kann. Im Grundsatz werden wir diesen Gesetzentwurf aber so mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf Drucksache 13/2672 an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änderung des Eingliederungsgesetzes – Drucksache 13/2711

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 1998 trat, nachdem eine lange Diskussion vorausgegangen war, das Flüchtlingsaufnahmegesetz in Kraft. Dadurch wurde viel erreicht. Seitdem werden die Flüchtlinge gleichmäßig auf die Stadt- und Landkreise verteilt. Sie werden in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und nach dem Sachleistungsprinzip versorgt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir haben in diesem Gesetz nur die teilweise Pauschalierung von Erstattungen des Landes eingeführt. Dies hat zu ersten Verbesserungen geführt. Gleichwohl besteht Reformbedarf, und zwar aus folgenden Gründen: Der Verwaltungsaufwand für das derzeitige Erstattungssystem hat sich zwar verringert, was im Vergleich zur früheren Situation ein Schritt nach vorne war, ist aber immer noch zu groß. Der Rechnungshof fordert deshalb in seiner Denkschrift aus dem Jahre 2002 mit Recht eine Reform dieses Systems.

Die Regierung wurde von diesem hohen Haus Anfang dieses Jahres beauftragt, eine mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmte Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vorzulegen, nach der das Erstattungsverfahren in der vom Rechnungshof vorgeschlagenen oder einer vergleichbaren Art und Weise vereinfacht wird. Um diesen Gesetzentwurf geht es jetzt bei der Ersten Beratung. Mit dem Entwurf werden folgende Ziele verfolgt:

(Minister Dr. Schäuble)

Erstens: Wir wollen eine deutliche Verwaltungsvereinfachung erreichen. In Zukunft werden die Aufwendungen der Stadt- und Landkreise bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern einmalig mit einer Gesamtpauschale erstattet.

Zweitens: Das Widerspruchsverfahren im Leistungs- und Gebührenrecht für Flüchtlinge und Spätaussiedler wird nicht entfallen, sondern, Herr Kollege Glück, die Zuständigkeit dafür wird den unteren Verwaltungsbehörden übertragen. Das war ja ein Diskussionsthema.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ja!)

Damit werden die Regierungspräsidien entlastet und wird Verwaltungsaufwand reduziert.

Drittens: Abgelehnte Asylbewerber sollen länger in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden können, wenn hierdurch die Aufenthaltsbeendigung erleichtert wird.

Viertens: Jüdische Emigranten sollen in Einzelfällen die Möglichkeit erhalten, Gemeinschaftsunterkünfte etwas länger als bisher zu nutzen, wenn es dafür besondere Gründe gibt, zum Beispiel den Abschluss eines Sprachkurses.

Aber, meine Damen und Herren – darauf komme ich jetzt noch einmal zurück –, das zentrale Anliegen dieses Gesetzentwurfs ist Verwaltungsvereinfachung. Wir sprechen überall in Deutschland und auch in diesem hohen Hause oft von Verwaltungsvereinfachung, von Aufgabenabbau, von Bürokratieabbau. In der Realität aber – das ist zugegebenermaßen überall so, von Flensburg bis Berchtesgaden – erreicht man davon wenig.

Dieses Gesetz trägt ganz wesentlich zur Verwaltungsvereinfachung bei. So werden durch die Vereinfachung des Ausgabenerstattungssystems auf allen Ebenen – sowohl auf der kommunalen als auch auf der staatlichen Ebene – Kosten minimiert. Das derzeitige Erstattungssystem – ich sagte es bereits: auch der Rechnungshof hat dies so festgestellt – ist zu kompliziert. Es enthält zum Beispiel vier verschiedene Pauschalen, die Spitzabrechnung in Bezug auf Ausgaben für Krankenleistungen und die direkte Ausgabenträgerschaft des Landes für Liegenschaftsausgaben.

Leistungs- und Krankenausgaben werden nur für die Dauer des Asylverfahrens erstattet. Zudem: Die Erstattung erfolgt in unterschiedlicher Höhe für unterschiedliche Zeiträume, ist also doppelt kompliziert. Erheblicher Verwaltungsaufwand und Fehleranfälligkeit sind, wie wir gesehen haben, die Folge. Deshalb brauchen wir diese deutliche Vereinfachung. Künftig wird es ganz einfach so sein: Für jede übernommene Person wird einmalig eine Gesamtpauschale gezahlt.

Wir stimmen mit der kommunalen Seite darin überein, dass wir solche Reformschritte brauchen. Die finanzielle Situation zwingt uns, auf allen Seiten – ich sagte es bereits – Effizienzpotenziale zu nutzen. Mit den kommunalen Landesverbänden besteht auch grundsätzlich Übereinstimmung, was die Berechnungsbasis der Pauschale betrifft. Berücksichtigt wurden Zahlen, die von kommunaler Seite bei der Revision der Pauschalen für 1999/2000 erhoben wurden, und die Haushaltszahlen der Jahre 1999 bis 2001.

(Zurufe von der SPD)

Auch die Methode zur Berechnung der Pauschale wird von den kommunalen Landesverbänden grundsätzlich akzeptiert.

Hinsichtlich der Bewertung einzelner Bestandteile der Pauschale – dies will ich nicht leugnen – gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. So wird zum Beispiel bei den Verwaltungsausgaben der angenommene Synergieeffekt als zu hoch angesehen. Die Revision der Verwaltungspauschale ergab eine erhebliche Spanne von – man kann es sich kaum vorstellen – 570 € im niedrigsten Fall bis 2 400 € im höchsten Fall pro Kopf und Jahr. Wir haben jetzt 770 € pro Jahr kalkuliert. Ein Drittel der Stadt- und Landkreise liegt unterhalb dieses Betrags. Hinzu kommt, dass die Einführung der einmaligen Gesamtpauschale den bisherigen Verwaltungsaufwand erheblich reduziert, weshalb im Ergebnis nach unserer Auffassung ein Synergieeffekt von 15 % gerechtfertigt ist.

Die kommunale Seite sieht außerdem den kalkulierten Erstattungsbetrag für die Liegenschaftskosten als zu niedrig an. Wir haben hier die Haushaltsmittel eingerechnet, die das Land in den vergangenen Jahren für die Bauunterhaltung ausgegeben hat. Wir sind auch der Meinung, dass durch gutes Wohnraummanagement typische Belegungsschwankungen aufgefangen werden können. Verwaltungen, die ihre Unterkunftskapazität flexibel anpassen, werden in Zukunft direkt von den hierdurch erzielten Einsparungen in vollem Umfang profitieren. Aufgaben- und Kostenverantwortung liegen künftig in einer Hand. Dies ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, der aller Erfahrung nach zu einem stärkeren Kostenbewusstsein führt.

Wahr ist allerdings auch, dass von kommunaler Seite bezüglich der Krankenausgaben Befürchtungen geäußert worden sind, der kalkulierte Pauschalanteil könnte in Extremfällen nicht auskömmlich sein. Dazu ist Folgendes zu sagen:

Der Berechnung der Krankenpauschale werden die konkreten Ausgaben der vergangenen Jahre zugrunde gelegt. Erfahrungsgemäß – allerdings nicht auf ein Jahr bezogen – gleichen sich Mehr- und Minderausgaben im Durchschnitt mehrerer Jahre aus. Wahr ist jedoch auch: Schwankungen sind bei Pauschalierungen immer systemimmanent.

Insgesamt sind die Befürchtungen der kommunalen Seite zur Höhe der Pauschale nach unserer Auffassung nicht begründet. Die Erfahrungen mit den Pauschalen – dabei handelt es sich bisher aber nur um Teilpauschalen – des geltenden Flüchtlingsaufnahmegesetzes sind positiv. Die Pauschalen waren bisher auch, im Ganzen gesehen, auskömmlich.

Nun kommt ein wesentlicher Gesichtspunkt, der, glaube ich, etwas zur Entspannung der Diskussion beitragen könnte: Wie im bisherigen Erstattungsverfahren werden wir auch in Zukunft nach zwei bis drei Jahren eine Revision der Pauschalen durchführen. Zur Vorbereitung dieser Revision werden wir noch vor Inkrafttreten des Gesetzes eine Arbeitsgruppe bilden. Gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden werden Kriterien für die Revision festgelegt. Wie schon bei der Festlegung der Berechnungsmethode für die Pauschalen, die einvernehmlich erfolgt ist, setzen wir auch bei der Revision auf einen Konsens mit den Stadt- und Landkreisen.

(Minister Dr. Schäuble)

Mit der vorgesehenen Verwaltungsvereinfachung, meine Damen und Herren – das ist ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt; denn hieran wird nachher auch Ihre Kritik ansetzen –, erfolgt keine Kostenverlagerung vom Land auf die Stadt- und Landkreise. Die Höhe der jetzt festgelegten Gesamtpauschale schöpft nämlich die vorhandenen Haushaltsmittel voll aus. Nach den Eckwerten des Haushalts 2004 – darüber haben wir ja heute Morgen gesprochen – und der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2005 und 2006 stehen allein für den Flüchtlingsbereich jährlich 100 Millionen € zur Verfügung. Die Hälfte hiervon – dies sei den kommunalen Landesverbänden noch einmal ganz deutlich gesagt – sind freiwillige Leistungen des Landes. Die Hälfte hiervon sind freiwillige Leistungen des Landes! Also aufgepasst bei der Geltendmachung der Forderungen!

Auch die Befürchtung, dass bei der Betreuung gespart werde, ist nicht begründet. Die im Rahmen der Revision ermittelten Beträge wurden ja in die Gesamtpauschale eingerechnet.

Meine Damen und Herren, es ist klar: Eine ausreichende Betreuung ist zur Akzeptanz der Einrichtungen zur Flüchtlingsaufnahme unverzichtbar. Ich sage auch ganz klar: Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ist uns dabei eine wertvolle Hilfe, was wir auch, Herr Kollege Heinz, in der Gesetzesbegründung ausdrücklich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die in die Gesamtpauschale eingerechneten Betreuungsmittel sind daher auch voll für die Betreuung zu verwenden.

Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung.

(Abg. Drexler und Abg. Capezzuto SPD: Ja!)

Aus verständlichen Gründen werden teilweise von der kommunalen Seite – zum Beispiel hat mich gerade eine Resolution der Stadt Stuttgart erreicht – Beträge im Sinne von zu erwartenden Defiziten in den Raum gestellt,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: 4 Millionen €!)

über die wir, Frau Kollegin Lösch, auch bei der Beratung im Innenausschuss noch einmal sprechen können; denn dazu ist einiges zu sagen. Auch in Ihrem Interesse will ich Sie jetzt bei der Ersten Beratung mit umfassendem Zahlenmaterial verschonen.

(Abg. Fischer SPD: Sehr vernünftig!)

Aber das ist ein Thema, das im Innenausschuss noch einmal genau abgeklärt werden muss. Dazu ist, wie gesagt, aus unserer Sicht einiges anzumerken.

In Wirklichkeit muss man sich darüber im Klaren sein: Alles Geld, das uns im kommenden Haushalt 2004 und auch – nach der mittelfristigen Finanzplanung – 2005 und 2006 zur Verfügung steht, geben wir im Rahmen der Gesamtpauschale an die kommunale Seite weiter.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das heißt, wenn das hohe Haus meint,

(Abg. Drexler SPD: Was heißt „hohes Haus“?)

das reiche nicht aus, muss es mehr Geld zur Verfügung stellen, als wir im Haushalt hierfür eingeplant haben. Das wäre auch mehr, als wir in der Vergangenheit dafür zur Verfügung gestellt haben. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen Sie sich über diese Kernfrage natürlich durchaus im Klaren sein.

Am Schluss bleibt, glaube ich, als wesentlicher Beitrag für eine Verbesserung im Sinne des Rechnungshofs und auch im Sinne der Aufforderung dieses hohen Hauses festzuhalten: Wir werden alle sparen. Denn die Verwaltungsvereinfachung kommt der kommunalen Seite wie auch den Landesbehörden zugute. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Kleinmann und Dr. Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Minister hat die Ausgangslage und die Motivation für den Gesetzentwurf eingehend dargestellt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Rechnungshof auch in diesem Fall klare Forderungen aufgestellt hat, denen wir sicherlich nachkommen sollten.

(Abg. Fischer SPD: Aber dem gehorcht ihr nicht immer!)

Nicht nur die Forderung des Rechnungshofs ist ein Grund. Auch die heutige Zeit der knappen Kassen lässt uns, denke ich, gar keine Alternative. Wir müssen uns darum bemühen, die Kosteneinsparpotenziale zu heben, die wir heben können.

Ich möchte es genauso handhaben wie der Herr Minister. Ich denke, in der heutigen Debatte würde eine Diskussion über Zahlen in die Irre führen. Wir müssen sicherlich im Ausschuss im Detail über einzelne Zahlen reden. Auch ich werde heute die Zahlen weglassen.

Ich möchte noch einmal an die Neugestaltung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes im Jahr 1998 erinnern. Die Ziele damals waren: gleichmäßige Verteilung auf die Stadt- und Landkreise, Unterbringung ausschließlich in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften, Sachleistungsprinzip und Vereinfachung der Ausgabenerstattung. An diesem letzten Hebel setzen wir jetzt gezielt an und vertiefen und verstärken diesen Effekt.

Die kommunale Seite – das klang bei den Ausführungen des Ministers ebenfalls an – hegt gewisse Bedenken. Diese kamen auch in den Schlagzeilen der letzten Tage zur Geltung. Andererseits ist klar festzuhalten: Die kommunale Seite trägt diese Pauschalierung im Grundsatz mit.

Sie wissen, dass das Gesetz zwei Bereiche regelt: zum einen den Bereich des Asyls und zum anderen den der Eingliederung von Spätaussiedlern. Neu ist nun die Gesamtpauschale, die alles abdeckt: liegenschaftsbezogene Ausgaben, Verwaltungsausgaben, Betreuungsausgaben, Leistungsausgaben und den wahrscheinlich umstrittensten Bereich – wie es gerade anklang –, den Bereich der Krankenausgaben.

(Heinz)

Ich glaube aber, dass durch diese Pauschale Synergieeffekte auf beiden Seiten entstehen. Man darf nicht verheimlichen, dass auch das Land profitiert. Wir müssen dafür sorgen, dass die Potenziale auch umgesetzt werden, das heißt, dass an den Stellen auch abgebaut wird, an denen eingespart wird. Sonst nutzt uns das Ganze nichts. Gleichzeitig entstehen bei den Stadt- und Landkreisen entsprechende Einspareffekte, die wir im Gesetzentwurf in Prozent bewertet haben.

Ich finde es gut und halte es im Kontext der Verwaltungsreform für sinnvoll, den unteren Verwaltungsbehörden die Entscheidung über Widersprüche zu übertragen. Das halte ich für eine in sich schlüssige Maßnahme.

Was ich gerade geschildert habe, gilt analog, mit geringfügigen Veränderungen, für den Bereich des Eingliederungsgesetzes. Dabei gibt es nur einen wesentlichen Unterschied. Die bisherige einmalige Betreuungspauschale haben wir in zwei Elemente aufgesplittet: zum einen in ein pro Kopf bezogenes Element und zum anderen in eine Pauschale, die wir belassen, die pro Stadt- und Landkreis verteilt wird.

Wie gesagt: Ich habe ein gewisses Verständnis für die Sorgen der Stadt- und Landkreise, dass die Pauschalen nicht in allen Bereichen ausreichen. Der Minister hat es gerade betont, und ich möchte es wiederholen: Die Mittel, die im Moment im Haushaltsplan stehen, werden zu 100 % für das neue System ausgeschüttet. Das heißt, in diesem Bereich wird nichts weggenommen.

Jetzt kann man eine Risikobeurteilung vornehmen. Man kann fragen, wo der Gewinn und die Chance für das Land liegen. Sie liegen klar auf der Hand. Wenn wir wie in den letzten zwei Jahren enorme Verminderungen bei den Zugangsraten haben und jetzt ein System entwickeln, das sich an den Ausgaben pro Kopf orientiert, liegt es auf der Hand, dass wir hiermit einen Einspareffekt realisieren können. Andererseits liegt umgekehrt das Risiko aufseiten des Landes.

Der Minister hat vorhin angedeutet, wie breit das Spektrum der Verwaltungsausgaben bei den einzelnen Landkreisen ist. Natürlich ist klar: Wenn wir jetzt eine große Linie, einen Mittelwert darüber legen, wird es Gewinner und Verlierer bei den Landkreisen geben. Das lässt sich nicht vermeiden.

Auf der anderen Seite ist es, denke ich, notwendig und ein Anreiz für den einen oder anderen Landkreis, der jetzt unter die Schnittlinie fällt, dass er sich im Sinne einer echten Benchmark an den anderen Landkreisen orientiert, die etwas besser dastehen, die diese Aufgabe etwas besser erledigen.

Ich will noch einmal kurz auf die Eingliederungs- und Zugangszahlen zurückkommen. Ich habe mir einmal die Zahlen für den November geben lassen. Gegenüber dem Stand Ende November 2002 haben wir im November 2003 1 875 Asylbewerber weniger; in absoluten Zahlen sind das 6 007. Bei den Spätaussiedlern haben wir in etwa die gleiche Zahl, 1 876 weniger. Deren absolute Zahl lag im November bei 8 107. Wir haben also eine Entwicklung, die an sich für uns nicht schlecht ist.

Sie wird nach meiner persönlichen Einschätzung im Spätaussiedlerbereich eher so bleiben. Die Zahlen werden sich auch in der Zukunft nicht sehr verändern. Die Tendenz wird eher leicht nach unten gerichtet sein, aber nicht nach oben.

Wie sich die Zahlen im Asylbereich entwickeln, wissen wir alle nicht. Wir können nur hoffen, dass es so bleibt wie in den letzten zwei bis drei Jahren, in denen wir ständig sinkende Zahlen hatten und dadurch auch in der Lage sind, die Altverfahren im juristischen Teil besser abhandeln zu können.

Lassen Sie mich zum Schluss eines feststellen: Ich denke, dass wir hier eine Lösung gefunden haben, die insgesamt eine Vereinfachung mit sich bringt. Ich hoffe, dass, wie gesagt, beide Seiten – sowohl das Land als auch die Stadt- und Landkreise – dieses Potenzial nutzen.

Zum Zweiten möchte ich – weil man jetzt in den Zeitungen lesen kann, die Stadt- und Landkreise seien unzufrieden – darauf hinweisen, dass wir zum einen im Anhörungsverfahren noch das eine oder andere hören werden. Zum anderen denke ich, dass uns diese Revisionsklausel eine zusätzliche Sicherheit bringt. Die Revision wird uns zeigen, wie wir liegen, und ich bin eigentlich optimistisch, dass wir nach zwei Jahren nicht sehr viel korrigieren müssen. Wenn ich jetzt vom Minister höre, dass er sofort eine Arbeitsgruppe einberufen will – jetzt schon –, um die kommunalen Landesverbände mit ins Boot zu holen, finde ich das begrüßenswert. Denn dies zeigt, dass wir hier mit offenem Visier kämpfen und bereit sind, diese für beide Seiten schwierige Aufgabe im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden zu lösen. Vor diesem Hintergrund werden wir, denke ich, im Ausschuss im Detail in die Thematik einsteigen. Insgesamt handelt es sich um einen Entwurf, den wir mittragen können und der uns im Prinzip auch weiterbringt.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung hat es tatsächlich geschafft, dass CDU-Oberbürgermeister und -Bürgermeister mit uns in einer Reihe stehen. Wie hat sie das geschafft? Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts. Wie die Kommunen stehen auch wir einer Pauschalierung bei der Kostenerstattung durchaus positiv gegenüber, wenn das zur Verwaltungsvereinfachung und damit zu einer Kostenreduzierung führt.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Ich halte diese Diskussion aber angesichts zurückgehender Flüchtlingszahlen im Augenblick für nicht unbedingt angemessen.

Nachfolgend nenne ich Ihnen die maßgeblichen Punkte unserer Kritik und auch der Kritik der Kommunen. Wir erwarten bei einer Änderung des FlüAG eine Anpassung der Gesamtpauschalen an die tatsächlichen Kostenentwicklungen. Es ist zu befürchten, dass bei geringeren Einnahmen zuerst

(Inge Utzt)

die Sozialbetreuung reduziert wird – mit den vorhersehbaren Folgen für das Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte. Der baden-württembergische Städtetag hat diese Befürchtung bereits geäußert.

Wir fordern weiterhin die Spitzabrechnung der Krankenkosten für Asylbewerber und bleibeberechtigte Flüchtlinge. Warum? Ich versuche, Ihnen das am Beispiel einer Stadt zu erklären. Der Oberbürgermeister einer Stadt mit ca. 120 000 Einwohnern hat mir vor kurzem erklärt, dass er rein rechnerisch für die 160 Asylbewerber in seiner Stadt weniger an Krankenkosten erstattet bekommen wird, als in der Stadt bislang für einen einzigen chronisch Kranken gezahlt worden ist. Es gibt vielleicht Kommunen, denen überwiegend Gesunde zugewiesen worden sind und die dann mit der angedachten Pauschale zurechtkommen. Aber allein eine Risikoschwangerschaft bringt den ganzen Kostenplan ins Wanken. Von Dialysepatienten will ich erst gar nicht sprechen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Flüchtlinge haben in der Regel bereits vor ihrer Flucht unter schlechten Bedingungen gelebt. Sie sind häufig als Folge von Folter traumatisiert. Hinzu kommen die Umstände, unter denen die Flucht stattgefunden hat. Infolgedessen haben sie in der Regel eine höhere Anfälligkeit für Krankheiten. Aus diesem Grunde fordern wir gemeinsam mit den Kommunen, die Krankenkosten weiterhin spitz abzurechnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die liegenschaftsbezogenen Aufwendungen insgesamt wie bisher vom Land getragen werden. Es macht in unseren Augen wenig Sinn, die Außenhaut eines Hauses durch das Land in Ordnung zu halten und das Innere den Kommunen zu überlassen. Da sich viele Liegenschaften zudem in einem maroden Zustand befinden, käme bei einer Änderung des Status quo ein nicht kalkulierbares Risiko auf die Kommunen zu.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen im Interesse der Flüchtlinge und der Kommunen, dass weiterhin eine Anschlussunterbringungspauschale gezahlt wird.

Wir fordern gemeinsam mit den Kommunen eine gesetzliche Revisionsklausel, die einen verbindlichen kommunalen Anspruch auf Erstattung der tatsächlichen Kosten begründet.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt erweckt der Entwurf den Eindruck, als sei er im Finanzministerium und nicht im zuständigen Fachministerium geschrieben worden.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das sind nicht unbedingt Gegensätze! – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ich habe Ihnen jetzt unsere Hauptänderungswünsche genannt. Die Einzelheiten werden wir mit Sicherheit bei den weiteren Beratungen benennen.

Wir sind der Ansicht, dass die Kommunen – besonders angesichts der Kürzungen von Landesmitteln in vielen Bereichen – die ausfallenden Mittel nicht kompensieren können. Ich appelliere an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den die Regierung tragenden Fraktionen: Hören Sie auf Ihre Kommunalpolitiker, wenn Sie unseren Argumenten schon nicht folgen wollen.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Nehmen Sie die Drohung der Oberbürgermeister ernst, die mit einer Klage gegen die Änderung des FlüAG drohen. Dass Änderungen des Entwurfs möglich sind, haben Sie, Herr Innenminister, dadurch bewiesen, dass es in dem heute diskutierten Entwurf Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf gibt – die allerdings längst nicht ausreichen.

Aber nicht nur die Finanznot der Kommunen ist Anlass für unsere Kritik. Es geht auch um Menschen und um die Bedingungen, unter denen diese Menschen bei uns leben. Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Christdemokraten, zum Schluss Matthäus 25, Vers 40 in etwas abgewandelter Form ans Herz legen:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt wird es spannend!)

Was ihr dem Geringsten unter meinen Brüdern angetan habt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habt ihr mir getan!)

das habt ihr mir angetan.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott! – Abg. Drexler SPD: Der Kollege Kleinmann schämt sich! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich wüsste nicht, wofür ich mich schämen sollte!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Utzt, ich bin nicht übermäßig bibelfest, aber Sie haben falsch zitiert.

(Abg. Inge Utzt SPD: Ich habe gesagt: eine kleine Veränderung! – Abg. Stickelberger SPD: Also doch bibelfest! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In Matthäus 25 heißt es:

Was ihr dem Geringsten unter meinen Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan.

Ich denke, wenn man schon zitiert, sollte man das nicht abändern.

(Beifall der Abg. Seimetz CDU und Kleinmann FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Vetter CDU und Inge Utzt SPD – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ist ein sehr guter Schritt in Richtung Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung. Vorweg: Beim Innenminister ist bereits angeklun-

(Dr. Glück)

gen, dass das Land diesen Schritt nicht tut, um Geld einzusparen,

(Abg. Stickelberger SPD: Nie!)

denn die 100 Millionen €, die bisher hierfür vorgesehen waren, sind auch weiterhin für die Flüchtlingsaufnahme vorgesehen.

(Zurufe von der SPD – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir hatten bisher ein sehr kompliziertes Mischsystem aus Pauschalen und sehr aufwendigen Spitzabrechnungen. Es musste hin- und hergebucht werden, und vor allen Dingen musste man jeden einzelnen Flüchtling minutiös verfolgen, denn bei jeder Statusänderung änderte sich auch die Zuwendung. Das war ein riesiger Aufwand.

Diese Neuregelung spart Verwaltungskosten. Überall wird laut gerufen: „Lasst uns die Verwaltung vereinfachen!“, aber wenn es dann konkret wird, sind die Schreie da. Ich denke, wir sollten dem Rechnungshof folgen.

Meine Damen und Herren, wie sind wir zu den Pauschalen gekommen? Es wurde eine Kostenermittlung über zwei Jahre hinweg bezüglich der in jedem einzelnen Monat anfallenden Kosten gemacht. Ebenso wurde die mittlere Aufenthaltsdauer erhoben. Diese Zahlen wurden fortgeschrieben: für Unterbringung – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Dr. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aber herzlich gerne, Frau Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Vielen Dank, Herr Kollege.

Herr Kollege Dr. Glück, bezeichnen Sie es nicht als einen Taschenspielertrick, wenn Sie eine rein rechnerisch ermittelte Summe in den Haushalt einstellen, die Höhe der ausbezahlten Beträge sich aber an der Zahl der Asylbewerber und Spätaussiedler ausrichtet, die im Land sind?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Utzt, das ist bei jedem Haushaltsansatz so,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dass ein Taschenspielertrick dahinter steckt! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

dass es möglicherweise etwas besser oder etwas schlechter kommt als geplant.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei Ihnen wird es immer schlechter, Herr Dr. Glück!)

Es ist aber kein Taschenspielertrick. Die dafür vorgesehenen Mittel wurden nicht reduziert, sondern in gleicher Höhe beibehalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir haben eine Gesamtpauschale für die Unterbringung, die medizinischen Kosten – darauf komme ich gleich noch zurück –, für Verwaltungsausgaben und für die Betreuung ermittelt.

Frau Utzt, in einem Punkt empfinde ich sehr viel Sympathie für das, was Sie gesagt haben: Bei der Pauschalierung der medizinischen Kosten habe ich ein bisschen Bauchweh. Wir haben darüber bereits im Vorfeld diskutiert. Dennoch bin ich der Meinung: Es sind Zahlen, die auf bisherigen Ergebnissen beruhen.

(Abg. Fischer SPD: In der Gesamtsumme vielleicht!)

Wir sollten das einmal versuchen. Im schlimmsten Fall würde ich auch der obligat kommenden Revision vertrauen. Gegebenenfalls muss dann an der Stellschraube gedreht werden. Ich habe da ein bisschen Bedenken, zumal auch der Fortschritt in der Medizin in diesen Jahren – es geht bei der Erhebung ja immerhin um einen Zeitraum von etwa fünf Jahren – möglicherweise zu einer Verteuerung führt.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Landesverbände begrüßen die Pauschalierung. Aber es liegt natürlich in der Natur der Sache, dass man jetzt ums liebe Geld streitet, sprich um die Höhe der Pauschalen. Bei der Erhebung dieser Pauschalen hat sich gezeigt, dass es eine sehr große Streubreite bei den Ausgaben der Kommunen für die jeweiligen Leistungen gab. Das gilt nicht nur für die Verwaltungskosten, sondern auch für andere Bereiche. Wenn Sie ein arithmetisches Mittel nehmen und das mit 100 % gleichsetzen, dann ergibt sich, dass manche das mit 50 % geschafft haben und andere mit 250 %, also die einen um den halben Preis und die anderen um den zweieinhalbfachen Preis. Man ist natürlich eher bereit, das Geld auszugeben, wenn man es nur weiterreichen muss und mit dem Land abrechnet. Ich denke, dass die Novellierung auch ein sanfter Zwang ist, der zu einem sparsamen Umgang führen wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Punkte anschneiden, die mir wichtig sind. Der eine ist die Revision. Der Innenminister hat bereits darauf hingewiesen. Ich halte es für absolut wichtig, dass wir in einem gebührenden Nachlauf eine Revision machen, um zu sehen, ob die tatsächlichen Ausgaben in etwa den Pauschalen entsprechen.

Und der letzte Punkt: Wir nehmen die Sorge der Wohlfahrtsverbände sehr ernst, die befürchten, die Stadt- und Landkreise könnten jetzt hergehen und das Geld in großem Maße für die Verwaltung verbraten und die Betreuungsaufgabe würde zu kurz kommen. Es stand auch der Wunsch im Raum, möglicherweise zwei Pauschalen auszuwerfen. Wir denken, mit der Lösung, diese Aufgaben dezidiert in das Gesetz und nicht nur in den Anhang zu schreiben, haben wir einen Kompromiss gefunden, der dieser Sorge Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren, wir sehen in dieser Novellierung eine hervorragende Chance für einen Bürokratieabbau und werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion GRÜNE lehnt den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Reform der Flüchtlingsaufnahme und der Eingliederung von Spätaussiedlern ab.

Die Landesregierung verspricht – wir haben es ja eben gehört –, mit dieser Reform sei keine Mittelkürzung verbunden und die Bedingungen für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung blieben unverändert. Die Landesregierung behauptet auch, es gehe lediglich um Entbürokratisierung, um Synergieeffekte und um Vereinfachung für alle. Genau das Gegenteil ist der Fall: Einfacher wird es mit dieser Reform nur für die Landesregierung. Für die Migranten und die Stadt- und Landkreise selbst wird es schwieriger, und die Belastungen werden größer.

Was bedeuten die Änderungen im Konkreten? Der eine wichtige Punkt ist hier schon angesprochen worden: Mit der geplanten Pauschalierung spart das Land, auch wenn Sie es anders darstellen, auf Kosten der Stadt- und Landkreise. Sie können uns doch hier in diesem Haus nicht vormachen, wie man Politik mit Haushaltsansätzen und mit der realen Ausschöpfung von Haushaltsansätzen macht. Das müssen Sie uns nicht erzählen; das wissen wir hier sehr genau. Das wissen auch die Stadt- und Landkreise. Es wird sich herausstellen, dass die Befürchtung nicht nur ernst zu nehmen ist, sondern stimmt: Hier wird auf Kosten der Stadt- und Landkreise in einem ganz relevanten Umfang gespart.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Heinz hat ja nicht umsonst eben auf die Motivation „Kassenlage“ hingewiesen. Wenn es darum geht, eine Reform angesichts der knappen Kassen durchzuführen, dann wird es wohl auch darum gehen, Geld einzusparen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Dabei wäre ja grundsätzlich überhaupt nichts dagegen einzuwenden – wir stimmen damit auch überein –, stärker zu pauschalieren. Das wollen wir auch; das will auch der Rechnungshof. Aber an einer Stelle kann man beim besten Willen keine Pauschalierung vornehmen: Das ist bei den Kosten für die Krankenhilfe. Diese Kosten kann man beim besten Willen nicht als Pauschale abrechnen,

(Beifall bei den Grünen)

ganz einfach deswegen, weil Krankenausgaben von der Sache her nicht pauschalierbar sind. Haben die Kommunen Dialysepatienten, haben sie Aidspatienten, haben sie Behinderte in dieser Reihe, dann werden die Krankenkosten exorbitant steigen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Es nützt überhaupt nichts, dass im Schnitt zwischen allen Stadt- und Landkreisen schließlich die Pauschalen stimmen. Für die einzelne Kommune wird das zu einem untragbaren Risiko.

Im Übrigen hat der Rechnungshof an dieser Stelle auch schon deutlich darauf hingewiesen, dass man Sonderzahlungen für die Krankenhilfe ins Auge fassen muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb: Krankenkosten müssen weiterhin spitz abgerechnet werden!

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Nach unserer Berechnung verbirgt sich hinter der Pauschalierung, die Sie vornehmen, eine Kürzung der Landesmittel um mindestens 15 Millionen €. Dazu kommt noch, dass im Haushaltsstrukturgesetz geplant ist, den Kommunen für Sozialhilfeerstattungen für Spätaussiedler weitere knapp 4 Millionen € wegzunehmen. Insgesamt haben wir somit in diesem Bereich eine Kürzung der Mittel für die Kommunen um 19 Millionen € – wohlgemerkt zusätzlich zu den Kürzungen, die wir heute Morgen im Zusammenhang mit dem Haushaltsstrukturgesetz schon diskutiert haben.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Die 15 sind gegriffen!)

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie Sie als Landesregierung immer weitere Lasten auf die Kommunen abwälzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Die 15 Millionen haben Sie aber nur gegriffen!)

Die zweite Folge dieser Reformmaßnahme ist auch schon erwähnt worden: Die Sozialbetreuung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern wird sich weiter verschlechtern. Die Rechnung ist ganz einfach; jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, kann sie anstellen. Wenn der Kostendruck zunimmt, während die Aufgaben nicht geringer, sondern eher mehr werden – durch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben –, muss der Druck irgendwo raus. Das wird die Sozialberatung treffen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das kann man auch herbeireden!)

Da nutzen uns auch die frommen Wünsche nichts, auch nicht das Verständnis für die Befürchtungen. Sie kriegen doch selbst mit, dass in den Landkreisen schon Verträge für die freien Träger, die für Flüchtlingsberatung zuständig sind, gekündigt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ist doch nicht wahr! Das reden Sie herbei! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, das reden wir nicht herbei!)

– Den freien Trägern wird doch schon gekündigt; zumindest wird deren Kündigung schon vorbereitet. Das wissen Sie doch so gut wie ich!

(Abg. Alfred Haas CDU: Das reden Sie herbei!)

– Nein, das rede ich nicht herbei. Es gibt ganz konkrete Fälle.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo denn?)

– In Emmendingen zum Beispiel. Erkundigen Sie sich, wenn Sie das nicht wissen!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt eben nicht!)

(Theresia Bauer)

Sie legen mit dieser Maßnahme die Axt an die subsidiären Strukturen, die Sie ansonsten in Ihren Sonntagsreden so gerne loben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dadurch wird Integration verzögert und verschleppt. Diese Suppe werden wiederum die Kommunen auslöffeln müssen, die dann nämlich Mehrkosten für Flüchtlinge und Migranten, die länger am öffentlichen Tropf hängen, tragen müssen.

Wenn Sie uns dies nicht glauben, dann fragen Sie doch bitte Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU in den Kommunen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir sind doch selbst in den Kommunen! Das ist ein großer Unterschied zu Ihnen! Wir sind in den Kommunen! – Unruhe)

Fragen Sie zum Beispiel Ihren Parteifreund, den Oberbürgermeister von Stuttgart, Herrn Schuster.

(Abg. Drexler SPD: Wie lange noch?)

Herr Schuster hat sich vor kurzem mit der Bitte um Unterstützung an meine Kollegin Brigitte Lösch gewandt.

(Abg. Kübler CDU: Oi! – Unruhe)

Er muss zu den Grünen gehen, weil er bei Ihnen kein Gehör findet.

(Unruhe)

Er hat ihr einen Brief geschrieben, daraus will ich kurz etwas zitieren:

Ich sehe erhebliche Folgekosten auf die Kommunen zukommen, wenn die vom Land zugewiesenen Flüchtlinge nicht angemessen betreut und sozialverträglich untergebracht werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Alle Bemühungen der Kommunen, hier zu einem verträglichen Miteinander zu kommen, werden durch die vorgeschlagenen Änderungen konterkariert.

Das schreibt Oberbürgermeister Schuster in einem Brief an Brigitte Lösch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: CDU-Politiker!)

Zum Ende nur noch ein kurzes Stichwort zu einem Aspekt, der heute noch gar nicht erwähnt wurde: zu den jüdischen Kontingentflüchtlingen.

Die jüdischen Migranten werden von uns nach Deutschland eingeladen, weil wir ein Stück Wiedergutmachung und einen aktiven Beitrag zur Stärkung des jüdischen Lebens hier in Deutschland leisten wollen. Wenn die Menschen hierher kommen, werden sie im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nicht wie Menschen behandelt, die hier eine sichere Aufenthaltsperspektive haben, sondern wie Flüchtlinge, die in Deutschland eine ganz ungewisse Aufenthaltsperspektive haben. Schnelle und effektive Integration wird nicht vorangetrieben, sondern sie werden mit den Minimalstandards anderer Flüchtlinge versorgt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Seit Jahren kritisieren die israelitischen Religionsgemeinschaften diesen Zustand und bitten um Abhilfe. Insbesondere bitten sie darum, dass man jüdische Kontingentflüchtlinge wenigstens in der Nähe jüdischer Gemeinden unterbringt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Durch die gleichmäßige Verteilung über das ganze Land werden viele zurzeit an der Teilnahme am jüdischen Leben gehindert. Die Wege zu diesen Gemeinden sind für viele viel zu weit. Dieser Missstand ist seit Jahren bekannt. Sie werden aber mit warmen Worten abgespeist.

Ich meine: Wir können es uns nicht leisten, hieran nichts zu verändern. Das ist ein Armutszeugnis für das Land. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, im Zusammenhang mit der Novelle des Flüchtlingsaufnahmerechts Verbesserungen zu gewährleisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden im Rahmen des Verfahrens Vorschläge einbringen, und wir werden zeigen . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Bauer, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: . . . – einen Satz noch –, dass es machbar ist, beim neuen FlüAG Entbürokratisierung, Kommunenfreundlichkeit und Integrationsförderung bei Kostenneutralität zusammenzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Vorgeschlagen wird die Überweisung an den Innenausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 10. Juli 2003 – Denkschrift 2003 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2001 – Drucksachen 13/2246, 13/2700

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 22. Januar 2003 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2001 – Drucksachen 13/1656, 13/2702

Berichterstatter: Abg. Junginger

(Stellv. Präsident Birzele)

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 2. September 2003 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2001 durch den Landtag – Drucksachen 13/2384, 13/2701

Berichterstatter: Abg. Junginger

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Präsident Frank, sehr geehrte Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte heute Morgen hat durch ihre annähernde Zeitgleichheit mit den Beratungen von Bundestag und Bundesrat höchste Aktualität und Dramatik. Wir müssen alles unternehmen, um den Haushalt im Rahmen der Verfassungsmäßigkeit zu halten. Die Verschuldung darf diesen Rahmen nicht sprengen. Da passt es sehr gut, wenn am selben Tag der Präsident des Landesrechnungshofs bereits davon gesprochen hat, dass in diesem Jahr die Schuldenfalle näher rücke.

Eine Falle ist eine gefährliche Sache, solange sie im Versteck liegt. Wenn sie zuschnappt, ist es zu spät.

(Abg. Capezzuto SPD: Oi!)

Deshalb gilt es, sie zunächst offen zu legen und dann gegenzusteuern. Der Landesrechnungshof unterstützt beides in besonderem Maße. Das Kapitel „Landesschulden“ wird zunehmend öffentlichkeitswirksam.

Die Schuldenfalle stellt sich bedrohlich dar. Zwar ist die zum Haushaltsausgleich nötige Nettokreditaufnahme von 1,9 Milliarden € um 400 Millionen € niedriger als im Vorjahr. Das ist aber leider nur dem ersten Anschein nach eine positive Entwicklung. Denn wenn man die Sonderfinanzierung für die stille Beteiligung an der Landesbank im Jahr 2001 herausrechnet, ergibt sich im Jahr 2002 ein immerhin um 600 Millionen € höherer Kreditbedarf. Damit ist die Kreditfinanzierungsquote von 4 % auf 6,1 % angewachsen.

Der unverändert drittbeste Platz Baden-Württembergs beim Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer ist damit nur ein relativer Trost. Noch profitiert das Land von dem äußerst niedrigen Zinsniveau. Sollten aber die Zinsen nur um einen Prozentpunkt ansteigen, wären zusätzliche Zinsausgaben von 350 Millionen € zu erwirtschaften. Es gibt also keinen Grund, die Schuldenbremse zu lockern.

Das Land finanziert landespolitisch bedeutsame Vorhaben wie den Straßenbau oder die Einführung neuer Steuerungsinstrumente außerhalb des Landeshaushalts. Hierzu hat es sich bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes immer höher verschuldet. Die verlagerten Verpflichtungen sind jetzt auf insgesamt 640,8 Millionen € gestiegen. Wir haben die Landesregierung um Prüfung gebeten, ob die Planungssicherheit und die gesicherte Mittelbereitstellung für die Projekte durch eine Haushaltsfinanzierung in gleicher Weise gewährleistet werden könnten und ob durch alternative Finanzierungsmodelle eine vorhabenbezogene strukturelle Verschuldung vermieden werden könnte.

Gemeinsam mit der Schuldenfalle hat der Landesrechnungshof auch von einer „Pensionsfalle“ gesprochen. Sie resultiert aus dem immensen Lastenblock künftiger Pensionsverpflichtungen, die im Landeshaushalt bisher nicht transparent genug dargestellt sind. Der Finanzminister hatte von der Entscheidung einer bundesweiten Kommission berichtet, die prüfen solle, ob und wie in den Haushaltsplänen der Umfang der künftigen Versorgungsleistungen ausgewiesen werden könnte. Ich ermuntere die Landesregierung ausdrücklich, sich für eine solche bundeseinheitliche Ausweisung einzusetzen; denn so wird dem Parlament und der Öffentlichkeit die noch ungelöste Zukunftsaufgabe vor Augen geführt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Selber machen! Da braucht man nicht die anderen Länder dazu! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ich rede jetzt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Föderalismus!)

Dies sollte eine wichtige Voraussetzung dafür sein, um auch dieser Falle letztendlich durch entsprechende Maßnahmen zu entgehen.

Personalabbau ist eines der Mittel, um der Pensionsfalle zu entgehen. Das haben wir heute schon einmal gehört. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn ein ganz deutlicher Akzent der Denkschrift im Personalbereich liegt. Die Ergebnisse sind beachtlich. Von 700 möglichen Stelleneinsparungen, die gefunden wurden, könnten immerhin 300 ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden. Der Rechnungshof nennt dabei folgende Bereiche:

In der Betreuung von Arbeitsplätzen mit Datenverarbeitung – Beitrag Nummer 7 – ist zu viel Personal gebunden. Dagegen hapert es bei der Schulung. Durch die Umstellung auf das erforderliche Maß könnten 240 Stellen eingespart und weitere 120 für die Aus- und Fortbildung eingesetzt werden.

Die nicht mehr erforderliche Einweisungskommission für Gefangene bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart – Beitrag Nummer 14 – mit vier Personalstellen kann aufgelöst werden.

Weiter: Bei der Landesanstalt für Umweltschutz – Beitrag Nummer 27 – lassen sich rund 30 Personalstellen durch eine schlankere Aufbauorganisation und eine den Aufgaben angemessene Personalausstattung einsparen.

Allein im konventionellen Verfahren der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer – Beitrag Nummer 28 – könnte das Land durch Verbesserungen 22 Personalstellen abbauen. Dabei macht der Landesrechnungshof durchaus Vorschläge – ich möchte das einmal konkret nennen –, bei denen es vernünftig ist, sie umzusetzen, und die wir anerkennen. Warum soll man zum Beispiel nicht statt eines komplizierten Verfahrens, um Kraftfahrzeugsteuerrückstände einzutreiben, einfach die Aushändigung eines Kraftfahrzeugscheins verweigern?

(Ursula Lazarus)

Der Rechnungshof sieht, wie im Beitrag Nummer 13 dargestellt ist, Handlungsbedarf bei der Schulleitung an allgemein bildenden Schulen, die nach seiner Rechnung 60 % ihrer Zeit für Routineangelegenheiten der Verwaltung verwendet. Die Schulleiter sollten entlastet werden, um sich künftig auf ihr eigentliches Kerngeschäft, nämlich auf pädagogische Führungsaufgaben konzentrieren zu können. Nicht nur die Schulpolitiker, sondern auch die Mitglieder des Finanzausschusses sehen darin ein wichtiges Handlungsfeld. Nur mit dem Finanzierungsvorschlag des Rechnungshofs, der Schließung kleinerer Schulen, ist der Finanzausschuss nicht mitgegangen.

(Abg. Capezzuto SPD: Gott sei Dank!)

Ich nenne dies, da es einer der wenigen Punkte war, bei denen Landesrechnungshof und Ausschuss nicht zusammengekommen sind.

Viele der für 130 Millionen € Anfang der Neunzigerjahre errichteten Behelfsbauten zur Aufnahme von Spätaussiedlern – Beitrag Nummer 31 – müssen abgebrochen werden, auch wenn sie gut in Schuss sind, wenn die Gemeinden ihre Rechtsposition als Grundstücksbesitzer gegenüber dem Land durchsetzen. Das wäre nicht zu verantworten, weil Werte vernichtet würden und dann wieder zusätzliche Kosten für Ersatzlösungen entstünden. Der Appell an die Verantwortlichen, die gemeinsamen Interessen vor einseitige lokale Überlegungen zu stellen, hat bereits landesweit Wirkung gezeigt.

Die Universitätsklinika – Beitrag Nummer 32 – können dem Land jährlich 3 Millionen € an Zinsaufwendungen allein dadurch ersparen, dass sie Investitionsmittel erst dann abrufen, wenn sie wirklich benötigt werden. Die Untersuchung des Rechnungshofs zeigt darüber hinaus, dass durch die Rechtsformänderung zwangsläufig Mittel dem originären Finanzkreislauf des Landes entzogen werden, die heute eigentlich in der Landeskasse fehlen. Die größere Selbstständigkeit hat also ihren Preis.

Der Gesetzgeber hat mit der Neuregelung zur Verlustverrechnung – Beitrag Nummer 29 – das Einkommensteuerrecht wesentlich komplizierter gestaltet. Die Bestimmungen sind für die Verwaltungen und die Steuerpflichtigen kaum mehr nachvollziehbar. Das Ziel, mit der Einführung der Mindestbesteuerung die Einnahmesituation zu verbessern, wird nicht erreicht werden. Stattdessen sind künftig Mindereinnahmen zu befürchten. Ich halte das für ein Beispiel dafür, dass eine grundsätzlich richtige Maßnahme im Steuerdickicht untergeht und das Gegenteil bewirkt – was sehr für die heute schon angesprochene Steuervereinfachung spricht.

Weitere Mindereinnahmen können entstehen, wenn die Verwaltung ihre Vorgaben nicht zeitnah umsetzt, wie es bei der einkommensteuerlichen Behandlung hoher Kirchensteuererstattungen – Beitrag Nummer 30 – geschah. Auf Druck des Rechnungshofs konnten gerade noch knapp 4 Millionen € Steuern vor Eintritt der Verjährung festgesetzt werden.

Zum Haushaltsrecht nenne ich einige haushaltsrechtliche Vorgaben:

In den Landesvertretungen in Berlin und Brüssel – Beitrag Nummer 11 – waren ungenehmigte Konten vorhanden. Sogar Fehlbeträge waren einige Zeit lang nicht aufzuklären. Zumindest dieser Teil des Beitrags ist erledigt.

Auch beim Haus der Wirtschaft – Beitrag Nummer 12 – hat der Rechnungshof Reformbedarf bei der Anmietung von Lagerräumen, bei Vergabeverfahren und bei der Durchführung von Ausstellungen festgestellt.

Erwähnen möchte ich noch die Spende der früheren Landesholding an die Musikschulakademie Schloss Kapfenburg, Beitrag Nummer 15.

Etwas zur Wirtschaftlichkeit generell und zu Zuwendungen.

Der Rechnungshof hat sich mit den Ausgaben für Planung und Bauüberwachung – Beitrag Nummer 9 – beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen – so ist er verblieben –, dass die Verwaltung ihre Aufgaben wirtschaftlicher und zielgerichteter ausführen könnte. Wir haben der Landesregierung daher aufgegeben, die Vorschläge des Rechnungshofs zur deutlichen Senkung der Planungs- und Bauüberwachungskosten umzusetzen und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung der Straßenbauverwaltung aufzuzeigen. Der Landesrechnungshof und mit ihm der Finanzausschuss halten eine Priorisierung der Maßnahmen für dringend erforderlich.

(Abg. Drexler SPD: Er will ja weiter sparen!)

Bei der Planung und dem Bau von Rad- und Gehwegen fehlen Richtwerte.

Ich möchte nur noch nennen: Es war auch nicht einfach, Wirtschaftlichkeit und politische Funktion beim Haus der Heimat in Einklang zu bringen.

Ich werde noch eine Minute überziehen, um dem Rechnungshof zu danken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Nein, Frau Lazarus, Sie haben schon eine Minute überzogen. Kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Ja. – Sehr verehrter Herr Präsident Frank, ich glaube, nicht nur für mich zu sprechen, wenn ich die besondere Wachsamkeit und Unterstützung der Finanzkontrolleure als unverzichtbare Begleitung unserer parlamentarischen Arbeit schätze. Diesen Satz wollte ich gesagt haben – ich glaube, für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Beifall des ganzen Hauses!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, Herr Präsident Frank vom Landesrechnungshof, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Als ich meine Rede zu den Themen, die uns heute auch wieder beschäftigen, am 20. Februar 2003 mit dem Goethe-Wort „Man kann die Nützlichkeit einer Idee anerkennen und doch nicht recht verstehen, sie vollkommen zu nutzen“ schloss und damals die Hoffnung äußerte, dass diese Erkenntnis künftig auf die Landesregierung nicht zutreffen möge, glaubte ich noch, dass der Rech-

(Junginger)

nungshof mit seinen Warnungen und Befürchtungen zur bedrohlichen Schuldenentwicklung Gehör finden würde. Die weitere Haushaltshandhabung beweist dann allerdings, dass Regierung und Regierungsfraktionen beratungsresistent sind:

(Beifall bei der SPD)

kein Aufgabenabbau, keine Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen, keine Vorkehrungen bezüglich der absehbaren Steigerung der Pensionsverpflichtungen. Die Regierung hat schlicht und einfach versagt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stickelberger SPD: Nichts geht!)

Wann wird endlich die Einsicht gelten, dass alle Ausgaben, deren Notwendigkeit nicht belegt ist, unterbleiben müssen? Landesregierung und Landesstiftung liefern ständig Beispiele mit Aktivitäten, die alles andere als notwendig sind und eher an die Verschwendung öffentlicher Mittel denken lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine kurze Redezeit hindert mich, Ihnen die Beispiele ausführlich aufzulisten.

(Abg. Gall SPD: Schade!)

Wer sich allerdings der interessanten Lektüre der Denkschrift 2003 des Landesrechnungshofs mit 288 Seiten gewidmet hat, kennt die Beispielfälle für Missmanagement, Verschwendung und Fehlförderungen. Allerdings habe ich nach allen bisherigen Erfahrungen Zweifel, ob die Denkschrift und die umfangreichen Drucksachen über die Beratung im Finanzausschuss gelesen und ob sie, wenn sie denn gelesen wurden, auch verstanden worden sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Ich will mich auf folgende Themen aus der Denkschrift beschränken: Konsolidierung, Landesvertretung in Berlin und Brüssel, Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Haus der Heimat in Stuttgart und „Schulleitung von Verwaltungsroutine befreien“.

Bevor ich allerdings darauf eingehe, darf ich für die SPD-Landtagsfraktion erklären, dass wir den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses, die er in seinen Sitzungen vom 16. Oktober, 13. November und 4. Dezember 2003 gefasst hat, zustimmen.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn die Regierung?)

Gleichzeitig nehme ich die Gelegenheit wahr, ausdrücklich zu erklären, dass wir bereit sind, von den Darlegungen des Landesrechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung, zum Haushaltsplan, zum Haushaltsvollzug und zu der bedenklichen Entwicklung der Landesschulden Kenntnis zu nehmen.

Wir sind auch bereit, die Landesregierung in Bezug auf die Landeshaushaltsrechnung 2001 zu entlasten und die in der Landeshaushaltsrechnung 2001 nachgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben nebst den Abweichungen von den Stellenübersichten unter ausdrücklicher Beachtung aller einschlägigen Feststellungen des Landesrechnungshofs nachträglich zu genehmigen.

Schließlich sind wir auch bereit, den Präsidenten des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2001 zu entlasten.

Dabei muss ich auch in diesem Jahr wieder anmerken: Es ist außerordentlich betrüblich, dass bei diesem wichtigen Punkt, der in der Landesverantwortung liegt, die Regierungsfraktionen absolut unzulänglich vertreten sind. Noch schlimmer ist das Bild, das sich mir beim Betrachten der Regierungsbank bietet:

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Außer einem Staatssekretär hält es niemand von der Regierung für nötig, sich mit den Punkten auseinander zu setzen, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes von besonderer Bedeutung sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Sehr gut! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Absolut falsch!)

Da in den angesprochenen Punkten einstimmige Beschlüsse zu erwarten sind, gibt mir das Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofs und der Rechnungsprüfungsämter, der Führung wie auch allen anderen Ebenen, für die geleistete Arbeit und das offenkundige Engagement sowie die stets aufs Neue zu erkämpfende Unabhängigkeit

(Beifall bei der SPD und des Abg. Seimetz CDU)

und die selbstbewusste Wahrnehmung der Kontroll- wie auch der Beratungsaufgaben Dank zu sagen.

Wir erkennen auch ausdrücklich an, dass die unabhängige Instanz Landesrechnungshof mit ihren Denkschriften und beratenden Äußerungen eine große Vielzahl von Hinweisen und Anregungen zu einer sparsameren und effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel durch die Regierung und die gesamte Landesverwaltung gegeben hat und gibt.

Wir sichern ausdrücklich unsere Unterstützung bei der Sicherung von Finanzkontrolle, bei der begleitenden Beratung von Landesregierung und Landtag, bei der Darstellung von nachhaltigen Verbesserungspotenzialen, bei Planung, Verfahren und Organisation staatlicher Aufgaben, bei den Anstößen zur Evaluation von Fördermaßnahmen oder von Verwaltungsabläufen bei allen Kontrollorganen zu. Wir erneuern unsere Zusage, Vermeidungsstrategien und Verbesserungsvorschläge als Folge der Aufdeckung von Missständen, Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung mitzutragen und das Unvermeidbare im Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Beratung sachdienlich aufzulösen.

In diesem Zusammenhang würdigen wir ebenfalls ausdrücklich die qualifizierte und warnende Stellungnahme zu den Vorgehensweisen bei der flächendeckenden Einführung von NSI. Dies ist ein Tiefpunkt in der Landesgeschichte. Was sich dort ereignet hat, ist Verschwendung öffentlicher Mittel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Nur! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

(Junginger)

Vor elf Monaten habe ich angedeutet – ich darf das noch einmal wiederholen und mich selber zitieren –, dass auch die Vertretungen des Landes in Berlin und Brüssel sowie die Aufblähung des Staatsministeriums in offenkundigem Gegentrend zu allen anderen Landesbehörden Anlass für Leistungsnachweise der einzigen unabhängigen Kontrollinstanz neben der Parlamentsopposition bieten können. Ich darf feststellen: In der Denkschrift 2003 ist mein Wunsch in Erfüllung gegangen. Meine Befürchtungen haben sich in schrecklichster Weise bestätigt. Was wir über die Aufblähung der Landesvertretungen, über die Unordnung, die dort herrschte, lesen, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Stickelberger SPD: Skandal! – Abg. Drexler SPD: Genau! Skandal!)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle stichwortweise zu den angesprochenen neuen Punkten kommen:

Konsolidierung des Haushalts ist weiterhin geboten. Was bedeutet das? Ein sorgsamer Umgang mit Vermögen des Landes und mit Haushaltsmitteln ist erforderlich und geboten. Der Umfang von verlagerten Verpflichtungen des Landes ist problematisch. Einzelfälle zeigen einen kritischen Umgang mit haushaltsrechtlichen Regelungen. Einrichtungen des Landes können – im Querblick – ihre Aufgaben wirtschaftlicher wahrnehmen. Es gilt, das Personal rationeller einzusetzen und die Wahrnehmung der Personalaufgaben auch präventiv durchzuführen. Der Rechnungshof hält noch Hunderte von Stellen für einsparbar, ohne dass die Leistungsangebote der Verwaltung in irgendeiner Weise beeinträchtigt sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Warum machen die das nicht?)

Genauso lesen wir unter dem Kapitel „Konsolidierung“: Die Effizienz von Förderungen ist zu steigern. Es ist ein – so sage ich einmal – debattenfüllendes Thema, wie Förderungen nicht die Zielvorgaben erreichen, mit welchen Mitteln und Ausgaben Förderbeträge unangemessen verteilt werden.

(Abg. Drexler SPD: Zum Beispiel, ja!)

Was die Vertretungen beim Bund und bei der Europäischen Union anbetrifft, so ist doch außerordentlich bedenklich gewesen, dass das Stichwort lautet: laxer Umgang mit haushaltsrechtlichen Vorgaben. Ausdrücklich zu monieren ist: Aufwendungen werden im Haushaltsplan nicht transparent ausgewiesen. Abordnungen führen dazu, dass der Personalkörper so aufgebläht ist, dass wir weit und breit kein Bundesland finden, das sich vergleichbare Einsätze leisten könnte.

(Abg. Drexler SPD: Baden-Württemberg ist wieder Spitze, im Pfusch!)

Baden-Württemberg befindet sich jeweils im Spitzenfeld bei Unterbringungskosten und Personalausstattung. Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs war bei beiden Vertretungen zum Teil mangelhaft.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So was!)

Ja gibt es denn so etwas, bei der hoch qualifizierten Ausstattung gerade dieser Vertretungen mit B-Besoldungs-Spitzenkräften?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich! – Abg. Drexler SPD: Lauter B-9-Beamte! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Das dritte Stichwort lautet „Haus der Heimat“. Unabhängig von der Frage, welche Aufgaben dort zukunftsfähig wahrgenommen werden, ist festzustellen – es ist außerordentlich wichtig, dass das einmal untersucht worden ist –, dass bisher mit einem überzogenen Personaleinsatz, mit überzogenen Sachkosten und mit zu geringen Einnahmen Aufgaben wahrgenommen worden sind, die grundsätzlich auch in anderen Strukturformen ohne Beteiligung des Landes als Institution wahrgenommen werden können. Was der Rechnungshof diesbezüglich aufgezeigt hat, hat ja zu Anpassungen und Änderungen geführt. Trotzdem ist es bedauerlich, dass die zentrale Kritik, die geübt worden ist, von der Regierung, vom Ministerium kurzerhand zur Seite gewischt worden ist mit der Begründung, es sei nicht gerechtfertigt, darüber nachzudenken, ob sich die Aufgaben, die sich aus dem Bundesvertriebenengesetz ergeben, nicht auch in einer Form mit wesentlich geringerem Personal- und Sachkosteneinsatz mindestens gleich gut wahrnehmen ließen. Ich meine, das sollte uns weiterhin noch intensiv beschäftigen. Denn das, was dort an positiver Arbeit geleistet wird, rechtfertigt es nicht, diese Strukturen aufrechtzuerhalten, die eine absolute Überfinanzierung dargestellt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Da ich die Redezeit noch nicht so sehr überzogen habe wie die Kollegin Lazarus, nehme ich mir auch noch den letzten Punkt vor:

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn die Regierung?)

Schulleitungen an allgemein bildenden Schulen sind von Verwaltungsroutine zu befreien. Dies wäre ein Schritt,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

der endlich auch einmal in der Aufgabenstellung dazu führte, dass mit wesentlich geringeren Kosten Arbeiten durchgeführt werden könnten, für die man keine hoch qualifizierten Spitzenpädagogen braucht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir werden entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses im Auge zu behalten haben,

(Abg. Drexler SPD: Wo ist die Regierung?)

inwieweit das, was wir im Wesentlichen einstimmig verabschiedet haben, auch in der Verwaltungs- und Regierungspraxis seinen Niederschlag findet.

(Junginger)

Auf jeden Fall dem Rechnungshof für diese Denkschrift 2003, mit der er uns aufgezeigt hat, was im Lande besser und anders werden kann, vielen Dank.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Denkschrift 2003 hat keine Skandale offenbart,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Was? Das war im Vorjahr!)

und sie hat auch keine gravierenden Fälle öffentlicher Verschwendung ans Tageslicht gebracht.

(Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie jetzt schon von der Landesvertretung reden: Haben Sie die Denkschrift überhaupt gelesen? Wissen Sie überhaupt, worum es geht?

(Abg. Junginger SPD: Die Kasse war nicht in Ordnung! Keine Belege!)

Zum einen geht es darum, dass für die Übernachtungen dort bisher kassiert und eine Quittung ausgestellt wurde.

(Abg. Junginger SPD: Keine Belege! Keine Kassenprüfung!)

Das läuft jetzt über die Landesoberkasse in Metzingen. Das ist erledigt.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Zweite war, dass dort zum Beispiel eine Getränkekasse aufgestellt war,

(Zuruf von der SPD)

in die man gemäß einer Liste für jedes Getränk Geld hineinlegen konnte. Es handelt sich dabei um Minimalstbeträge. Summa summarum ging es um einen Verlust von angeblich 500 DM, 250 €. Sie machen ein Theater darum, als ob wir im Staatstheater drüben im Großen Haus sitzen würden.

(Zurufe von der SPD: Was? – Abg. Drexler SPD: Das war Ihr Mann in Berlin! B 9!)

Die bisherigen Denkschriften des Rechnungshofs haben eine ganze Fülle von Anregungen und Hinweisen für einen sparsamen und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln erbracht. Die Verdienste des Rechnungshofs – –

(Abg. Drexler SPD: Alles Filz!)

– Wir müssen nur nach Nordrhein-Westfalen schauen, dann sehen wir den Filz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Drexler und Junginger SPD)

Die Verdienste des Rechnungshofs um eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sind unstrittig. Das Parlament würdigt dies am besten dadurch, dass die Denkschrift des Rechnungshofs zügig beraten wird, dass die Anregungen des Rechnungshofs aufgegriffen werden und dass genauestens auf die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse des Landtags geachtet wird.

Die besondere Stellung des Rechnungshofs wird auch dadurch deutlich, dass – Vorredner haben es auch schon gesagt – bei der Beratung der Denkschrift des Rechnungshofs fast immer Einstimmigkeit im Finanzausschuss erreicht werden konnte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen war dies auch bei der Denkschrift 2003 der Fall. Auch dies belegt das Vertrauen, das dem Rechnungshof entgegengebracht wird.

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen. Das meiste haben wir ja einstimmig beschlossen.

(Abg. Drexler SPD: Kompetenzen! Wo bleiben die?)

Wir verdanken der Denkschrift 2003 eine Fülle von Anregungen für einen sparsameren, effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln. Ich will einige wenige zumindest kurz ansprechen.

Wir wollten die Sicherstellung, dass das Landesamt für Besoldung und Versorgung seinen Mitteilungspflichten bei eingehenden Pfändungen und Abtretungen gegenüber den personalverwaltenden Dienststellen vollständig und auch zeitnah nachkommt.

Bei Nummer 6 wollten wir die Vereinheitlichung der IuK-Arbeitsplatzausstattung, um die Grundlage für größere Vergaben zu schaffen.

Zu Nummer 7 beschlossen wir, dass hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftlichkeit der IuK-Aus- und -Fortbildung die Personalausstattung der IuK-Anwender- und -Systembetreuung anhand der Betreuungsquote von 1 : 70 überprüft wird und entbehrliche Stellen abgebaut werden.

Bei Nummer 9 – Priorisierung von Straßenbauprojekten; Planungskosten – wollten wir, dass für Projekte des Bundesverkehrswegeplans und für Landesstraßen die Instrumente zur Priorisierung und Festlegung einer Rangfolge, wie vorgegangen werden soll, weiterentwickelt werden. Außerdem sollten Instrumente eingeführt werden, die es ermöglichen, die Planungs- und Bauüberwachungskosten von Fernstraßenprojekten zu ermitteln. Auch dies wurde einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, was die Vertretung des Landes Baden-Württemberg betrifft: Die Auslastung des Berliner Gästehauses wurde bemängelt. Sie soll erhöht werden. Die Belegung des in Brüssel erworbenen Gebäudes soll dargestellt werden.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Dies ist auf dem besten Wege. Im Veranstaltungsbereich beider Landesvertretungen sollen die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan getrennt ausgewiesen und soll eine Neuregelung für den Kostenersatz bei Fremdveranstaltun-

(Kleinmann)

gen erarbeitet werden. Dem wird entsprochen. Der Zahlungsverkehr der Landesvertretungen wird bereits heute möglichst weitgehend über die Landesoberkasse abgewickelt.

Ich komme zu Nummer 12: Haushalts- und Wirtschaftsprüfung beim Haus der Heimat in Stuttgart. Hören Sie gut zu! Hierzu haben wir beschlossen, den vorhandenen Stellenbestand um drei Stellen zu reduzieren. Ich füge gleich hinzu: Dies bedeutet für mich noch nicht das Ende der Fahnenstange.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aha!)

Die Mieten für die Geschäftsräume der Vertriebenenverbände sind angemessen zu erhöhen, die Organisationsstruktur ist zu überprüfen, und – das ist das Allerwichtigste an der ganzen Sache – es ist zu prüfen, inwieweit sich durch Übertragung von Aufgaben an die Vertriebenenverbände und an ein Regierungspräsidium weitere Einsparpotenziale im Personal- und Sachbereich erschließen lassen. Da sind wir sicherlich noch dran, und das wird uns noch einige Zeit, Herr Präsident Frank, beschäftigen.

Wir kommen zu Nummer 13 – Schulleitung an allgemein bildenden Schulen –, hier im Sinne einer Aufgabenkritik. Es ist wichtig, dass diese vorgenommen wird, bevor wir hier irgendwelche Maßnahmen ergreifen. Die von den Schulleitern selbst wahrzunehmenden Tätigkeiten sollen auf wirkliche Führungsaufgaben reduziert und die Schulleiter von administrativ-organisatorischen Arbeiten der Alltagsroutine so weit wie möglich entlastet werden.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das ist die Neudefinition des Aufgabenspektrums Schulleitung.

Wir kommen zu Nummer 17 – Förderung der Verbraucherzentrale. Dieses Thema ist noch nicht angesprochen worden. Wir sind der Meinung, dass die Verwendungsnachweise der Verbraucherzentrale zeitnah geprüft und erkennbare Steuerungsmöglichkeiten genutzt werden sollten. Außerdem soll dafür Sorge getragen werden, dass die Verbraucherzentrale jährlich einen ausgeglichenen Haushalt erreicht, unter anderem dadurch, dass sie ihre Eigeneinnahmen weiter steigert, die Kosten ihrer Arbeit reduziert und die Öffnungszeiten der Beratungsstellen sowie die Telefonberatung kundenfreundlicher gestaltet.

Meine Damen und Herren, nun zu Nummer 21, zum Thema PLENUM: Hierzu haben wir beschlossen, dass bei laufenden und künftigen Projekten im Bereich PLENUM die Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen sind und insbesondere klare und messbare Ziele für jedes PLENUM-Projekt formuliert werden sowie die Aufgaben von PLENUM, Landschaftserhaltungsverbänden und Naturparks klarer definiert und aufeinander abgestimmt werden.

Beim Rad- und Gehwegebau soll eine Prioritätenliste für die durchzuführenden Vorhaben erstellt und sollen hierfür qualitative und quantitative Kriterien herangezogen werden, um eine fundierte Entscheidung für oder gegen einen Radweg und dessen Dringlichkeit treffen zu können.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Dann zur neuen Rechtslage der Verlustverrechnung gemäß § 2 Abs. 3 und § 10 d des Einkommensteuergesetzes: Mithilfe weiterer Optimierungen der DV-Unterstützung und der Arbeitshilfen sowie mit gezielten Fortbildungsmaßnahmen soll für eine verbesserte Umsetzung der Neuregelungen zur Verlustverrechnung gesorgt werden.

All dies sind nur kleine Punkte, aber zusammengenommen können sie und die vielen anderen Anmerkungen des Rechnungshofs, auf die ich jetzt nicht eingehen kann, doch einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Effizienz der Landesverwaltung sowie zur Steigerung von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Umgang mit öffentlichen Mitteln leisten.

Meine Damen und Herren, im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion danke ich dem Rechnungshofpräsidenten, Herrn Frank, und den fünf Direktoren sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich hoffe, dass wir auch weiterhin hervorragend zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

(Abg. Seimetz CDU: Die fängt gleich mit dem Dankeschönsagen an; dann ist sie schneller fertig!)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mittel im Land sollen sparsam und wirtschaftlich verwendet werden. So verlangt es § 7 der Landeshaushaltsordnung. Wenn Sie einmal einen Blick in die diesjährige Denkschrift werfen, dann wird gleich klar, dass das nicht immer so ist; sonst wäre diese Denkschrift nicht so dick.

Der Rechnungshof blickt wie schon in den Vorjahren sorgenvoll auf unseren Landeshaushalt, die zunehmende Belastung durch den permanent steigenden Schuldendienst und den immensen Anstieg der Versorgungsausgaben. Im Jahr 2004 sind es bereits 2,4 Milliarden €. Er kritisiert, dass die zukünftigen Risiken wie die Pensionslasten nicht transparent dargestellt werden. Kollegin Lazarus hat darauf hingewiesen, dass es auf Bundesebene eine Initiative mit dem Ziel gibt, dass alle Bundesländer diese künftigen Pensionslasten in ihren Haushalten ausweisen. Frau Kollegin Lazarus, wir brauchen dazu nicht die anderen Bundesländer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Föderalismus! – Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Wir können das problemlos in unserem Haushalt ausweisen und, weil wir, wie Sie immer so schön sagen, besser sind, in dieser Sache vorangehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir sind auch besser!)

Es spricht meines Erachtens nichts dagegen. Legen Sie einen ehrlichen, einen transparenten Haushalt vor, in dem diese zukünftigen Lasten schlicht und ergreifend ausgewiesen sind!

(Heike Dederer)

Dazu gehört auch das Thema Landesstiftung. Auch die gehört in den Landeshaushalt mit hinein. Auch das gehört für mich zu einem transparenten Haushalt.

Zur Transparenz, meine Damen und Herren, gehören auch die vorfinanzierten Bauprogramme, die über die Baufinanz finanziert werden, wie Straßenbauprogramme, und NSI. Alles in allem summiert sich das bei der Baufinanz mittlerweile auf eine halbe Milliarde Euro Schulden. Zins und Tilgung werden in künftigen Jahren den Landeshaushalt belasten, meine Damen und Herren. Es wäre überhaupt kein Problem – der Rechnungshof bestätigt das in seiner Denkschrift –, die Kreditaufnahme und auch das Bestandsmanagement über das Finanzministerium abzuwickeln. Dazu kann Herr Staatssekretär Rückert nachher sicher noch etwas sagen. Wir würden in diesem Punkt gerne dem Rechnungshof folgen und die Baufinanz auflösen – Schluss mit den Schattenhaushalten und den Schattenschulden!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in seinem Vorwort zur Denkschrift 2003 beschreibt der Rechnungshof bereits die wesentlichen Aufgaben, die wir zu leisten haben: Wir müssen den Haushalt durch Personalabbau, durch Aufgabenkritik und mittels einer Durchforstung der Förderprogramme sanieren. In der Frage, wie das geht, hilft uns die alljährliche Denkschrift mit Beispielen. Ich möchte nur einige Highlights aus dieser Denkschrift erwähnen.

Besonders interessant war für mich, dass es in der Landesverwaltung offensichtlich noch Behörden mit einer Schuhschachtel-Buchhaltung gibt.

(Abg. Kübler CDU: Was ist denn das?)

Nach der Prüfung des Rechnungshofs hoffe ich, dass es sie künftig nicht mehr geben wird. Meine Aussage bezieht sich auf die Landesvertretung in Berlin, meine Damen und Herren. Ich hoffe, Sie haben den Bericht des Rechnungshofs gelesen;

(Abg. Kübler CDU: Nur!)

da steht das nämlich schwarz auf weiß drin, Herr Kollege Kübler. In Berlin haben Sie, wie der Rechnungshof feststellt, auch zu viel und zu hoch dotiertes Personal. Kürzlich hätten Sie die Chance gehabt, an dieser Stelle zu kürzen. Wir hatten eine entsprechende Debatte hier im Landtag. Sie haben die Chance nicht genutzt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Traurig!)

Meine Damen und Herren, ich empfinde das mittlerweile als peinliche Angelegenheit – nicht nur für die FDP/DVP, sondern auch für die CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit weiteren Vorschlägen rennt der Rechnungshof bei uns offene Türen ein. Ein Prüfpunkt waren die Planungskosten beim Straßenbau. Für die Landesregierung ist das schlicht und ergreifend eine schallende Ohrfeige. Die Kritik des Rechnungshofs ist hier in vollem Umfang berechtigt. Sie konkretisiert unsere Kritik, die wir seit vielen Jahren formulieren: Es werden zu viele Projekte „auf Halde“ geplant, die nicht finanzierbar sind und schlichtweg nie realisiert werden können. Es entstehen unnötige Planungskosten, und es ist dringend notwendig, dass eine Priorisierung vorgenommen wird und dass es mehr Effizienz in der Straßenbauverwaltung gibt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir freuen uns, dass die Landesregierung in diesem Punkt langsam ein Einsehen hat. Das wird sicher auch den Rechnungshof freuen. Erstmals werden diese Planungsleistungen Dritter im Jahr 2004 gekürzt. Man muss einfach feststellen, dass Geldmangel hier doch den einen oder anderen Unsinn verhindert.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir müssen natürlich auch mit solchen Empfehlungen des Rechnungshofs leben, die vielleicht nicht unseren politischen Vorstellungen entsprechen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zum Beispiel?)

– Das kann ich hier ganz offen sagen. Ein Beispiel ist das PLENUM-Projekt; es wurde vom Kollegen Kleinmann schon angesprochen. Es ist – das kann ich vorweg sagen – natürlich in unserem Interesse, dass Projekte wirtschaftlich durchgeführt und anschließend auch evaluiert werden. Das soll künftig bei den PLENUM-Projekten auch so sein. Im vorliegenden Fall gab es einfach Kinderkrankheiten. Sie können den Erfolg dieses Projekts nicht schmälern. Die biologisch bewirtschafteten Flächen haben sich vervierfacht. Die Marke „Von hier“ ist entstanden. Die PLENUM-Konzeption beschränkt sich ja nicht nur auf reine Naturschutzmaßnahmen. Auch die landwirtschaftliche Vermarktung wird gefördert, der Tourismus und generell die Wirtschaft im ländlichen Raum. Wir halten das wirklich für eine gute Sache.

(Beifall bei den Grünen)

Der CDU ging es sicherlich beim Haus der Heimat ähnlich: Ihnen haben die Empfehlungen des Rechnungshofs dazu nicht so sehr gefallen. Ich muss feststellen, dass Sie einfach Angst vor Auseinandersetzungen mit den Landsmannschaften haben.

(Abg. Heinz CDU: Wir haben gar nichts!)

Wir stehen in diesem Fall zu der Empfehlung des Rechnungshofs. Die Kritik an der Haushalts- und Wirtschaftsführung ist in hohem Maße plausibel, meine Damen und Herren. In diesem Beitrag wird deutlich, dass nicht die wertvolle Arbeit des Hauses der Heimat kritisiert wird, sondern einfach dessen Struktur und die fehlende Wirtschaftlichkeit. 640 000 € könnte man durch die Schließung des Hauses der Heimat sparen und – das sage ich hier ausdrücklich dazu – dieses Geld sinnvoll für die Integration von neu ankommenden Aussiedlern einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

(Heike Dederer)

Aber unterm Strich darf man die Haushaltslage nicht völlig ausblenden.

Ich möchte an dieser Stelle auch kurz auf die Rolle des Rechnungshofs eingehen. Grund ist eine Kritik des Kollegen Winckler von der CDU im Finanzausschuss. Ich darf aus dem Ausschussbericht zitieren.

(Abg. Capezzuto SPD: Der ist doch gar nicht da!)

Herr Winckler hat gesagt, der Rechnungshof wage sich manchmal etwas zu weit vor und der Rechnungshof habe nicht das Recht, sich in politische Entscheidungen einzumischen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sagt Winckler! Unglaublich! – Abg. Stickelberger SPD: Der ist ja selber so eine Art Rechnungshof! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist der personifizierte Rechnungshof!)

Er ist jetzt leider nicht hier, aber ich empfehle dem Kollegen Winckler dringend, einen Blick in unsere Landeshaushaltsordnung zu werfen. Da steht nämlich klipp und klar drin – ich darf zitieren –, dass der Rechnungshof neben den Aufgaben, die er hat – Prüfung von Einnahmen und Ausgaben etc. –, uns in seiner Denkschrift „Maßnahmen für die Zukunft“ empfiehlt. Da ist keine Einschränkung enthalten, dass sich der Rechnungshof nicht dazu äußern darf, was wir zu tun haben, dass er keine politischen Empfehlungen geben darf. Der Rechnungshof ist völlig frei bei der Abgabe seiner Empfehlungen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Mappus CDU: Aber wir auch!)

Das möchte ich hier noch einmal betonen. Die Aussage des Kollegen Winckler kann ich in diesem Fall nur als politisch motiviert abtun. Es passt ihm einfach nicht, wenn der Rechnungshof in diesem Punkt eine andere Meinung hat. So geht es nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Aber die Entscheidungsfreiheit des Souveräns wollen Sie nicht anzweifeln!)

Meine Damen und Herren, es wurde dem Rechnungshof ja abgesprochen, dass er überhaupt politische Empfehlungen geben darf. Ich empfehle Ihnen, sich einmal den Ausschussbericht anzuschauen. Da können Sie das genau nachlesen.

(Abg. Hauk CDU: Darüber kann man auch streiten!)

Meine Damen und Herren, die diesjährige Denkschrift zeigt wieder auf, dass wir gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wirklich effizient umzugehen. Insbesondere beim Einsatz von Personal gibt es noch Wirtschaftlichkeitspotenziale. Das hat Kollege Kleinmann vorhin schon erwähnt.

Ich denke, Herr Präsident Frank, dass Ihre Arbeit nicht umsonst ist, auch wenn Kollege Junginger solche Befürchtungen geäußert hat.

(Abg. Capezzuto SPD: Er hat das eingeschränkt: Er hat „teilweise“ gesagt!)

Am Schluss Ihrer jährlichen Denkschrift gehen Sie ja immer auch auf die Auswirkungen der vorangegangenen Denkschriften ein.

(Abg. Capezzuto SPD: Konstruktive Kritik ist schon angebracht!)

Wenn man das liest, dann wird doch deutlich, dass einiges umgesetzt und verbessert wird. Ich möchte mich daher bei Ihnen und bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für die Arbeit bedanken und für die Unterstützung, die ja weit über diese Denkschriften hinausgeht.

Wir werden die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Staatssekretär Rückert: Darf ich auch noch?)

– Entschuldigung! Herr Staatssekretär Rückert, Sie haben das Wort.

(Abg. Fischer SPD: Man meint, von der Regierung sei gar niemand da!)

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Rechnungshofpräsident Frank! Mit Respekt darf ich feststellen, dass die Mitglieder des Finanzausschusses zügig, ausführlich und sorgfältig in den letzten Monaten in drei Sitzungen die Ergebnisse des Rechnungshofs – Prüfungsbemerkungen, Feststellungen zum Haushalts- und Finanzgebaren des Landes – beraten haben und auch zu Beschlussempfehlungen gekommen sind.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Manchmal hat es ein bisschen länger gedauert!)

Unser Herr Finanzminister hat in der letzten Woche in seiner Etatrede zum Haushalt 2004 die Gesamtzusammenhänge der haushaltspolitischen Lage in unserem Land – auch im Vergleich zu anderen Ländern und im Bundesvergleich – dargestellt. Heute Vormittag haben die Fraktionen des Hauses das in einem politischen Schlagabtausch bewertet. Deswegen möchte ich jetzt auf dieser Ebene nicht fortfahren. Aber ich möchte doch einen Aspekt als allgemeine Betrachtung in die Diskussion bringen, der, glaube ich, über die parteipolitischen Grenzen hinweggeht.

Wir sollten uns, wenn wir über die Finanzsituation der öffentlichen Hände reden, darüber im Klaren sein, dass sich in den letzten zehn, zwölf Jahren für alle öffentlichen Hände – Bund, Länder und Gemeinden; egal, wie sie auch immer politisch geführt sind – dramatische Veränderungen aus folgenden Gründen ergeben haben – ich meine, drei Faktoren dabei nennen zu müssen –:

(Staatssekretär Rückert)

Wir haben zum einen den gemeinsamen Markt rund um den Erdball, Markt ohne Grenzen. Wir müssen feststellen, dass wir als Hochlohnland mit einer sehr hohen Kostenbelastung der einzelnen Produkte nunmehr nicht nur darauf stolz sein können, gute Produkte zu exportieren, sondern dass dieser weltweite Wettbewerb

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

letztendlich auch dazu geführt hat, dass Arbeitsplätze exportiert werden und dass Steueraufkommen exportiert worden ist. Das schlägt sich bei uns im Haushalt nieder.

(Abg. Fischer SPD: Herr Staatssekretär, das hat doch nichts mit dem Rechnungshof zu tun! – Abg. Gall SPD: Keine Haushaltsrede! – Abg. Zeller SPD: Sie sind in der falschen Veranstaltung!)

– Ich werde doch zwei, drei allgemeine Aussagen vorneweg machen dürfen.

(Abg. Zeller SPD: Das haben wir doch heute Morgen schon gemacht! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Hören Sie einfach einmal zu! – Unruhe)

– Entschuldigung! Die mache ich jetzt, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die zweite Feststellung ist: Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns seit Anfang der Neunzigerjahre zu Recht über die Wiedervereinigung freuen, dass aber seit dieser Zeit auch Jahr für Jahr 85 Milliarden € von West nach Ost transferiert werden, die in den Haushalten des Westens fehlen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hat das der Rechnungshof kritisiert? – Abg. Haller SPD: Völlig neu! – Abg. Gall SPD: Das hat der Rechnungshof nicht kritisiert!)

– Ich wollte Gesamtzusammenhänge herstellen.

Drittens erleben wir eine demographische Entwicklung, bei der uns in zunehmendem Maße Kosten im Altenpflegebereich, im Krankenbereich, bei der Rentenversicherung usw. belasten.

Dies alles führt dazu, dass der finanzielle Spielraum unseres Haushalts in zunehmendem Maße eingeengt ist.

Und wie sieht es mit dem Personalkörper aus? Wir haben im Land Baden-Württemberg etwa 200 000 Beschäftigte. 80 % davon, also 160 000, sind Lehrer, Polizeibeamte oder Justizbeamte – Bereiche, in denen wir miteinander der Meinung sind, dass wir nicht weniger, sondern mehr Stellen brauchen. Also hatten wir nur im Bereich der restlichen 20 % unseres Personalkörpers Spielraum: bei 40 000 Beschäftigten quer durch alle Ressorts hindurch. In diesem Bereich sind immerhin 10 000 Stellen abgebaut worden. Sie können jetzt diese 10 000 Stellen ins Verhältnis zur Gesamtzahl setzen. Sie können sie aber auch ins Verhältnis zu dem eigentlich nur möglichen Manövrierraum setzen. Dann sind das 25 % Stellenabbau, und das merken unsere Ressorts in einer ganz besonderen Dramatik.

Wenn ich das als Ausgangssituation sehe, wenn ich feststellen muss, dass letztendlich unser finanzieller und personeller Gestaltungsspielraum sehr eingeengt ist, dann bin ich der Auffassung, dass wir bei der Umsetzung des Landeshaushalts, wie er sich jetzt in der Haushaltsrechnung niederschlägt, gute Arbeit geleistet haben und uns im Bundesvergleich sehen lassen können.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das können wir bei diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll nehmen! Das haben wir heute schon einmal gehört!)

Bei einem so großen Personalkörper von über 200 000 Bediensteten ist es nicht ungewöhnlich, wenn sich da und dort bei der Umsetzung der Haushaltsvorgaben Defizite zeigen. Wir müssen festgestellte Mängel aufgreifen und dafür sorgen, dass die Anregungen und Feststellungen des Rechnungshofs ernst genommen werden.

(Abg. Gall SPD: Das war aber ein langer Anlauf!)

Der Rechnungshof hat in seiner Denkschrift verschiedene Bereiche herausgearbeitet, in denen Korrekturen und Verbesserungen vorzunehmen sind.

Da ist das Thema Personal. Ja, es stimmt: Wir müssen angesichts der Tatsache, dass über 40 % unserer gesamten Ausgaben Personalausgaben sind, in diesem Bereich restriktiv vorgehen und dort, wo immer es nur geht, auch an Abbaumaßnahmen denken. Die verschiedenen Stellenabbauprogramme sind Ihnen ja bekannt.

Es geht darum, dass wir diese sukzessive umsetzen. Wir müssen aber auch daran denken, dass gesetzgeberische Maßnahmen da und dort Personaleinsparungen ermöglichen können, und das muss über alle Parteigrenzen hinweg möglich sein. Ein Beispiel hierfür sei genannt: Wenn es uns gelingen würde, bei dem Vorhaben, die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umzulegen, Bund und Länder unter einen Hut zu bekommen, dann würden wir bei uns im Landeshaushalt glatte 400 Personalstellen einsparen können.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Da rennen Sie bei uns offene Türen ein!)

In der Denkschrift wird auch ein weiterer Block, nämlich der Einsatz der Datenverarbeitung, angesprochen. Wir wollen nicht bestreiten, dass hier weitere Optimierungsmöglichkeiten und Optimierungsnotwendigkeiten gegeben sind, etwa die Verbesserung des Projektmanagements bei der Entwicklung der Anwendungen im Justizbereich oder bei den Verfahren der Beschaffung von IuK-Geräten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir erkennen auch – und auch hier hat der Rechnungshof sicher zu Recht seinen Finger in die Wunde gelegt –, dass wir im Zuwendungsbereich, dort, wo wir Landesmittel an unterschiedlichste Destinatäre zuwenden, nochmals ernsthaft prüfen müssen, ob nicht unnötige Verfahren Personalstellen erfordern und unnötige Aufwendungen ergeben – das ist die eine Seite – und ob die Gelder, die wir zuwenden wollen, auch richtig eingesetzt sind. Da sind ja Beispiele – von der Verbraucherzentrale

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

über die berufliche Bildung, Gewerbegeländeerschließung und Förderung von Omnibusbetriebshöfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – genannt worden. Wir haben ja von Ihnen überall Aufträge bekommen, und ich sage zu, dass wir diese Aufträge nach besten Kräften umsetzen.

Wir nehmen nicht nur diese Einzelfeststellungen des Rechnungshofs ernst, sondern sehr wohl auch die Ergebnisse seiner beratenden Äußerungen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Rechnungshof macht sich viel Mühe, wenn er auf einer breiten Ebene solche beratenden Äußerungen macht. Auf ein Beispiel kommen wir nachher noch unter dem Tagesordnungspunkt „Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg“ zu sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind eine Vielzahl von Beispielen genannt, die hier im Einzelnen nicht aufgearbeitet werden können. Ich darf zusagen, dass die Regierung bereit ist, ernsthaft die von Ihnen im Finanzausschuss artikulierten Aufträge umzusetzen und der vorgegebenen Berichterstattung gerecht zu werden.

Sie können sich vorstellen, dass es mir in meiner Funktion als Staatssekretär im Finanzministerium ein großes Anliegen ist, mit geringer werdenden Ressourcen dennoch die Aufgaben zu erfüllen und besonders verantwortungsbewusst und sparsam mit den Ressourcen umzugehen, und dass die Konsolidierung des Landeshaushalts für uns eine ganz besondere Priorität hat.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eine solide und gegenüber den künftigen Generationen verantwortungsbewusste Haushaltspolitik ist ein entscheidender Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes und der Handlungsfähigkeit der Politik. Die Begrenzung der Personalkosten wird dabei unsere ganz besondere Aufmerksamkeit haben, und wir wissen, dass zum Beispiel die Pensionsverpflichtungen für die künftigen Haushalte

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ein ganz großes Problem sind!)

eine ganz besonders große Last sind; das ist eine Lawine, die da auf uns zukommen wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin nicht hier, um im Büßerhemd dazustehen. Wir dürfen auch feststellen – und das beweisen die Zahlen des Landeshaushalts und der Landeshaushaltsrechnung –, dass Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren im Vergleich zu anderen Ländern sehr wohl solide gewirtschaftet hat. Das erfüllt uns einerseits mit Stolz, verpflichtet uns aber auch zu besonderer Anstrengung, diese Position zu halten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ja, wir möchten gern diejenigen sein, die weiterhin auch im Länderfinanzausgleich eine Spitzenstellung halten können.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat mit dem Ausgabenverhalten gar nichts zu tun! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was hat das mit der Denkschrift zu tun?)

Aber es gibt nichts zu beschönigen. Wir müssen die Fragen, die in der Landeshaushaltsrechnung und in der Denkschrift zu kritischer Bewertung Anlass geben, aufgreifen. Wir werden sie umsetzen, und diese Umsetzung geht über die Denkschrift hinaus.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Abg. Seimetz CDU: Herr Palmer, bitte! Ruhe!)

Staatssekretär Rückert: Das bedeutet, wir werden nicht nur darauf drängen, die Einnahmeseite zu verbessern, sondern wir werden – meine Damen und Herren, das ist das Schwierigste für uns alle – unsere Ansprüche hinterfragen und zurückschrauben müssen,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

was bedeutet, dass wir Ausgaben reduzieren müssen und dass Aufgaben abgebaut und Strukturen verändert werden müssen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir werden Sie an Ihren Taten messen!)

Ich möchte den Rechnungshof ausdrücklich ermuntern und bitten, uns in einem konstruktiven Wettbewerb mit uns, mit der Regierung, bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hätte man auch gleich sagen können!)

– das gilt für Sie genauso – und verstärkt strukturelle Sparvorschläge zu machen. Das Know-how des Rechnungshofs soll diesem Zweck umfassend nutzbar gemacht werden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dederer?

Staatssekretär Rückert: Gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte schön, Frau Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Staatssekretär Rückert, verstehe ich Ihren gerade geäußerten Satz richtig, dass Sie unsere Einsparvorschläge künftig nicht mehr einfach ablehnen wollen?

(Abg. Seimetz CDU: Davon hat er keinen Ton gesagt! – Abg. Blenke CDU: Das hat er nicht gesagt! Wir machen selbst Einsparvorschläge! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist eine Interpretation!)

Staatssekretär Rückert: Sehr verehrte Frau Kollegin Dederer, ich erinnere mich an einen Satz des Herrn Finanzministers von heute früh, in dem er mit Blick auf die Wortbeiträge, die heute Vormittag von den verschiedenen Oppositionsparteien gekommen sind, deutliche Unterschiede gemacht hat.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Warme Worte nützen uns nichts! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was heißt das? – Abg. Junginger SPD: Schwacher Vortrag!)

– Nein, nein! Sie sollen sehr wohl wissen, dass wir bereit sind, Ihre Gedanken und Ihre Vorschläge ernst zu nehmen und abzuwägen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber dann abzulehnen!)

– Entschuldigung! Allein die Tatsache, dass Sie sie einbringen, begründet keinen Anspruch darauf, dass sie umgesetzt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Ausgezeichnet!)

Sie müssen es schon uns überlassen, dann aus unserer Sicht eine politische Gewichtung vorzunehmen.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Damit möchte ich zum Schluss kommen und namens der Landesregierung dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofs, seinen Direktoren und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit herzlich danken. Wir wissen, dass es seine Aufgabe ist, uns kritisch zu beleuchten. Zwar sind wir nicht immer einer Meinung, doch wissen wir, dass diese kritische Beleuchtung mit konstruktiven Vorschlägen verbunden ist. Wir wissen das auch zu schätzen. Ich meine, wir dürfen deswegen sehr wohl gemeinsam feststellen, dass das Land Baden-Württemberg, Regierung und Parlament, alles in allem auf ein gutes Haushaltsjahr 2001 zurückschauen können

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und dass wir allen Grund haben, dem Finanzausschuss für seine konstruktive Arbeit zu danken.

Ich möchte Sie bitten, nunmehr den Vorschlägen des Finanzausschusses Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Tagesordnungspunkts.

Ich rufe zunächst die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2700, auf. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2702, auf. Sie stimmen auch dieser Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Schließlich rufe ich die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2701, auf. Auch hier stimmen Sie zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen – Drucksache 13/1607

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes – Drucksache 13/1825

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gegebene Klassifizierung von Bundesstraßen und Landesstraßen bedarf wegen der Änderung in der Funktion des Verkehrs einer ständigen Überprüfung und gegebenenfalls einer Revision. Das bedeutet dann eben unter Umständen eine Abstufung von Bundesstraßen und eine Aufstufung von Landesstraßen. Das ist nach wie vor ein aktuelles und wichtiges verkehrspolitisches Thema, vor allem deshalb, weil sich in letzter Zeit bezüglich einer Neueinteilung in Baden-Württemberg nicht sehr viel getan hat, wenn man davon absieht, dass ein kleines Stück der B 31 in Freiburg umgestuft wurde. Aber das ist ja durch einen großzügigen Neubau ersetzt worden.

Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans ist aus unserer Sicht ein guter Anlass, diese Thematik erneut aufzugreifen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie dürfen aber auch gern dableiben und mir zuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und den Grünen)

Es ist allerdings gut, dass nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2000 der Bund nicht allein bestimmen kann. Man muss sich das interessante Vorhaben ansehen, das in der Stellungnahme der Landesregierung genannt ist. Der Bund meint, so genannte autobahnparallele Bundesstraßen müssten dringend abgestuft werden. Man muss sich schon genau ansehen, was auf dieser Vorschlagsliste steht. Darauf steht zum Beispiel die B 28 im Bereich Herrenberg mit dem geplanten Schlossbergtunnel. Meine Damen und Herren, die ist mitnichten autobahnparallel. Das

(Heiderose Berroth)

ist die Relation Tübingen–Calw. Die quert die Autobahn ziemlich genau im rechten Winkel.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Blenke CDU: Probleme mit der Mathematik!)

Recht verquer ist auch die Vorgehensweise des Bundes bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, so genannte lokale Verkehrsanteile einfach herauszurechnen und dann zu sagen: „Die Straße ist ja gar nicht so dicht befahren, wie ihr immer sagt.“ Sie müssen mir einmal sagen, wenn Sie da virtuell etwas herausrechnen, wo dann nachher der tatsächliche Stau herkommt, weil da eben eine Menge Verkehr ist. Ich frage ganz einfach: Sollen wir denn im Gegenzug, wenn auf der Bundesautobahn ein Stau ist, die Umleitung über Landes- und Kreisstraßen verbieten? Oder braucht man nicht gerade zum Beispiel die B 3 ganz dringend für solche Umleitungen, weil auf der A 6 halt dauernd Stau ist, viel öfter, als man es den Anwohnern an der B 3 zumuten kann?

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Also beides, sowohl das Argument „autobahnparallel“ als auch das Argument „lokaler Verkehrsanteil“, ist mit Sicherheit kein Abstufungskriterium, insbesondere solange die Bundesautobahnen nicht die notwendige Leistungsfähigkeit haben, weil sie eben nicht bedarfsgerecht ausgebaut sind.

Andererseits wäre im weiteren Verlauf der B 28 über Jettingen tatsächlich zu überlegen, ob hier durch die Neuplanung der B 28 a Rückstufungsverhandlungen durchaus sinnvoll wären. Allerdings muss uns der Bund dann vorher auf jeden Fall noch die Finanzierung der seit den Fünfzigerjahren – ich wiederhole: seit den Fünfzigerjahren! – notwendigen, inzwischen tatsächlich überfälligen Ortsumgehung zusagen. Dies zeigt: Jede einzelne Umstufung ist sorgfältig zu prüfen und nur streng bedingt vorzunehmen, allein schon wegen der Finanzierungsfrage.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Deshalb ist auch für jede Einzelmaßnahme eine eigenständige Vereinbarung zwischen Bund und Land erforderlich.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir haben noch Fragen an die Landesregierung. Zum Beispiel: Gilt die im Antrag genannte und im März 2002 vom Bund für Baden-Württemberg aufgestellte Liste für Abstufungsvorhaben noch?

Zweitens: Sind die Projekte an so genannten autobahnparallelen Bundesstraßen wie eben zum Beispiel Streckenabschnitte der B 3 im Rheintal wieder im Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan enthalten? Und ist das Land mit der derzeitigen Planungssituation einverstanden?

Drittens: Was ist denn der aktuelle Stand der einschlägigen Gespräche mit dem Bund, und wie ist der Zeithorizont für Umstufungsmaßnahmen? Diese Frage zielt natürlich insbesondere auf Aufstufungsnotwendigkeiten wie zum Beispiel bei der Relation Sigmaringen–Pfullendorf–Überlingen, im Bereich Mundelsheim–Backnang, bei der L 318 Leutkirch–Isny oder bei der L 185 Geisingen–Blumberg. Den zuletzt genannten Abschnitt bin ich kürzlich zweimal gefahren. Er war voll mit Lkws, deren Kennzeichen ausweisen, dass sie von weit her kommen. Das spricht ganz deutlich dafür, dass es sich eben um überregionalen Verkehr handelt.

Ich fasse die Position der FDP/DVP zusammen: Wir müssen die Klassifikation Bundes- und Landesstraßen der aktuellen und der zu erwartenden Funktion der jeweiligen Straße anpassen. Das erfordert schon die Rechtslage. Wir teilen andererseits den Standpunkt des Ministeriums für Umwelt und Verkehr, dass es wegen der Einzelfallprüfung und der verschiedenen finanziellen Dimensionen kein Junktim zwischen Auf- und Abstufungsmaßnahmen geben kann.

Die Thematik sollte aus unserer Sicht allerdings zügiger angegangen und behandelt werden, als dies in letzter Zeit der Fall war. Wir meinen, dass der jetzige Zeitpunkt im Zuge der Beratungen des Bundesverkehrswegeplans außerordentlich günstig wäre,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

weil man da auch noch Nachbesserungen vornehmen muss.

Zum Antrag der SPD-Fraktion, der mit aufgerufen wurde, werde ich nachher Stellung nehmen, zumal er sich ja nur in einem einzigen Punkt mit unserem Antrag deckt. Ich frage mich eigentlich, weshalb beide Anträge zusammen auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Aufschwung will befördert werden – dies gilt generell, aber dies gilt speziell auch für den Bereich der Mobilität. Dies gilt für Geschäftsreisen, für die Fahrt zur Arbeit, insbesondere auch für den Wirtschaftsverkehr, und zwar zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Straßen und Schienen, Wasserstraßen und Luftwege sind von hoher Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes. Ohne vernünftige Infrastruktur ist der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nichts wert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das legen Sie einmal allen Kolleginnen und Kollegen ins Fach, damit sie das auch alle kapieren!)

– Gut.

Der Generalverkehrsplan ist mit breiter Zustimmung – jetzt hören Sie einmal gut zu, was noch kommt – des gesamten Landtags von der Landesregierung 1995 auf den Weg gebracht worden. Ziehen wir nach nunmehr acht Jahren Bilanz, müssen wir leider feststellen: Die Landesregierung hat unter der Federführung des Verkehrsministeriums bzw. jetzt des Ministeriums für Umwelt und Verkehr die Messlatte so

(Göschel)

hoch gelegt, dass sie seitdem bequem untendurch marschieren konnte.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also: Die Halbzeitbilanz ist ernüchternd. Im Landesstraßenbau sind wir von den Ansätzen des Generalverkehrsplans weit entfernt.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Dr. Carmina Brenner CDU)

Sowohl bei der Erhaltung als auch beim Neubau wurde bislang im Jahresdurchschnitt nicht einmal die Hälfte des seinerzeit festgestellten Mittelbedarfs bereitgestellt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die eigenen Anstrengungen der Landesregierung stehen in krassem Gegensatz zu den Ansprüchen an den Bund. Im Schienenverkehr, soweit er in die Zuständigkeit des Landes fällt – also beim SPNV –, sind wir in Baden-Württemberg recht gut vorangegangen – allerdings fast ausschließlich mit dem Geld des Bundes.

Eigene Landesmittel für den Schienenpersonennahverkehr, zur Förderung von Verkehrsverbünden, zur Unterstützung der Gebietskörperschaften im ÖPNV wurden immer weiter zurückgefahren. Mittlerweile sind wir praktisch bei null angelangt. Eine Ausnahme bildet vielleicht die mittelbare Förderung des ÖPNV durch die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr und im Schülerverkehr. Aber ansonsten herrscht in Bezug auf originäre Landesmittel bei der Verkehrsinfrastruktur Fehlanzeige.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Die Binnenschifffahrt wird von der CDU-FDP/DVP-Regierung allenfalls verbal unterstützt. Trotz hehrer Bekundungen gibt es seit 1996 kein Landesgeld mehr für den Ausbau der Umschlagplätze entlang der Wasserstraßen zur Förderung des kombinierten Verkehrs in Verbindung mit der Binnenschifffahrt. Auch hier stellt die Landesregierung Forderungen an den Bund, leistet aber keinen eigenen Beitrag.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Beim Flugverkehr warten wir immer noch vergeblich darauf, dass die Landesregierung endlich das dringend notwendige Luftverkehrskonzept für Baden-Württemberg entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen wird improvisiert und in Söllingen Geld in ein Fass geworfen, bei dem noch kein Boden zu erkennen ist.

Fazit: Die baden-württembergische Landesregierung ist ganz groß – in den verkehrspolitischen Forderungen an den Bund.

(Abg. Alfred Haas CDU: Mit Recht!)

Sehr klein mit Hut ist sie allerdings, betrachtet man ihren eigenen finanziellen Beitrag zur Verkehrsinfrastruktur im Land. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg einen zusätzlichen Investitionsschub zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur brauchen. Deshalb müssen alle Anstrengungen unternommen werden, entsprechende Mittel im Landeshaushalt bereitzustellen. Wir werden entsprechende Anträge bei der Haushaltsberatung stellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Da sind wir mal gespannt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Abg. Klenk CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehen Sie es mir bitte nach:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was?)

Ich kann es mir nicht verkneifen, zu fragen: Haben wir in diesem Haus eigentlich nichts anderes und Besseres zu tun, als uns mit Anträgen zu befassen, die ein Jahr alt sind?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da haben Sie Recht! Ein Verfahrensproblem! – Abg. Dr. Caroli SPD: Recht hat er! Aber was soll das?)

Meine Damen und Herren, Ziele findet man nicht, man setzt sie sich. Genau so sehen wir den Generalverkehrsplan. Man muss die Ziele stets im Auge behalten, muss sich aber – insbesondere heutzutage – den gegebenen finanziellen Umständen anpassen.

(Abg. Göschel SPD: Aber das war doch schon vor Jahren so!)

Diese Flexibilität halten wir nicht nur für wünschenswert, sondern für dringend geboten. Deshalb haben wir zugegebenermaßen in den Neunzigerjahren weniger Geld in den Erhalt unserer Landesstraßen gesteckt; das geben wir unumwunden zu. Dass dies nur eine Zeit lang gut geht und, wenn man nicht aufpasst, sich rächt und wir später das Ganze mit einem viel höheren Aufwand wieder sanieren müssen, darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

(Abg. Röhm CDU: Jawohl!)

Deshalb sind nach diesem Zeitraum auch wieder erhöhte Mittel eingesetzt worden, obwohl wir heute früh gehört haben, dass die Haushaltslage derzeit alles andere als rosig ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aus dem Haushalt kommt das Geld auch nicht! – Abg. Göschel SPD: Haben Sie den Rechnungshofbericht nicht gelesen?)

Dabei haben wir nicht vergessen, dass mit den im Generalverkehrsplan beschriebenen Strategien und Konzepten das Ziel einer dauerhaften umweltverträglichen Mobilität auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten mit aller Kraft weiterverfolgt wird. So haben wir zum Beispiel in dieser Legislaturperiode ein Sonderprogramm Landesstraßenbau mit einem Volumen von 50 Millionen € aufgelegt. Herr Kretschmann, Sie haben heute früh von 500 Millionen € gesprochen. Schön wäre es.

(Klenk)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Auf die Legislaturperiode gerechnet stimmt es!)

Sie sehen aber auch, wie bei diesem Thema doch die Meinungen auseinander gehen. Hatte die SPD 1999 zum Nachtragshaushalt noch einen Antrag zur Erhöhung der Mittel gestellt

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja!)

– wir haben es eben gehört; jawohl –, so hat Herr Kretschmann uns dies heute Morgen um die Ohren geschlagen, obwohl mit diesen Geldern viele Ortsumgehungen gebaut wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das dient vor allem den dort wohnenden Menschen und der Verkehrssicherheit.

Meine Damen und Herren, über fehlende bzw. geschätzte Zahlen in Bezug auf den Schienenverkehr will ich heute nicht reden. Die Summe der Forderungen ist in der Stellungnahme der Landesregierung präzise aufgeführt.

Mit dem Thema „Benzinsparendes Fahren“ – hierzu gibt es auch einen Antrag – haben wir uns in diesem Haus erst in der letzten Woche beschäftigt. Während andere – ich schaue den Kollegen Palmer an – dies mit Vollgas angehen wollen, setzen wir dabei

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bremse!)

außer auf die sparende Fahrweise, die wir mit Fördermitteln für die entsprechenden Kurse unterstützen, insbesondere auf unsere Automobilindustrie und die Entwicklung neuer, benzinsparender Technologien.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat den großen Vorteil, dass man selber nichts machen muss! – Gegenruf des Abg. Rüeck CDU: Zuhören! Da können Sie was lernen!)

Mit Erfolg hat sich Baden-Württemberg auch für eine befristete Steuerbefreiung für Drei- bzw. Fünfliter-Pkws eingesetzt. Mir fällt dabei allerdings gelegentlich auf, dass gerade diejenigen, welche sich dieses Thema ständig auf die Fahnen schreiben, mit den ältesten – ich wähle bewusst diesen Begriff – Dreckschleudern jenseits der Zehnlitermarke unterwegs sind.

(Abg. Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wen meinen Sie da? Wen meinen Sie da? Mein Fahrrad braucht zehn Liter Wasser auf 100 Kilometer! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Heiterkeit)

– Das prüfe jeder für sich selber.

Zur Abstufung von Bundesstraßen will ich heute nur so viel festhalten: Wenn sich die abzustufenden Straßen im gleichen Ausbau- und Unterhaltungszustand befinden wie die aufzustufenden Straßen, kann man sich ernsthafter mit dem Thema befassen. Im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans waren Abstufungen in einer Anfrage einmal angedacht, aber sie wären rechtlich ohnehin nicht möglich gewesen. In diesem Zusammenhang dürfte es allerdings noch spannend werden, wenn endlich das Mautsystem funktioniert

(Zuruf von der CDU: Ja, wenn!)

und man unter anderem davon ausgehen kann – was zu befürchten ist –, dass ein Teil der Lkws nicht die schnellste und zugleich teuerste, sondern die zeitlich längere, dafür aber billigere Strecke auswählt. Erst dann wird man sehen, wie sich die Verkehrsmengen auf den einzelnen Straßen tatsächlich darstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Zuruf von der CDU: Der fordert jetzt die Abstufung der Autobahnen zu Radwegen! Los, Boris, zeig’s uns! – Heiterkeit)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Landesregierung zieht in ihrer Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD eine Bilanz des Generalverkehrsplans. Sie fällt differenziert aus. Auf der einen Seite kann die Landesregierung auf Erfolge verweisen. Einige der im Generalverkehrsplan gesetzten Ziele sind erreicht oder sogar übererfüllt. Auf der anderen Seite sind einige Ziele weit verfehlt worden.

Auffällig ist nur, dass die erreichten Ziele allesamt nichts mit der Politik der Landesregierung zu tun haben, wohingegen die verfehlten Ziele in ihrem originären Zuständigkeitsbereich liegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Röhm CDU: Das ist doch klar!)

– Ich kann Ihnen das begründen. Das ist nicht nur klar, das ist belegbar, Herr Kollege.

(Abg. Röhm CDU: Das haben wir nicht anders erwartet!)

– Lassen Sie es sich erklären. – Die drei Punkte, bei denen die Ziele erreicht oder übererfüllt sind, sind Zahl der Verkehrstoten, Emissionen und Spritverbrauch.

(Abg. Röhm CDU: Die gehen zurück! – Zuruf von der CDU: Das ist aber makaber!)

Lesen Sie das nach! Da liegen wir besser als im Generalverkehrsplan anvisiert. Da sind Zahlen genannt, Herr Kollege Röhm.

(Abg. Röhm CDU: Das ist gut! Da sind wir froh!)

Diese Zahlen werden übererfüllt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist für Verkehrstote der Bund zuständig?)

(Boris Palmer)

Man ist besser, als man es sich vorgenommen hat. Das ist ja gut so.

Wenn man dann aber fragt, was die Landesregierung dafür unternommen hat, dass es weniger Verkehrstote gibt, dann findet man im Haushalt noch 1,6 Milliönchen € zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Straßen. Das war sicher nicht die Ursache.

(Zuruf von der CDU)

Wenn man fragt, wie sich die Emissionen verringert haben – das geschah doch wegen der europäischen Normen. Hat die Landesregierung irgendetwas dafür getan?

(Minister Müller: Ja! – Abg. Röhm CDU: Ja, natürlich!)

Mir ist nichts davon bekannt.

Hinsichtlich des Spritverbrauchs kann man sich bequem darauf zurückziehen, dass die neuen Fahrzeuge heute sparsamer sind und deswegen der Spritverbrauch zurückgeht.

(Abg. Röhm CDU: Das war die Forderung der Politik!)

Aber hat die Landesregierung dafür irgendetwas unternommen? Außer warmen Worten ist sicher nichts von der Landesregierung gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Nicht einmal warme Worte! Kalte Worte!)

Wenn man hingegen dorthin schaut, wo die Ziele verfehlt sind – beim Landesstraßenbau –, dann stellt man fest: Da hat die Landesregierung Kompetenzen. Im Generalverkehrsplan wird definiert, dass jährlich 60 Millionen € für den Erhalt der Substanz der Landesstraßen notwendig sind. Wie viel ist seit der Verabschiedung des Generalverkehrsplans jährlich geflossen? 20 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie liegen um den Faktor 3 unter Ihrer eigenen Zielsetzung. Dort, wo Sie Verantwortung tragen, liegt ein vollständiges Versagen vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie die CO_2-Emissionen im Verkehrsbereich. Nun gut, dafür sind Sie nicht allein verantwortlich. Aber wenn Ihr Beitrag zu den CO_2-Emissionen immer darin besteht, von der Bundesregierung noch mehr Straßenneubau zu fordern, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass am Ende die Emissionen wegen größerer Verkehrsleistung nach oben gehen. Das ist nun einmal ein Faktum, das wir konstatieren müssen.

Meine Damen und Herren, Ihre eigenen Ziele sind erreicht, soweit Sie nichts dazu tun konnten, und verfehlt, wo Sie Verantwortung tragen. Das ist keine besonders erfreuliche Bilanz.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Eigentlich hätten Sie einen hohen Unterhaltungswert, aber Sie machen nichts daraus!)

– Wir können ja noch einmal bilateral über Unterhaltungswert reden. Ihr Unterhaltungswert, Frau Gräßle, ist meistens nicht sehr groß.

(Heiterkeit)

Sie sind eher für Ernsthaftigkeit bekannt.

Meine Damen und Herren, der FDP/DVP-Antrag beschäftigt sich gewissermaßen mit einer kleinen Revision. Es geht um einige Autobahnkilometer und einige Bundesstraßenkilometer. Ich glaube, wir bräuchten im Parlament wirklich nicht darüber zu diskutieren, ob ein paar Kilometer der B 3 abgestuft werden oder nicht.

Wir sollten aber über die Grundsatzfrage diskutieren – und das möchte ich hier doch einbringen –, ob es richtig sein kann, dass nur 20 % aller Bundesstraßen mehr als 20 % Fernverkehrsanteil aufweisen. Das ist das Ergebnis der Pällmann-Kommission zur Infrastrukturfinanzierung. Das heißt, wir haben hier ein massives Missverhältnis: Viel zu viele Straßen werden vom Bund geplant, beschlossen und bezahlt, aber die Kompetenz, zu beurteilen, ob die Straße notwendig wäre, liegt beim Land. Hier rufen die Leute an und fragen: Wieso wird bei uns nicht gebaut?

Deswegen ist unser Vorschlag – unser Vorsitzender Kretschmann wird das im Rahmen der Reform des Föderalismus entsprechend einbringen –: Abgabe eines großen Teils des Bundesstraßennetzes an die Länder bei gleichzeitiger Übertragung der entsprechenden Finanzmittel. Dann wird nämlich besser über diese Straßenbauprojekte entschieden, und ich glaube – Herr Kollege Scheuermann, wenn Sie dabei sind –, dass dann auch verantwortungsvoller entschieden wird, weil es dann aufhört, dass gefordert wird, der Bund solle doch – solange wir nicht dafür aufkommen müssen – bezahlen, und dass man Weihnachtslisten abgibt und möglichst viele Forderungen in das Märchenbuch hineinschreibt.

(Beifall bei den Grünen)

So viel, meine Damen und Herren, zum Antrag der FDP/DVP-Fraktion.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und diesen Unterhaltungswert.

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: „Für diesen Unterhaltungswert“! – Abg. Drexler SPD: Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

(Abg. Mappus CDU: Kollege Palmer, aufpassen! Jetzt können Sie etwas lernen! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Vereinzelt Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Kollege Palmer, ob es für Sie unterhaltend wird, richtet sich danach, ob Sie die nötigen Feinschmeckerkenntnisse besitzen, um wirklich gute Kost auch vertragen zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn einer, der bloß Leberkäse gewöhnt ist, in ein Feinschmeckerlokal geht, wird er die Kost dort nie schätzen. Und jetzt sind wir im Feinschmeckerlokal.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben es mit zwei ganz unterschiedlichen Themen zu tun. Ich will sie beide in der Reihenfolge abhandeln, in der sie auf der Tagesordnung stehen.

Zunächst zum Thema „Abstufung von Bundesstraßen“: Ich kann der Diagnose von Frau Kollegin Berroth und der Schilderung der Tatbestände und der Umstände nur zustimmen. Sie haben das genau so gesehen, wie wir es auch sehen. Wir haben es zunächst einmal mit einem ganz natürlichen Interessengegensatz zu tun. Der Bund würde gern etwas loswerden – also fiskalisch; das kann ich irgendwie auch nachvollziehen –, und wir haben relativ wenig Lust, die Verantwortung für Bundesstraßen aufs Auge gedrückt zu bekommen, ohne dass eine sachliche Begründung genannt wird und die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Man kann das in der Tat am Beispiel der autobahnparallelen Bundesstraßen sehen. Was heißt autobahnparallel? Sind sie es schon, wenn sie vielleicht einmal zufällig auf eine Entfernung von fünf Kilometern parallel zur Autobahn verlaufen? Die B 14 ist ein wunderschönes Beispiel. Wie ist es beispielsweise bei überfüllten Autobahnen, die dazu führen, dass das sonstige Straßennetz parallel zur Autobahn zusätzlich benutzt wird? Denn da kann ich ja nicht unter Hinweis auf die Existenz der Autobahn anschließend sagen: „Darum herum brauche ich nichts mehr.“ Offensichtlich brauche ich es aber, weil die Autobahnen in einem unzulänglichen Zustand sind.

Im Übrigen stellt sich auch die Frage: Welche Funktion erfüllen die Autobahn auf der einen Seite und die Bundesstraße auf der anderen Seite?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir halten es für grob falsch, einfach zu sagen – so, wie das der Bund beim Bundesverkehrswegeplan jetzt tut –, die schiere Parallelität sei ein Grund – also grundsätzlich, das heißt mit ganz wenigen Ausnahmen –, autobahnparallele Bundesstraßen nicht einmal mehr in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu bringen.

Das Problem wird aber noch gesteigert. Es geht nicht nur um die autobahnparallelen Straßen. Wir haben im Land mehrere Fälle, in denen der Bund schlicht keine Lust – oder kein Geld; sagen wir es einmal so – hat, eine Straße zu bauen,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber keine Frage von Lust! Machen Sie jetzt vielleicht noch ein Lustseminar?)

und dann, weil er sie nicht bauen will, einfach sagt: Das ist eigentlich sowieso eine Landesstraße.

Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele: Das eine geht permanent durch die ganze Presse. Das ist die B 312 hier in der Nähe von Stuttgart. Wir verhandeln seit 15 Jahren mit dem Bund über den Ausbau dieser Straße. Dafür fehlt das Geld, und dann sagt der Bund: Ihr habt übrigens seit 15 Jahren mit dem Falschen verhandelt; denn es ist eigentlich eure eigene Straße. Also, von der Klassifizierung her ist es sowieso ganz klar.

Das zweite Beispiel ist jetzt nicht so bekannt; das habe ich gerade vor zwei, drei Tagen in der Post gesehen. Zu Rielasingen-Worblingen sagt der Bund – übermittelt durch einen Brief von Frau Rehbock-Zureich, die örtliche Bundestagsabgeordnete ist, wenn ich es richtig sehe –: „Dort gibt es nicht genügend Verkehr. Die Straße wollen wir nicht mehr. Das Land kann sie bauen.“ Dieser Stil der Verschiebung von Verantwortung, dann, wenn man weder die Lust noch das Geld dazu hat, zu sagen: „Ein anderer ist zuständig“, ist nicht das Kriterium, das man bei der Abwägung, was Sache des Bundes ist oder Sache des Landes, wählen kann.

Dazu kommt noch ein Trick, den der Bund jetzt gerade beim Bundesverkehrswegeplan angewandt hat. Bei der Frage nach dem Nutzen und den Kosten einer bestimmten Straße rechnet er die so genannten regionalen Verkehrsanteile heraus. Das heißt: Da fahren zwar Autos, das sind aber keine Fernverkehrsautos, sondern Nahverkehrsautos – die sollen da eigentlich gar nicht fahren. Deswegen fahren dort de jure sozusagen weniger Autos als de facto. Wenn aber weniger Autos fahren, ist auch der Nutzen geringer, was beim Nutzen-Kosten-Faktor bedeutet, dass die Straße eine schlechte Bewertung bekommt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum soll der Bund denn Nahverkehrsstraßen bauen, wenn da nur Nahverkehr drauf ist? Was spricht denn dafür?)

Das sind Tricks, meine Damen und Herren, die wir nicht akzeptieren können.

Umgekehrt, will ich Ihnen einmal sagen, könnte man genauso eine Gegenrechnung aufstellen: Auf x Straßen, auf kommunalen Straßen und Landesstraßen findet genug Verkehr nur deswegen statt, weil die Bundesstraßen entweder nicht gebaut oder überlastet sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Fischer SPD: Oder man muss woanders hinfahren!)

Ich könnte genauso gut eine Gegenrechnung des verdrängten Fernverkehrs aufmachen und könnte sagen: „Lieber Bund, zahle einmal bei den Landesstraßen mit, denn eigentlich wickeln wir deinen Verkehr ab.“ Das könnte man mit der gleichen Berechtigung sagen. Das tun wir nicht.

Was tun wir außerdem nicht?

(Zuruf von der SPD: Straßen bauen!)

Wir sagen zum Beispiel: Es gibt auch den Fall der Aufstufung. Habt ihr euch schon einmal damit befasst? Wir machen beispielsweise seit zehn Jahren daran herum, dass eine

(Minister Müller)

bestimmte Landesstraße, die einen Verkehrsanteil von ungefähr 20 000 Fahrzeugen pro Tag hat – das ist schon für eine Bundesstraße viel; in diesem Fall handelt es sich aber um eine Landesstraße, nämlich, grob gesagt, die zwischen Ludwigsburg und Backnang –, in Gottes Namen einmal aufgestuft werden soll. Der Bund macht es nicht. Jetzt machen wir es halt, indem wir aus Landesstraßenbaumitteln dritte Spuren finanzieren.

Ich sage Ihnen, wie wir umgekehrt versuchen, fair zu sein. Wenn der Aichelbergaufstieg einmal in der Privatfinanzierung fertig gestellt sein wird – der Tunnel usw. –, stellt sich die Frage: Was ist mit der alten Autobahn,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

also mit dem Drackensteiner Hang? Da haben wir dem Bund freiwillig angeboten: Wir übernehmen eine Ex-Autobahn als Landesstraße, weil man da wirklich sagen kann: An dieser Stelle hat der Bund seinen Job erledigt, und dann soll das, was an Straße immer noch in der Landschaft herumliegt, eben unsere Sache sein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Rückbau wäre noch besser! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

Verstehen Sie: Das ist der Unterschied. Wir haben zum Beispiel bei der B 39 in der Nähe von Walldorf gesagt – und werden es auch bei der B 18 in der Nähe von Wangen, wenn einmal die A 96 fertig ist, sagen –: Okay, da ist jetzt so viel geschehen: wir sind bereit, die Straße entsprechend abzustufen.

Sehen Sie den Unterschied in Fairness und Sachlichkeit im Umgang mit diesem Thema seitens des Bundes auf der einen Seite – der die Dinge schlicht loshaben will – und seitens des Landes auf der anderen Seite, das versucht, sachorientiert vorzugehen?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir sind begeistert! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein, ich sehe es nicht!)

Wenn es um Spielregeln geht – – Herr Palmer, Sie wissen nicht, was ich meine?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich sagte: „Ich sehe es nicht“! Aber wenn Sie meinen!)

– Okay.

Ich sage jetzt einmal ganz abstrakt – und dann schließe ich das Thema auch schon ab –, wie die Regeln für die Verteilung zwischen Bund und Land sein sollten, also: Was ist eine Bundesstraße, was eine Landesstraße?

Zunächst einmal muss man schlicht von der heutigen Klassifizierung ausgehen. Da kann man nicht einfach beliebig manipulieren und sich von irgendeiner Straße verabschieden.

Zum Zweiten sollte man von tatsächlichen Verkehrsmengen ausgehen und nicht Verkehrsmengen, die es auf einer Straße gibt, dem jeweils anderen Baulastträger zuweisen.

Zum Dritten muss es ein Geben und Nehmen sein.

Zum Vierten muss es, wie das Bundesverfassungsgericht sagt, eine Vereinbarung sein und kein Diktat.

Fünftens: Wenn wir übernehmen, dann natürlich mit ausreichenden Finanzmitteln. Dem Gedanken, Herr Palmer, es könnten im Zuge einer Föderalismusreform mehr Ex-Bundesstraßen zu Landesstraßen werden, würde ich gar nicht generell widersprechen. Wir haben den Nahverkehr vom Bund übernommen und haben ihn besser gemacht. Ich traue uns auch zu, dass wir im Fernstraßenbau etwas hinkriegen. Das kann man machen; aber bitte nicht auf der Basis der Istmittel, die im Moment gerade im Bundeshaushalt stehen,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, richtig!)

sondern auf der Basis der Mittel, die wir dazu brauchen, um die Aufgabe wirklich wahrnehmen zu können. Genauso ist es beim Nahverkehr gemacht worden. Da haben wir nicht einfach sozusagen den „Schrott“ vom Bund oder von der DB mit den Mitteln von damals bekommen, sondern man hat gesagt: Ihr sollt das haben – Regionalisierung –; ihr kriegt dafür ausreichende Mittel mit einem Zusatzfaktor, damit ihr es besser machen könnt, und einer Dynamisierung. Bei diesen Spielregeln sind wir ohne weiteres bereit, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen. So viel zu diesem Punkt.

Zweiter Punkt: Generalverkehrsplan. Da könnte man jetzt natürlich eine ellenlange Debatte anfangen. Ich konzentriere mich einmal im Prinzip auf drei simple Blöcke. Ich will erstens etwas zu dem Thema Landesstraßenbau sagen, zweitens zu einigen – ich formuliere es einmal so – sonstigen Fragen der Verkehrspolitik, also zu Emissionen, Verkehrssicherheit und ähnlichen Fragen, und drittens zu zwei ganz interessanten Entwicklungen beim ÖPNV.

Zum Landesstraßenbau: Es ist richtig, dass wir in den Neunzigerjahren zu wenig Geld für den Landesstraßenbau zur Verfügung gestellt haben. Diesen Fehler haben wir damals nicht begangen, weil wir weniger im Landesstraßenbau tun wollten, sondern deshalb, weil damals schon Sparen angesagt war. Wir haben also damals nicht aus ideologischer Gegnerschaft zum Straßenbau, wie das in anderen Teilen des Hauses gelegentlich üblich war oder auch noch ist, sondern aus schierer Sparnotwendigkeit zu wenig Mittel gehabt. Jetzt haben wir während meiner Amtszeit diese Mittel verdoppelt. Ich wäre froh, ich könnte das von allen Etatansätzen des Ministeriums sagen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Den Etatansatz haben Sie nicht verdoppelt!)

– Doch! Genau den Etatansatz haben wir verdoppelt.

(Abg. Göschel SPD: Von wenig auf etwas mehr!)

Die Istmittel sind etwas anderes. Es sind früher schon globale Minderausgaben erwirtschaftet worden. Es werden auch heute welche abgezogen. Wir haben jetzt in diesem Sparhaushalt tatsächlich auch eine reale Kürzung, aber immerhin auf der Basis einer Verdopplung der Mittel. Wenn der Bund uns das nachmacht, dann darf er auch sparen. Das muss ich wirklich sagen.

(Abg. Göschel SPD: Wenn man die Mittel vorher so weit absenkt, muss man sie anschließend verdoppeln!)

(Minister Müller)

– Aber wir haben es gemacht. Herr Kollege Göschel, ich will es nur noch einmal erwähnen – Sie hören es vielleicht ungern –:

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben es schon zweimal erwähnt!)

Bis Ende der Neunzigerjahre gab es auch von der SPD-Fraktion Sparvorschläge beim Landesstraßenbau. Ich muss Ihnen das noch einmal sagen. Wir können das alles noch einmal schriftlich austauschen; es ist so. Insofern sollte man sich jetzt nicht allzu sehr zum Fürsprecher des Landesstraßenbaus aufschwingen, wenn man wie Sie in der Zeit, von der Sie gerade sagen, dass wir zu wenig Geld zur Verfügung gestellt hätten, noch zusätzliche Reduzierungsvorschläge gemacht hat.

(Abg. Göschel SPD: Wir haben doch Erhöhungsvorschläge gemacht!)

Wer vom Saulus zum Paulus geworden ist, der sollte vielleicht ein bisschen vorsichtiger und ein bisschen ruhiger sein und nicht immer glauben, er müsse jetzt denen, die es von vornherein eigentlich richtig machen wollten, auch noch beibringen, wie es richtig gemacht würde.

Kurzum: Verdopplung der Mittel, mittlerweile auch beim Erhalt des Landesstraßennetzes. Das war noch nötiger; das muss ich auch sagen. Das war eines der großen Kümmernisse, die wir im Landesstraßenbau bekommen haben. Wir liegen aber mittlerweile bei 50 Millionen €. Wir haben uns im Generalverkehrsplan 60 Millionen € vorgenommen. Da würde ich sagen: Wenn wir alle Ziele zu fünf Sechsteln erreichen, dann sind wir schon relativ gut. Wenn man das in diesen Zeiten durchhält, ist das ganz ordentlich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie viel davon aus dem Haushalt?)

– Wir haben unterschiedliche Haushaltsansätze. Wenn man alles zusammennimmt, dann stimmt das, was ich sage.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der größte Teil aus Schulden! Nach 2006 ist Schluss!)

Wir haben ganz bewusst so entschieden. Herr Kollege Palmer, Ihre Kürzungsvorschläge zum Landesstraßenbau reichen bis ins Jahr 2003.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nie beim Erhalt!)

Also da wäre ich jetzt einmal ganz friedfertig und ganz ruhig. Das fehlte gerade noch, dass Sie jetzt dafür plädierten, dass wir mehr Mittel für den Landesstraßenbau einsetzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kein Neubau! Das Geld für den Erhalt ausgeben!)

In den Jahren 1995 bis 2002 haben wir im Landesstraßenbau immerhin 400 Millionen € ausgegeben. Das ist schon ganz ordentlich.

Jetzt will ich auf zwei, drei Spezialitäten hinweisen.

Erstens: Wir haben uns ganz bewusst – und das tun wir bis zum heutigen Tag – an Unfallschwerpunkten orientiert. Das ist für uns immer ein Entscheidungskriterium. Dort, wo ein Unfallschwerpunkt ist, geschieht beim Landesstraßenbau schneller etwas.

Zweitens: Wir haben einen Schwerpunkt gebildet und bilden ihn auch weiterhin bei den Ortsumgehungen, weil Ortsumgehungen nicht nur für den Autofahrer wichtig sind, sondern vor allem auch für die Bewohner eines Ortes.

Drittens: Wir haben in den letzten Jahren im Landesstraßenbau ganz bewusst einen Schwerpunkt bei den Radwegen gesetzt. Allein in meinem Wahlkreis gab es in den letzten Jahren bis auf zwei Landesstraßen nur Radwegebau aus dem Landesstraßenbauetat.

Sie mögen daran sehen, dass wir einen differenzierten, behutsamen Ausbau des Landesstraßennetzes vornehmen.

Jetzt will ich bei dieser Gelegenheit nur eines sagen: Hier wurde der Gedanke formuliert: „Für alles, wo wir gut sind, sind wir nicht zuständig, und bei allem, wo wir zuständig sind, sind wir nicht gut.“ Das war ja so ungefähr die Überlegung. Gerade zum Thema Verkehrssicherheit will ich Ihnen sagen: Dass wir allein für die Beseitigung von Unfallschwerpunkten in den letzten sieben Jahren über 20 Millionen € im Landesstraßenbau ausgegeben haben – beim kommunalen Straßenbau, über den wir ja auch verfügen, was die Zuschussmittel anbelangt, ist es dasselbe in Grün –, ist nur ein Baustein der Verkehrssicherheitspolitik.

Unsere Verkehrssicherheitspolitik ist genau so breit angelegt, wie sie angelegt sein muss: mit Landesverkehrswacht, mit Trainingskursen, mit entsprechender polizeilicher Überwachung, mit Unterricht in den Schulen und, und, und. Es ist kein Wunder, dass wir bundesweit bei der Verkehrssicherheitsstatistik ganz vorne und eindeutig auf Platz 1 liegen, was die Verringerung der Zahl der Verkehrsopfer unter Kindern im Straßenverkehr anbelangt. Verkehrssicherheit ist ein ganz komplexes Produkt. Man muss an vielen Stellen etwas tun. Wenn man da Spitze ist, muss man offensichtlich an vielen Stellen etwas richtig gemacht haben. So viel zum Thema Sicherheit.

Weil ich jetzt bei einigen strukturellen Themen bin, lassen Sie mich Ihnen einfach noch ein paar kleine Elemente von verkehrspolitischen Strategien schildern.

Thema Geschwindigkeitsbegrenzungen – ich sage es in einem Satz –: Geschwindigkeitsbegrenzung ist für uns kein Mittel der Verkehrslenkung, aber ein Mittel der Verkehrssicherheitspolitik. Deswegen gibt es bei uns durchaus Geschwindigkeitsbeschränkungen, aber sie sind streng sicherheitsorientiert, und sie werden permanent überprüft.

Stichwort „Überholverbote auf Autobahnen“: Dies ist ein Instrument, mit dem wir ganz gezielt operieren. Wir weiten die Überholverbote auf Autobahnen aus. Wir haben heute in Baden-Württemberg auf knapp 50 % des Autobahnnetzes Überholverbote.

Stichwort „Verkehrsbegrenzungen und -beschränkungen“: Es gibt immer wieder Wünsche von Ortschaften, von Einwohnern, von Bürgern, bestimmte Verkehrsarten – beispielsweise Lkw-Verkehr bei Nacht usw. – nicht haben zu wollen. Wir sind auf diesem Gebiet ganz bewusst zurück-

(Minister Müller)

haltend, weil wir sagen: Das wäre eine Verlagerung des Problems in Nachbarorte, und das halten wir nicht für richtig.

Stichwort „Dritte Spuren auf den Autobahnen“: Wir verfolgen ganz bewusst diese Strategie und bauen den Anteil dreispuriger Autobahnen unter Zuhilfenahme von Standspuren und mithilfe von Ummarkierungen massiv aus.

Stichwort Antistaumanagement: Baden-Württemberg ist bislang das einzige Bundesland, das sich intensiv mit diesem Thema befasst hat, vor allem, was das Installieren von Baustellen, Verkehrsinformationsdiensten und dergleichen mehr anlangt. Auf diesem Gebiet ist im Übrigen noch einiges zu tun.

Stichwort Verkehrsbeeinflussungsanlagen: Für uns ist vor allem beim GVFG – – Ich muss dazu sagen, dass wir Nachholbedarf im Bundesstraßenbau haben; dafür mache ich nicht den Bund verantwortlich, sondern gebe zu, dass wir selbst Nachholbedarf haben. Aber bei den Verkehrsbeeinflussungsanlagen im Rahmen des ÖPNV oder im Rahmen der GVFG-Zuschüsse zum Straßenbau unterstützen wir alle Anträge, die irgendetwas mit Verkehrslenkung oder Verkehrsbeeinflussung zu tun haben: beispielsweise Busbevorrechtigungen oder Verkehrsleitrechner oder entsprechende Ampelschaltungen, also grüne Wellen, oder Parkhaussuchsysteme, alles, was es auf diesem Gebiet gibt. Solche Anträge haben bei uns grundsätzlich Vorrang, und wir sind dabei vorangekommen.

Zum Abschluss dieses Punktes will ich Ihnen – dann sage ich noch etwas zum ÖPNV – nur einmal sagen: Beim Thema Flottenverbrauch und beim Thema „Luftschadstoffe aus dem Verkehr“ ist es in der Tat sehr viel besser geworden. 1980 lag der Flottenverbrauch pro Pkw bei zehn Liter, heute liegt er bei sieben Liter. Jetzt kann man sagen, das habe an der Automobilindustrie und an der Kundschaft gelegen; das ist auch richtig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber für Neufahrzeuge! Nur für Neufahrzeuge!)

– Ja, gut. Es können ja nur Neufahrzeuge sein. Das ist doch logisch.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich kann ja nicht einfach den Fahrzeugbestand in einen Abfalleimer werfen und sagen, man müsse von vorne anfangen. Natürlich ist das ein laufender Prozess.

Vor allem was Luftschadstoffe anbelangt, haben wir uns unter den Stichworten „12-Punkte-Programm Ozon“, „bleifreies Benzin“, „schwefelfreies Benzin“, „Euro 4“ und „Euro 5“ auf nationaler und auf europäischer Ebene massiv eingeschaltet, um zu Verbesserungen zu kommen. Insofern hängen solche positiven Entwicklungen auch mit uns zusammen.

Letzte Bemerkung, ÖPNV: Wenn man sich einmal eine Verkehrsstatistik anschaut, kommt man zu einer ganz interessanten Information, zu einer ganz interessanten Erkenntnis. Sie alle kennen wahrscheinlich die Zahlen, wonach der Pkw-Verkehr zwischen 1995 und dem Jahr 2010 um 20 % und der Güterverkehr um 60 % zunimmt. Das sind allgemein bekannte Zahlen. Wenn man sich jetzt einmal die Jahresfahrleistungen auf den Straßen in Baden-Württemberg anschaut, und zwar für die Hälfte dieses Zeitraums, nämlich zwischen 1995 und 2002, dann stellt man fest: Die Jahresfahrleistungen von Pkws auf baden-württembergischen Straßen ändern sich plus/minus null. Das ist erstaunlich: Die Zahl der Autos hat zugenommen, die Jahresfahrleistung stagniert.

Jetzt gibt es die zusätzliche Erkenntnis – das ist statistisch nicht ganz abgesichert, aber ziemlich wahrscheinlich –, dass die Zahl der längeren Autofahrten mit dem Pkw eher zugenommen hat. Wenn also die Zahl der Autos zugenommen hat und auch die Zahl der längeren Fahrten mit dem Auto zugenommen hat, dann muss augenscheinlich die Zahl der Autofahrten mit kürzeren Fahrstrecken abgenommen haben. Dafür gibt es jetzt zwei Erklärungen. Die erste wäre: Die Leute benutzen ihr Auto nicht mehr, weil sie die Fahrt nicht unternehmen. Die zweite mögliche Erklärung heißt:

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Die fahren alle mit dem Fahrrad!)

Es ist der ÖPNV, der tatsächlich den Effekt erzielt hat, den wir uns vom ÖPNV erwartet haben, nämlich dass er für den Verkehr auf kürzeren Strecken eine Alternative zum Auto geworden ist. Und wenn ich mir jetzt daneben die Entwicklung von plus/minus null beim Autoverkehr in sieben Jahren – trotz Zunahme der Zahl von Pkws – und die Zunahme des Schienenangebots und der Schienennachfrage um knapp 30 % anschaue, dann sehe ich: Da hat offensichtlich etwas stattgefunden, was wir so noch nie wahrgenommen haben, nämlich dass die massive ÖPNV-Politik tatsächlich dazu geführt hat, das langfristige Ziel, das Verkehrswachstum in Zukunft im Wesentlichen über den öffentlichen Verkehr abzuwickeln, zu erreichen. Es wäre schön, wenn wir das vom Güterverkehr genauso sagen könnten. Davon sind wir natürlich weit entfernt.

Die zweite Bemerkung, die ich zum ÖPNV machen möchte, ist die, dass die goldenen Zeiten im ÖPNV aus verschiedenen Gründen vorbei sind. Wir haben von 1995 bis in die Gegenwart goldene Zeiten gehabt, und zwar deshalb, weil wir zum einen wirklich massiv mehr Geld hatten, und zum anderen, weil wir einen unglaublichen Push bei den Angeboten gemacht haben. Wir konnten praktisch alles, was nur halbwegs vernünftig war, tatsächlich auch bezuschussen. Wenn ich Ihnen sage, dass wir im GVFG-Bereich, also bei den Zuschüssen für den ÖPNV nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, in den letzten Jahren keinen einzigen Antrag haben ablehnen müssen, dann kann man wirklich von „goldenen Zeiten“ sprechen.

Aber zwei Probleme gibt es jetzt. Das erste ist: Es wird gekürzt. Es wird ein bisschen im Landeshaushalt gekürzt; das sind die kleinen Beträge.

(Abg. Göschel SPD: Ja, mehr war ja gar nicht da! Wenn man nichts hat, kann man nichts kürzen!)

Jetzt wird zu einem beträchtlichen Teil unter anderem – zu unserem großen Bedauern; dazu werden wir ja morgen noch einmal eine Debatte haben – auch vonseiten des Bundes gekürzt. Es ist übrigens im Sommer 2002 schon einmal vom Bund gekürzt worden. Sie wissen, dass die Regiona-

(Minister Müller)

lisierungsmittel, was das Wachstum anbelangt, gedeckelt worden sind, dass wir den Interregioverkehr auf unsere Kosten zusätzlich übernehmen mussten und dergleichen mehr. Es wird auf der einen Seite also gespart. Jetzt würde ich einmal sagen: Das ist noch nicht die große Katastrophe. Dass es paradiesische Zeiten nicht auf Dauer gibt, wissen wir schon aus der Bibel; aber wir wissen es auch aus anderen Lebensbereichen.

Der zweite Effekt ist folgender: Weil wir im ÖPNV quantitativ und investiv so wahnsinnig viel aufgebaut haben, haben wir natürlich jetzt schlicht entsprechend viele Angebote dauerhaft zu betreiben. Wir haben ja nicht investiert, um das Zeug anschließend einzumotten, sondern wir machen damit Verkehr. Was heißt das? Die Anteile verschieben sich von den investiven Ausgaben hin zu den konsumtiven Ausgaben. Heute ist es Tatsache, dass zwei Drittel des gesamten ÖPNV-Haushalts mittlerweile nur noch der Abwicklung des bestellten Verkehrs dienen, den wir in den letzten Jahren aufgebaut haben. Um es konkret in Zahlen zu sagen: Grob gesagt stecken wir von 1,2 Milliarden € rund 830 Millionen € in den konsumtiven Bereich. Das verengt natürlich gleichzeitig den Spielraum für weiteres Wachstum in der Zukunft. Ich wickle jetzt schlicht den Verkehr ab, den ich bestellt habe; das muss man ganz simpel sehen.

Wenn man immer sagt, das Land gebe kein Geld für den ÖPNV, dann will ich dazu einmal sagen: Es ist immerhin noch die kleine Summe von 400 Millionen €, nämlich 250 Millionen € nach dem Personenbeförderungsgesetz und 150 Millionen € für die Schülerbeförderung. Das ergibt zusammen 400 Millionen €. Da sind wir im Ländervergleich nach wie vor sehr gut – um das Wort „Spitze“ zu vermeiden. Wir sind im Ländervergleich nach wie vor sehr gut bei der Busförderung, und wir sind sehr gut, was den Ausbau des ÖPNV angeht. Denn es geht ja nicht nur um Geld, sondern auch um die Frage, was man mit dem Geld eigentlich macht. Man kann es ja auch verschleudern. Die Geldausgabe allein ist noch nicht unbedingt ein Zeichen dafür, dass man etwas gut gemacht hat. Aber wir haben den Verkehr quantitativ und qualitativ in einer Weise ausgeweitet, dass wir uns locker gegenüber jedem anderen Bundesland sehen lassen können. Wir sind nach wie vor Spitze auf dem Gebiet des Wettbewerbs zur DB. Wir haben – ich hoffe, ich habe das jetzt richtig im Kopf – zusammen mit Rheinland-Pfalz den höchsten Anteil an nicht bundeseigenen Bahnen. Kurzum: Es geht nicht nur um Geld, sondern es geht auch darum, was man damit macht.

Damit will ich jetzt einmal das Bild umdrehen, das in dem letzten Debattenbeitrag gezeichnet worden ist, nämlich dass wir in den Dingen gut seien, für die wir nichts können. Ich sage Ihnen einmal, wofür wir zuständig sind, und dann schauen Sie sich einmal die entsprechende Bilanz an. Dann sage ich Ihnen, wofür wir nicht zuständig sind, und Sie schauen sich auch diese Bilanz an.

Wir sind, was die Zuschüsse anbelangt, zuständig für die Landesstraßen, für die kommunalen Straßen, für den ÖPNV und für den Luftverkehr. Haben wir da die großen Probleme? Oder haben wir die Probleme bei den Bundesstraßen, bei den Bundesautobahnen, bei der Schieneninfrastruktur, beim Güterverkehr und bei der Binnenschifffahrt?

(Abg. Alfred Haas CDU: Bei den Letzten!)

Da haben wir die Probleme! Und genau das sind die Zuständigkeiten, die nicht bei uns liegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Gall SPD: Das muss nicht sein! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Nagel SPD: Die kriegt nichts zu Weihnachten!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich habe Ihnen ja versprochen, dass ich auch zum Generalverkehrsplan noch etwas sage.

(Zurufe von der SPD)

– So freundliche Bemerkungen bauen einen doch richtig auf.

Vorab, Herr Palmer: Wenn diese Abstufungsaktion, die Sie angekündigt haben, mit dem notwendigen Geld verbunden ist, haben Sie unsere volle Zustimmung. Ich glaube, das muss man hier noch einmal deutlich sagen.

Nun aber zum Generalverkehrsplan. Er entspricht nach wie vor in Zielsetzung und Grundsätzen den Vorstellungen unserer Fraktion, nämlich Integration der Verkehrsträger und der Verkehrsmittel zu einer verkehrlichen Systemeinheit, insbesondere auch im Personenverkehr. Richtig ist auch heute noch das Ziel der Sicherheit der umweltverträglichen Mobilität. Das ist eine vernünftige Konzeption zur Lösung der Verkehrsprobleme in unserem Land und hat als Leitmaxime weiterhin Geltung.

Kritik muss man allerdings an den Bund und an die DB AG richten,

(Oh-Rufe von der SPD)

denn die Umsetzung des Generalverkehrsplans – da können Sie ruhig jammern; bloß nützt es nichts, wenn Sie hier jammern; da müssen Sie in Berlin jammern – setzt einfach voraus, dass Bund und Bahn bedarfsgerecht Straße und Schiene ausbauen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So einfach ist das!)

Das war Prämisse und Aufforderung. Herr Göschel, solange der Bund seine Bundeswasserstraße verlottern lässt, nützt es auch nichts, wenn wir moderne Umschlagplätze daneben bauen.

(Abg. Göschel SPD: „Verlottern“! Sie verwechseln das mit den Schlaglöchern in den Landesstraßen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist ja klar: Wenn keine Verlängerung der Schleusen erfolgt, dann ist der Neckar in spätestens 15 Jahren nur noch eine touristische Anlage, weil ein modernes Güterverkehrsschiff dann nicht mehr darauf fahren kann.

(Abg. Fischer SPD: Wer hat denn den Grundstock gelegt, aus den Wasserfernstraßen rauszugehen?)

Da wäre das eine absolute Fehlinvestition.

Das Gleiche gilt, Herr Kollege Palmer, wenn der Generalverkehrsplan natürlich auch darauf aufbaut, dass der Bund zum Beispiel die notwendigen Ost-West-Verbindungen herstellt. Dass die Verlängerung der B 312 nun nicht mehr im Bundesverkehrswegeplan steht, bringt natürlich auch den Generalverkehrsplan von Baden-Württemberg einigermaßen durcheinander.

Bund und Bahn haben ihre Aufgaben nicht erfüllt, gerade auch im neuen Bundesverkehrswegeplan.

(Abg. Knapp SPD: Oh!)

Es gibt nach wie vor – schon seit 1986 – einen großen, noch zu deckenden Nachholbedarf beim Bund.

Natürlich ist auch zum Generalverkehrsplan noch nicht alles umgesetzt. Insbesondere beim Güterverkehr gibt es noch einigen Handlungsbedarf. Dazu will ich jetzt aber nicht mehr sagen, weil wir dazu bereits einen ausführlichen Antrag gestellt haben, der inzwischen auch beantwortet ist. Es handelt sich um den Antrag Drucksache 13/2413 über die langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene. Den wollen wir demnächst auch im Landtag beraten.

Generell ist der Generalverkehrsplan in Prognostik und Wirkungsanalyse auf 2010 ausgerichtet. Deswegen werden wir ihn zielgerecht umsetzen.

Zum Antrag der SPD ist allerdings zu sagen: Der SPD fällt auch nichts Neues mehr ein.

(Beifall des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Nagel SPD: Aber Ihnen!)

Sie fragen Statistiken ab, die in anderen parlamentarischen Initiativen, auch von unserer Fraktion, schon lange nachzulesen sind. Pikanterweise hat die Fraktion GRÜNE vor genau drei Jahren exakt den gleichen Antrag gestellt.

(Abg. Knapp SPD: Unsere Sachen haben eine längere Halbwertszeit! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Herr Palmer war damals noch nicht da. Deshalb konnte er nicht daran erinnern. Die Frage ist aber, ob das jetzt noch ins Plenum muss.

Herr Minister Müller hat dargelegt, wie viel in Baden-Württemberg tatsächlich läuft. Allerdings muss man die SPD schon fragen, inwieweit es opportun und verantwortungsbewusst ist, in Zeiten derart knapper Kassen solche Forderungen aufzustellen, wie Sie es hier getan haben, wenn Bund und Land im Moment einfach nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, das, was Sie hier an Erwartungen hochzonen, auch wirklich zu erfüllen. Ich halte es für unverantwortlich, solche Punkte dann zu thematisieren, wenn man genau weiß, dass sie nicht umsetzbar sind, und dadurch falsche Erwartungen zu wecken. Da sollten Sie auch weit mehr der Realität Rechnung tragen und einmal wahrnehmen, dass insgesamt einfach zu wenig Geld zur Verfügung steht. Ich will jetzt bewusst nicht darüber diskutieren, warum das so ist. Sie wissen das alle.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Fleischer CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Berroth, was Sie da zu den Bundeswasserstraßen gesagt haben, das hat Ihnen Professor Weller sicher nicht aufgeschrieben, denn das, was er aufschreibt, ist sehr zuverlässig und seriös.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich denke ab und zu auch selbst!)

Was Sie da gesagt haben – Sie haben von „verlotterten" Bundeswasserstraßen gesprochen –, entbehrt jeder Grundlage. Das haben Sie irgendwie mit Schlaglöchern in den Landesstraßen verwechselt.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Helmut, das war gut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Göschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Göschel SPD: Ja, bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Können Sie mir ausführen, was bezüglich der Bundeswasserstraße Neckar im neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehen ist? Der soll ja, glaube ich, immerhin bis 2015 gelten. Sagen Sie mir, wie diese Wasserstraße danach aussieht.

Abg. Göschel SPD: Diese Frage hätten Sie nicht zu stellen brauchen; ich wäre sowieso darauf eingegangen. Die Auseinandersetzung hier ging eigentlich nur darum, ob es Sinn macht, rund 500 Millionen € zur Verlängerung von Neckarschleusen einzusetzen, obwohl die Kapazität des Neckars nicht einmal zu 50 % ausgeschöpft ist, und ob es volkswirtschaftlich angesichts der Haushaltslage überhaupt zumutbar ist, eine solche Sache zu machen. Darum ging es, sonst um gar nichts. Dass die Neckarschleusen betriebsbereit gehalten werden und gut funktionieren müssen, ist selbstverständlich und wird auch gemacht.

Jetzt zu der Abstufungsfrage. Es geht eigentlich nur darum: Wie ist es mit der Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen? Denn eine Aufstufung kommt ja nur im Tausch und im Einvernehmen in Frage. Ich glaube, dieses Thema eignet sich überhaupt nicht zur parteipolitischen Profilierung und Auseinandersetzung. Es ist ein Jahrzehnte altes Tauziehen oder Fingerhakeln zwischen dem Bund und den Ländern darum, wer dabei wen über den Tisch zieht. Der Bund hat auch zu Zeiten der Regierung Kohl mit Waigel und Wissmann versucht, den Ländern Bundesstraßen, die er nicht mehr wollte, zwangsweise aufs Auge zu drücken. Wir

(Göschel)

verdanken es eigentlich dem beherzten Auftreten von Heide Simonis, der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, die mit ihrem Land bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen ist – das dies dann höchstrichterlich festgestellt hat –, dass der Bund nicht einseitig Bundesstraßen auf die Länder übertragen kann, sondern dass dies nur im Einvernehmen geschehen kann.

Ich will hinzufügen: Es ist auch unsere Überzeugung als Landespolitiker, dass es selbstverständlich einen fairen Mittelausgleich geben muss. Ohne diesen ist eine Abstufung für das Land nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Nur: Man kann den fairen Mittelausgleich gegenüber dem Bund fordern. Ich bin gespannt, was das Land jetzt im Zuge der Verwaltungsreform macht, wenn es den Landkreisen Landesstraßen als Kreisstraßen aufs Auge drückt. Ob dabei ein fairer Mittelausgleich stattfindet, bezweifle ich erheblich.

Lassen Sie mich noch etwas zur Fernverkehrsbedeutung von Bundesstraßen sagen. Es geht ja nicht nur um die autobahnparellelen Bundesstraßen, sondern generell um die Frage: Welche Bundesstraßen haben überhaupt noch Fernverkehrsbedeutung? Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass ein sehr großer Teil, wenn nicht der größte Teil der Bundesstraßen nur regionale oder landesweite Bedeutung hat, dann ist es sicher sinnvoll, diese zu Landesstraßen abzustufen – aber, wie ich schon eingangs sagte, nur mit entsprechendem fairem Mittelausgleich. Sonst wären die Länder natürlich nicht recht beraten, sage ich mal zurückhaltend, wenn sie freiwillig solche Aufgaben vom Bund übernehmen würden.

Zum Schluss will ich nur zu einem Punkt noch etwas sagen. Herr Minister Müller, Sie haben mir vorgeworfen, dass ich gefordert habe, dass mehr für den Landesstraßenbau getan werden müsse, dass wir aber in der Vergangenheit bis tief in die Neunzigerjahre – so haben Sie, glaube ich, gesagt – Kürzungsanträge gestellt hätten. Ich bekenne: Seit ich verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion bin, haben wir einmal einen Kürzungsantrag gestellt. Anschließend ist in unserer Fraktion die Einsicht gewachsen,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dass die Landesstraßen insgesamt in einem so miserablen Zustand sind, dass man dringend mehr tun muss.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen haben wir wiederholt Erhöhungsanträge und keine Kürzungsanträge gestellt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zu dem einen Kürzungsantrag, den ich eingeräumt habe, nur so viel: Die Landesregierung hat durch reale Kürzungen im Vollzug des Haushaltsplans unseren Kürzungsansatz weit überholt. Auch das muss an dieser Stelle der Fairness halber gesagt werden.

(Zurufe von der SPD)

Das Fazit lautet: Wir werden im Zuge der Haushaltsberatungen seriös gedeckte Finanzierungsvorschläge machen, was die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg in der Zuständigkeit des Landes angeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Da es sich bei den beiden Anträgen Drucksachen 13/1607 und 13/1825 um reine Berichtsanträge handelt, gehe ich davon aus, dass sie durch die Aussprache erledigt sind. –

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Sie widersprechen nicht. Dann ist es so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. April 2003 – Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – Drucksachen 13/1972, 13/2697

Berichterstatter: Abg. Schmid

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion zunächst dem Landesrechnungshof für die vorliegende Mitteilung danken. Die Mitteilung hat im Bereich des Statistikwesens Klarheit gebracht und hat aufgezeigt, wo Mängel bestehen und wo es Synergieeffekte gibt, die genutzt werden können, um das Statistikwesen insgesamt wirtschaftlicher zu machen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, in ihrer Stellungnahme zu dem von mir initiierten Antrag Drucksache 13/2285 geht die Landesregierung darauf ein, dass sich die Zahl der durch die EU veranlassten Statistiken in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, dass sich die Zahl der Bundesstatistiken geringfügig erhöht hat, während die Zahl der Landesstatistiken in den letzten Jahren rückläufig ist. Dies belegt, dass die Arbeit des Statistischen Landesamts oft zu Unrecht kritisiert worden ist.

Lassen Sie mich nun auf ein paar Einzelpunkte aus dem Beschlussantrag, der im Finanzausschuss einmütig verabschiedet worden ist, eingehen – Einzelpunkte, die für meine Fraktion besonders wichtig sind.

Zum einen fordern wir dazu auf, sowohl beim Bund als auch bei der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Statistiken auf ein angemessenes Maß beschränkt werden muss.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Herrmann)

Aber, meine Damen und Herren, wichtig ist auch: Oft haben Bund-Länder-Facharbeitsgruppen Vorschläge ausgearbeitet und in die EU-Beschlussverfahren eingebracht. Zu Unrecht wird dann die Europäische Union kritisiert, wenn auf Vorschlag von Bund-Länder-Arbeitsgruppen Statistiken beschlossen werden. Hier sollten sich alle Ebenen etwas mehr an die eigene Nase fassen und die Anzahl der neuen Statistiken reduzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein zweiter Einzelpunkt: Wir wollen, dass die Fachressorts künftig mit den Kosten für die von ihnen eingeführten Statistiken belastet werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Döpper CDU: Bravo!)

Wir versprechen uns davon, dass dann kritischer und sorgfältiger hinterfragt wird, ob die eine oder andere Angelegenheit notwendig ist.

(Abg. Döpper CDU: Sehr gut!)

Ich füge allerdings hinzu: Die Fachressorts dürfen nicht erwarten, dass ihnen für diesen Zweck zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Vielmehr ist das selbstverständlich aus den vorhandenen Mitteln zu erbringen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ein dritter Punkt: Die elektronische Datenübermittlung bei Statistiken ist zu verbessern. Schon jetzt ist manch Positives – das geht aus dem Bericht hervor – im Verhältnis zwischen Kommunen und Statistischem Landesamt zu vermerken. Aber wenn zum Beispiel die Berichtspflichtigen bei der Tourismusstatistik nur zu 11 % online melden, dann sind da mit Sicherheit auch künftig weitere Verbesserungen möglich und sind Synergieeffekte nutzbar. Wir müssen hier die elektronische Form der Datenübermittlung deutlich ausbauen.

Eine vierte Bemerkung betrifft die Beschlussempfehlungen: Aus der Stellungnahme zu meinem Antrag geht auch hervor, dass manche Statistiken monatlich erhoben werden. Da muss man schon einmal kritisch hinterfragen: Ist es zum Beispiel notwendig, dass die Statistik zu Strafsachen, die Statistik zu Bußgeldverfahren oder die Strafvollzugsstatistik monatlich erhoben und monatlich ausgewertet werden müssen? Reicht es da nicht aus, diese Daten vierteljährlich oder halbjährlich zu erfassen? Der gesamte Erkenntniswert wäre dann mit Sicherheit noch genauso groß wie bei der monatlichen Erfassung. Man sollte hier also größere Zeitintervalle kritisch prüfen und dann auch einführen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Stellen beim Statistischen Landesamt ist in den letzten zehn Jahren jährlich reduziert worden. Seit 1993 sind 143,5 Stellen beim Statistischen Landesamt abgebaut worden. Die Planung sieht vor, in den nächsten Jahren weitere 45 Stellen einzusparen, sodass insgesamt 185 Stellen – das entspricht 24 %, also rund einem Viertel des Personalbestands – im Statistischen Landesamt abgebaut werden. Das halten wir für einen richtigen und guten Weg. Das zeigt auch, dass das Statistische Landesamt selbst bereit ist, Einsparungen zu erbringen und das Personal entsprechend zu reduzieren und Einspareffekte zu nutzen.

Noch eine letzte Bemerkung: Mir fiel auf, dass einige Statistiken, über die immer wieder von der Wirtschaft geklagt wird, in der Übersicht über Landes-, Bundes- und EU-Statistiken nicht auftauchen. Das sind nämlich Statistiken, die von Verbänden oder Kammern erhoben werden und auf keiner gesetzlichen Grundlage beruhen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Hier muss man auch einmal an die Kammern appellieren, nicht nur auf das Land und den Gesetzgeber zu zeigen, sondern auch im eigenen Bereich zu entrümpeln und überflüssige Statistiken zu streichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch bemerken, dass sich die Erscheinungsform der Mitteilungen des Statistischen Landesamts in letzter Zeit sehr positiv geändert hat. Die Mitteilungen sind ansprechender und positiver gestaltet. Das möchte ich auch an dieser Stelle einmal erwähnen. Das ist ebenfalls ein Punkt, der zu einem besseren Erscheinungsbild beiträgt.

Die vorliegenden Drucksachen zeigen, dass beim Statistischen Landesamt alles in allem gute Arbeit geleistet wird, dass auch in der Vergangenheit schon Rationalisierungen durchgeführt worden sind, dass aber weitere Verbesserungen möglich und auch nötig sind. Wir hoffen, dass sich das Statistische Landesamt hier nicht verschließt und auf der Grundlage der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Änderungen und der Beschlussempfehlung, die uns heute vom Finanzausschuss vorliegt, weiterhin den Weg zur Entbürokratisierung geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Aussprache am heutigen Nachmittag bietet Gelegenheit, eine besonders bedeutende und weit reichende Untersuchung des Rechnungshofs zu würdigen. Die Rechnungshöfe des Bundes und der meisten Länder haben das Statistikwesen in Deutschland untersucht und wichtige Impulse zur Modernisierung und Rationalisierung dieses bedeutenden Teils der öffentlichen Verwaltung gegeben.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Schmid)

Das Statistikwesen ist ein nicht unerheblicher Teil der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Das geht daraus hervor, dass in diesem Bereich 9 000 Stellen zu veranschlagen sind, 350 Statistiken verwaltet werden und bundesweit für alle Ebenen jährlich Gesamtkosten von 500 Millionen € anfallen. Deshalb sind die Empfehlungen, die wir im Finanzausschuss erarbeitet haben und die heute zur Abstimmung stehen, auch für die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland wichtig.

Es ist richtig, dass 90 % der Statistiken von der EU und dem Bund veranlasst werden. Deshalb haben wir uns geeinigt, einen Appell an diese Ebenen zu richten, die Statistiken auf das notwendige Maß zu beschränken. Es ist aber auch zu sagen, dass ungerechtfertigte Angriffe gegen den Gesetzgeber abzulehnen sind. Denn – Sie haben darauf hingewiesen, Herr Herrmann – Berufsgenossenschaften und Kammern veranlassen sehr viele Statistiken. Wenn die Wirtschaft darüber stöhnt, welche Belastungen durch Statistiken auf sie zukommen, dann muss sie erst einmal ihre eigenen Verbände ansprechen und zumindest versuchen, da aufzuräumen.

Gleiches gilt für die Frage der Fachbruderschaften. Häufig werden auf Facharbeitsebene Statistiken beschlossen oder weiterentwickelt. In diesen Facharbeitsgremien sind in der Regel die betroffenen Genossenschaften und Wirtschaftsverbände beteiligt. Aus Gesprächen mit dem Statistischen Landesamt wissen wir, wie schwierig es ist, einzelne Statistiken zu streichen, weil zum Beispiel auch Wirtschaftsverbände zumindest von der Fachseite her Einspruch einlegen und sagen, genau diese Statistik sei für die Wirtschaft besonders wichtig.

Gleichzeitig haben wir einen Weg gefunden, diese Fachbruderschaften zumindest ansatzweise aufzubrechen. Wir sagen, in Zukunft muss das Fachressort, das eine neue Statistik anfordert, die Kosten dafür übernehmen. Das ist der einzige Ansatzpunkt, den wir auf Landesebene haben, um strategisch dieses unsinnige Fachbruderschaftswesen anzugehen.

Wir haben uns auch über die Frage der Datensammlung geeinigt und sogar eine Verschärfung eingeführt. Elektronische Anlieferung muss verstärkt werden. Vor allem ist es völlig unverständlich, dass der öffentliche Bereich immer noch hinterherhinkt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir müssen in kurzer Zeit erreichen, dass aus dem öffentlichen Bereich inklusive der kommunalen Ebene Daten elektronisch angeliefert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir wissen auch, dass die technische Seite der Aufgabenwahrnehmung diejenige ist, die am meisten Einspareffekte bringt. Es ist deutlich geworden, dass die Ausgaben pro Kopf für Statistik bei den großen Ämtern am geringsten ausfallen. Das deutet darauf hin, dass es auch in der Aufbereitung der Daten Skaleneffekte gibt. Deshalb ist die länderübergreifende Bündelung von Aufgaben besonders wichtig.

Ich will dazu ermutigen, dass Baden-Württemberg ausdrücklich weiter vorangeht, als es die gemeinsame Empfehlung der Innenministerkonferenz vorsieht. Auch Baden-Württemberg könnte durch Zusammenlegung im technischen Bereich weitere Skaleneffekte für sich mobilisieren. Es ist also daran zu denken, dass wir etwas weiter gehen, als die Beschlussempfehlung vorsieht.

Schließlich geht es auch darum, dass wir Personaleinsparungen in diesem Bereich fortsetzen. Wir haben ein mittelfristiges Ziel von insgesamt 200 Stellen vorgesehen. Bei Änderung der Rahmenbedingungen, vor allem bei Verbesserung der technischen Aufbereitung von Daten, ist dieses Ziel auch erreichbar, ohne dass die Qualität der Arbeit im Statistischen Landesamt darunter leiden würde. Deshalb will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir Politiker unsere Erwartung bekräftigen, dass in den nächsten Jahren dieser Personalabbau im Statistischen Landesamt fortgeführt wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Rechnungshof mit dem Denkschriftbeitrag 2002 und jetzt mit dieser großen Untersuchung einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, die öffentliche Verwaltung in diesem Bereich zu modernisieren. Wir brauchen diese Impulse. Wir sollten sie über die Jahre hinweg fortsetzen, und wir werden sehr sorgfältig beobachten, wie diese Empfehlungen umgesetzt werden.

Es geht aber auch um eine strategische Perspektive. Wohin geht die Reise mit der Statistik in Deutschland? Ich sehe zwei wichtige Entwicklungen. Die eine ist die Bündelung der Aufgaben im technischen Bereich, Rationalisierungsmaßnahmen, Personaleinsparung. Jawohl, dazu stehen wir.

Auf der anderen Seite muss gewährleistet sein, dass selbst bei länderübergreifender Aufgabenwahrnehmung die Analysekompetenz in den einzelnen Bundesländern gestärkt wird. Deshalb gilt auch für das Statistische Landesamt in Baden-Württemberg, dass die Personaleinsparung natürlich auch diese Rationalisierungspotenziale erschließen muss. Außerdem müssen wir darauf achten, dass die Analysekompetenz in diesem Amt erhalten und an der einen oder anderen Stelle ausgebaut wird, damit wir in der Politik, aber auch die Gesellschaft insgesamt weiterhin auf die wichtige Beratung und Datenaufbereitung durch das Statistische Landesamt zurückgreifen können.

Ich denke, dies ist eine zukunftsfähige Perspektive, die anzeigt, dass wir dort Geld sparen können, aber gleichzeitig die wichtige Aufgabe des Statistischen Landesamts in der Politikberatung verstärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dem Lob für den Landesrechnungshof kann ich mich nur nachdrücklich anschließen. Es ist wirklich eine ganz hervorragende Studie, die der Landesrechnungshof erarbeitet hat. Darin wurde die Aufgaben- und Or-

(Beate Fauser)

ganisationskritik in einer wirklich umfassenden analytischen Form dargestellt. Der Antrag des Kollegen Herrmann macht einmal mehr deutlich, wie wichtig die Aufgabenkritik und der vorgeschlagene Paradigmenwechsel bei der Kostenfrage sind.

Die vom Rechnungshof durchgeführte Untersuchung zum Statistikwesen in Deutschland zeigt erhebliche Effizienz- und Einsparpotenziale auf – nicht nur für die öffentliche Hand, sondern ebenso für die Wirtschaft. Ich möchte dazu sagen: Wenn die IHK eine Erhebung macht, muss die Wirtschaft die Erhebungsbögen nicht ausfüllen. Wenn hingegen das Statistische Landesamt eine Erhebung durchführt, ist man dazu gezwungen. Es gibt viele Firmen, die an Erhebungen von der IHK überhaupt nie teilnehmen,

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

weil vieles, was dabei erhoben wird, wirklich nirgendwo relevant wird oder zu irgendwelchen Entscheidungen beiträgt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine aktive Kosten-Nutzen-Analyse. Eine solche wird von den Initiatoren von Statistiken aber normalerweise überhaupt nicht durchgeführt. Es werden oftmals Statistiken erstellt, die überhaupt nicht zu einer Entscheidungshilfe beitragen, sondern möglicherweise nur der Befriedigung der reinen Neugierde dienen.

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich möchte allerdings betonen, dass das Statistische Landesamt die Vorgaben des Landesrechnungshofs sehr konstruktiv mitgetragen hat und bei den Überlegungen zu Kürzungen und Einsparungen hervorragend mitarbeitet.

Meine Damen und Herren, wir müssen in Zukunft mehr Rücksicht auf die Datenerbringer nehmen, weil viele Erhebungen nichts als Ärger verursachen. Ich möchte dazu ein Beispiel aus dem verarbeitenden Gewerbe darstellen: Beispielsweise hat ein Metzgereibetrieb im Rahmen der Produktionserhebung seine Ware nach Menge und Wert in Gütearten aufzuführen, also Kochwürste, Frischwürste, Rohwürste, Schweineschinken usw.

(Abg. Capezzuto SPD: Was für Würste? Blutwurst! Rote!)

Da ist doch die Frage erlaubt, was diese detaillierte Darstellung soll, wie viel Arbeit ihre Erstellung macht und ob das notwendig ist.

Meine Damen und Herren, Vorschläge wie die vom Staatsministerium und vom Wirtschaftsministerium sowie des Deutschen Industrie- und Handelstags, in manchen verarbeitenden Branchen die Grenze, ab der Erhebungen erfolgen müssen, von 20 auf 50 Beschäftigte zu erhöhen, müssen daher dringend noch einmal aufgegriffen werden. Wirtschaftsministerium und Staatsministerium stellten fest, dass die Aussagekraft der Statistiken darunter nicht leiden würde. Keine der für die Volkswirtschaft und die Politik relevanten Informationen ginge dabei verloren.

(Abg. Capezzuto SPD: Würste!)

Wenn der Statistische Beirat nicht anhand überprüfbarer Fakten das Gegenteil beweisen kann, sollte zukünftig das Votum der Landesregierung Berücksichtigung finden. Das Konnexitätsprinzip muss dringend auf allen Stufen gefordert werden, und dies muss auch nach Brüssel weitergereicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

1998 hat das Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen, dass die statistischen Anforderungen beim Aufbau eines Unternehmensregisters völlig überzogen sind. Die Hälfte der Unternehmen, so das Wirtschaftsministerium, trage nur mit 2 % zum Gesamtumsatz der Wirtschaft bei. Der extrem hohe Aufwand für Kleinunternehmer steht in keiner vernünftigen Relation zum Informationswert. Dies kann so nicht hingenommen werden, meine Damen und Herren. Wir brauchen, wie vom Rechnungshof vorgeschlagen, eine länderübergreifende Ämterbündelung, wir brauchen den Wegfall von Statistiken und die Reduzierung von Erhebungsmerkmalen. Wir brauchen die Kostentragungspflicht für das jeweils federführende Ressort, und wir brauchen eine bessere Koordination der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Wie bereits ausgeführt könnten sozusagen im ersten Anlauf bereits 100 Millionen € gespart werden. Wir werden versuchen, diese Instrumentarien künftig auch entsprechend durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, diese überzogene Bürokratie ist ein Nachteil für den Wirtschaftsstandort.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem großen Konsens, den wir bei diesem Thema ja auch schon im Finanzausschuss hatten, kann ich mich kurz fassen. Ich beschränke mich auf wenige Punkte, die für uns in dieser Debatte wichtig waren und wichtig sind.

Es ist völlig klar, dass es billiger ist, Veröffentlichungen per E-Mail zu verschicken und nicht auf Papier. Das Statistische Landesamt hat bereits umgestellt und gezeigt, dass das gut funktioniert. Wir begrüßen das außerordentlich, wünschen uns aber auch, dass sich Ministerien, die heute noch mit Hochglanzbroschüren arbeiten, dort etwas abschauen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Punkt 2: Den Appell an die EU kann ich nur unterstützen; das haben wir auch im Finanzausschuss getan. Es ist richtig, dass Statistiken auf EU- und Bundesebene daraufhin überprüft werden sollten, ob sie überhaupt notwendig sind. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass die EU uns auch Geld für statistische Sondererhebungen erstattet. Das sollte bei die-

(Heike Dederer)

ser Debatte nicht unter den Tisch fallen. Im Jahr 2003 waren das immerhin 150 000 €.

Punkt 3: Es ist völlig klar – das haben auch die Vorredner betont –, dass die elektronische Datenerhebung forciert werden sollte. Ebenso klar ist, dass die öffentliche Hand an dieser Stelle als Vorbild vorangehen sollte. Unserem Wunsch, dass alle Datenlieferanten, auch die privaten, generell gezwungen werden, ihre Daten elektronisch abzuliefern, wurde im Ausschuss nicht entsprochen. Vielleicht können wir das in der folgenden Diskussion noch einmal aufgreifen.

Wichtig ist, dass die Parallelstrukturen, die wir im Moment mit Papier und Elektronik haben, schnellstmöglich abgeschafft werden, denn sie kosten doppelt Zeit und Geld.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Kollege Winckler

(Abg. Fischer SPD: Schon wieder!)

hat im Finanzausschuss angeregt, die Periodizität einzelner Statistiken zu überprüfen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das ist auch unser Wunsch gewesen. Ich halte es für absolut praktizierbar, dass wir Statistiken nicht monatlich bekommen, sondern vielleicht auch nur quartalsweise oder halbjährlich. Dadurch gehen ja keine Daten verloren; einzig und allein die Aktualität leidet vielleicht ein bisschen darunter. Ich denke dabei zum Beispiel an Strafstatistiken oder Baustatistiken; da wäre das sicher kein Problem.

Hilfreich war der Antrag des Kollegen Herrmann.

(Oh-Rufe von der CDU)

Für diesen Antrag möchte ich mich ausdrücklich noch einmal bedanken. Wir haben jetzt eine Übersicht, welche Statistiken es auf EU-, Bundes- und Landesebene gibt. Allerdings darf man nicht vergessen: Auch für Ihre Anfrage wurde eine Statistik bemüht, nämlich die Statistik über Statistiken.

Damit komme ich zum zweiten Teil. Ich warne davor, das Thema Statistiken nur populistisch und unter dem Bürokratieaspekt zu diskutieren. Wenn wir einmal ehrlich sind, sind Statistiken doch unser täglich Brot.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na ja! Ich kann mich auch ohne ernähren!)

Für Politiker bilden Statistiken letztendlich die Grundlage für alle Entscheidungen, die getroffen werden.

Frau Fauser, Ihr Beispiel mit der „Wurststatistik“ in allen Ehren: Wenn man sich den Antrag des Kollegen Herrmann genau angeschaut hat, dann geht es nicht nur um Würste, sondern zum Beispiel auch um Schüler und Studenten.

(Heiterkeit der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wie viele sind an den jeweiligen Schulen, wer studiert was? Es gibt eine Wahlstatistik. Es geht um Kommunalfinanzen oder Steuereinnahmen. Es geht – lieber Kollege Drautz, das wird Sie besonders interessieren – auch um die Weinbestände. Mich interessiert das auch.

(Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Die Weinstatistik ist für meinen Weinkonsum nicht relevant! – Zurufe der Abg. Alfred Haas und Herrmann CDU)

Das alles sind Daten, die wir für unsere täglichen Entscheidungen brauchen: ob es mehr oder weniger Schüler gibt, ob es mehr oder weniger Straftaten gibt. Unsere Entscheidungen hängen direkt an Statistiken.

Das Statistische Landesamt weiß das und hat uns vor wenigen Tagen eine aktuelle Broschüre geschickt: „Baden-Württemberg: Porträt in Zahlen“. Darin sind zum Beispiel auch die Entwicklung der Ärztezahl, die Zahl der Krankenhäuser und die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Land dokumentiert.

Bei der ganzen Debatte sollten wir nicht vergessen, dass wir auf diese Zahlen angewiesen sind. Ich finde, an dieser Stelle darf auch einmal die Arbeit des Statistischen Landesamts gewürdigt werden. Nichtsdestotrotz darf man hier auch Einsparpotenziale nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Herrmann CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ausgangspunkt unserer heutigen Diskussion ist eine Untersuchung der Rechnungshöfe des Bundes und von elf Ländern. Darauf aufbauend hat unser Rechnungshof spezielle Folgerungen für unser Land abgeleitet. In der Gesamtschau sind für mich folgende Punkte von entscheidender Bedeutung:

Erstens: Es war richtig, diese amtliche Statistik insgesamt, also nicht nur isoliert für ein einzelnes Land, zu untersuchen – schon allein deshalb, weil wir ja wissen, dass der überwiegende Teil der in den Statistischen Landesämtern erhobenen und aufbereiteten Daten auf Bundes- oder EU-Recht zurückzuführen ist und sich dadurch einer direkten Einflussnahme des Landes weitgehend entzieht.

Zweitens: Unserem Rechnungshof ist dafür zu danken, dass er, ausgehend von diesen bundesweiten Untersuchungen, spezifische Folgerungen für Baden-Württemberg abgeleitet hat. Unseres Wissens hat bislang kein anderer Rechnungshof so dezidiert Schlussfolgerungen aus der bundesweiten Untersuchung für einzelne Ämter gezogen.

Drittens: Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg schneidet im Vergleich zu anderen Ämtern gut ab. Dies wurde auch vom Rechnungshof anerkannt. Er weist zum Beispiel darauf hin, dass die Ausgaben unseres Statistischen Landesamts in Höhe von 3 € je Einwohner den zweitniedrigsten Wert – zusammen mit Bayern – bedeuten. Bei der für die Bevölkerungsfortschreibung wichtigen Wanderungsstatistik setzt Baden-Württemberg sogar die Benchmark, produziert also kostengünstiger als alle anderen untersuchten Länder.

(Staatssekretär Rückert)

Wir stellen fest, dass man sich unter der Führung von Frau Präsidentin Meister-Scheufelen diesen Herausforderungen so umfassend wie möglich stellt, dass man mit zu den Besten zählt und dass man auch von anderen noch lernen will.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Staatssekretär Rückert: Ja, bitte.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, meine Frage ist, ob das Statistische Landesamt heute Nachmittag hier in dieser wichtigen Debatte durch seine Präsidentin oder durch einen anderen Vertreter repräsentiert ist. Der Herr Präsident des Rechnungshofs bemüht sich den ganzen Tag.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen)

Ich kann jetzt im Moment nicht erkennen, dass sich ein Vertreter des Statistischen Landesamts im Hause befindet. Bitte stellen wir doch fest, ob das der Fall ist.

Staatssekretär Rückert: Ich darf dazu festhalten, dass die Präsidentin des Statistischen Landesamts nicht den gleichen Status hat wie der Präsident des Rechnungshofs,

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir auch!)

also gar nicht berechtigt wäre, dort vorne zu sitzen. Eine Vertreterin des Statistischen Landesamts ist da.

(Abg. Birzele SPD: Aber sie könnte hinter dem Wirtschaftsminister sitzen, der als zuständiger Minister auch nicht da ist! – Heiterkeit bei den Grünen)

– Verehrter Herr Kollege Birzele, ich darf Sie aufklären: Zuständig ist nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Finanzministerium. Deswegen bin ich da.

(Abg. Birzele SPD: Dann hätte sie hinter Ihnen sitzen können! – Abg. Döpper CDU: Klären Sie Herrn Birzele ruhig auf! Der Herr Birzele kann auch etwas lernen! – Abg. Teßmer SPD: Also Sie sind als Ersatzmann da!)

Nun möchte ich konkret auf die verschiedenen Punkte eingehen, die der Rechnungshof Ihnen vorgeschlagen hat und die Sie dann auch zu einer Beschlussempfehlung gemacht haben.

Zunächst geht es darum, die fachliche Verantwortung und die Finanzverantwortung bei den einzelnen Statistiken zusammenzuführen nach dem Motto: „Wer anschafft, der zahlt.“

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Die Umsetzung dieses vom Rechnungshof so genannten Paradigmenwechsels in reiner Form ist mit gewissen Problemen behaftet. Deswegen wollen wir den Gedanken des Rechnungshofs sehr wohl umsetzen, und zwar ähnlich wie die Bayern in einem Verfahren, bei dem wir Schritt für Schritt in die Ressortdeckung hineingehen.

Was wollen wir anpacken? Wir wollen für die Deckung der Mehrausgaben durch neue Statistiken und Statistikausweitungen bei der Haushaltsaufstellung das federführende Fachressort verantwortlich machen,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

insbesondere durch Verzicht auf andere Fachstatistiken oder durch entsprechende Einsparungen im eigenen Geschäftsbereich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Zum anderen ist uns auch ein großes Anliegen – und ich weiß aus verschiedenen Gesprächen mit der Frau Präsidentin, dass sie sehr darauf drängt –, die medienbruchfreie, vorplausibilisierte elektronische Datenlieferung von den Auskunftspflichtigen an die Statistischen Landesämter zu machen

(Abg. Fischer SPD: Das muss man aber wirklich ablesen!)

– so heißt es nun einmal fachtechnisch –, weil darin fürwahr ganz erhebliche Rationalisierungserfolge gesehen werden. Wir vom Ministerium unterstützen die Aktivitäten des Statistischen Landesamts vor allem in Bezug auf die öffentlichen Auskunftspflichtigen. Wir üben da Druck aus. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch einräumen: Bei den privaten Auskunftspflichtigen können wir keine rechtliche Vorgabe machen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Döpper CDU: Schade, hat er gemeint!)

Wir können das nicht tun. Wir werden aber dort dennoch für diesen Weg werben. Das Statistische Landesamt wird dies mit Nachdruck tun.

Gegenwärtig werden neun Statistiken zur Meldung im Internet angeboten. Bis Ende 2005 werden es immerhin 23 sein. Wir haben uns vorgenommen, dass im Jahr darauf mit finanzieller Unterstützung 50 Statistiken ins Internet gestellt werden können. Ich meine, dass wir damit wirklich auf einem guten Weg sind.

Zum Abbau bzw. zur Einsparung von Statistiken: Ich darf Ihnen sagen, dass gerade das Land Baden-Württemberg keine Gelegenheit auslässt, um über den Bundesrat auf andere Länder und auf den Bundestag in dieser Richtung einzuwirken.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie wissen ja, dass letzten Endes nur 2 % aller Statistiken in unserer eigenen Entscheidungsgewalt liegen. Wir müssen also auf der nächsten Ebene Druck machen.

Gegenwärtig liegt im Bundesrat wieder ein Antrag von uns vor, der den Abbau von Statistiken mit insgesamt 15 Einsparvorschlägen zum Inhalt hat. Zwei Vorschläge hätten erhebliche Entlastungswirkung für Wirtschaft und Industrie. Wir schlagen zum Beispiel vor, Meldungen nicht mehr monatlich zu verlangen und Unternehmen nicht mehr ab 20, sondern erst ab 50 Beschäftigten zu verpflichten, solche Statistiken zu erstellen.

(Staatssekretär Rückert)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eines, verehrte Frau Kollegin,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche?)

am Rande: Die vom Rechnungshof aufgegriffene und schon glossierte Fragestellung zu den „Koch- und Brühwürsten" ist nicht von Statistikern erfunden worden, sondern auf Drängen der Verbände aufgenommen worden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wir können nicht alles machen, was Verbände fordern!)

– Ich möchte das nur festhalten. – Herr Kollege Herrmann und Sie, Frau Dederer, haben es aufgegriffen: Das ist nicht nur eine Einbahnstraße, bei der die öffentliche Hand kritisiert wird. Vielmehr müssen jene, die Statistiken zu erbringen haben, auch auf ihre Verbände einwirken, die Forderungen zurückzunehmen.

Richtig ist, dass in Bezug auf die Begrenzung der statistischen Anforderungen bei der EU und beim Bund anzusetzen ist; ich habe das schon dargestellt. Wir befürchten, dass die Erweiterung der EU den Datenhunger eher steigern wird und wir deshalb dafür sorgen müssen, dass auf die Bremse getreten wird.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir das folgendermaßen versuchen: Wir sind gegenwärtig dabei, Frau Präsidentin Meister-Scheufelen als Bundesratsvertreterin in ein Gremium des Rates zu bringen, das sich mit der programmatischen Vorbereitung von Wirtschaftsstatistiken beschäftigt, und zwar kritisch beschäftigen soll.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun zur Bündelung von Statistikaufgaben, die von Ihnen auch angesprochen worden ist: „Verbundprogrammierung" heißt das Stichwort. Da sind wir voll und ganz dabei. Motto: „Einer für alle." Jeweils ein Amt soll für mehrere Ämter die Softwareentwicklung und die Statistikaufbereitung übernehmen. Wir sehen darin auch ein Wettbewerbselement.

Das heißt, letztlich soll sich im Wettbewerb der statistischen Ämter entscheiden, welche Länder langfristig die entsprechenden Leistungen für das Gesamtsystem am wirtschaftlichsten erbringen können. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sich kleinere Länder ganz aus der eigenen Produktion zurückziehen und sich die entsprechenden Leistungen bei kostengünstigeren Ländern einkaufen werden. Das ist durchaus folgerichtig.

Und nun zum Personalaufwand: Ich möchte Ihnen versichern, dass wir vom Finanzministerium zusammen mit dem Statistischen Landesamt sehr bestrebt sind, die von der Politik vorgegebene Zielgröße von insgesamt 200 wegfallenden Stellen zu erreichen. Ob und wann dies gelingen wird, wird davon abhängen, wie die genannten Maßnahmen umgesetzt werden können. Aber eines ist eben auch klar: Ein Stellenabbau in dieser Größenordnung kann nur gelingen, wenn dem Statistischen Landesamt künftig keine neuen, zusätzlichen Statistiken und Aufgaben auferlegt werden. Daran haben wir alle mitzuwirken.

Ich denke, ich brauche insgesamt die Bedeutung der Statistik und des Statistischen Landesamts nicht nochmals besonders herauszustellen. Es wurde ja von den Vorrednern schon deutlich gemacht, dass das auch und gerade für politische Entscheidungsträger ein wichtiges Medium ist. Unser Statistisches Landesamt ist gut aufgestellt. Es steht bei den Kosten im Ländervergleich an zweiter Stelle. Das ist kein Ruhekissen; wir wollen da weitermachen. Ich meine, dass unser Statistisches Landesamt letztendlich mit Ihrer Begleitung und mit der wohlmeinenden Überwachung durch den Rechnungshof auf einem guten Weg ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Kann ich davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 13/2697 zustimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2696, 13/2708, 13/2709

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/2675, 13/2703

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Damit ist auch Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 18. Dezember 2003, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:51 Uhr